

# Das Parlament

Berlin, Montag 20. Januar 2014

www.das-parlament.de

64. Jahrgang | Nr. 4/5 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Aufseher der Schlapphüte

Clemens Binninger Karrieresprung für den CDU-Abgeordneten: Clemens Binninger wurde zum neuen Vorsitzenden des Parlamentarischen



Kontrollgremiums (PKGr) bestimmt. Der 51-Jährige mit fulminanten Wahlergebnissen im Wahlkreis Böbingen hatte sich in der vergangenen Wahlperiode als Unions-Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss einen Namen gemacht. Der frühere Polizeibeamte sitzt seit 2002 im Bundestag. Er wird das neunköpfige PKGr im jährlichen Wechsel mit Burkhard Lischka (SPD) führen. In- nenexperte Binninger will das Gremium, das die deutschen Geheimdienste kontrollieren soll, durch ein neues Referat in der Bundestagsverwaltung stärken. Die Aufklärung der Abhör-affäre um den US-Geheimdienst NSA werde ein Schwerpunkt der künftigen PKGr-Arbeit werden, kündigte er an. kru |

## ZAHL DER WOCHE

46

Mitglieder zählt der Ausschuss für Wirtschaft und Energie in dieser Legislaturperiode. Er ist damit wegen der hinzugekommenen Zuständigkeit auch für Energie der zahlenmäßig größte Ausschuss im Bundestag. 2009 bis 2013 gehörten nur 37 Abgeordnete dem Wirtschaftsausschuss an, damals war der Haushaltsausschuss mit 41 Mandatsträgern der größte Ausschuss.

## ZITAT DER WOCHE

»Das ist der Skandal nach dem Skandal.«

Konstantin von Notz, Grünen-Abgeordneter, im Bundestag zu den No-Spy-Gesprächen mit den USA. Die Bundesregierung stehe nach langer »Vertuschung« nun »völlig blank« da.

## IN DIESER WOCHE

### INNENPOLITIK

Spionage Bundestag debattiert über das geplante Abkommen mit USA Seite 7

### WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Versicherungen Experten fordern einen niedrigeren Garantiezins Seite 8

### EUROPA UND DIE WELT

EU-Kommission Arbeitsprogramm für 2014 im deutschen Parlament Seite 11

### KEHRSEITE

Bundestag Ausstellung informiert über Ideologien und Extremismen Seite 12

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



4 194560 401004 05

# Auf die Plätze, fertig – peng!

SITZUNGSALLTAG Das Parlament steht vor wichtigen Reformen. Heftiger Streit über Pofallas Seitenwechsel

Ganz so hatten sich manche Protagonisten der Großen Koalition den Start in die Legislaturperiode nicht vorgestellt. Gerade im Amt, da krachte es schon: Streit über die Europäische Integrationspolitik und die sogenannte Armutsmigration, Streit über die Vorratsdatenspeicherung und die Energiewende. Und dann ging kurz nach Silvester noch ein Böller hoch: Der Vertraute von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Ronald Pofalla, direkt gewählter Abgeordneter und Ehrenvorsitzender des CDU-Kreisverbandes in Kleve am Niederrhein, bis vor kurzem Kanzleramtsminister, wechselt womöglich in den Vorstand der bundeseigenen Deutschen Bahn. Die Nachricht entwickelte sich rasch zum ersten Aufregerthema der 18. Legislaturperiode, die mit der Konstituierung der Fachausschüsse im Bundestag vergangene Woche (Seiten 4 und 5) im Grunde gerade erst so richtig begonnen hat.

Neue Regierungsbündnisse bergen nach einer Beobachtung des Politologen Jürgen Dittberner immer Konflikstoff, was mit Triezereien während der Koalitionsverhandlungen zusammen hänge. Zudem möchten manche Ressortchefs gleich zu Beginn gerne etwas Aktionismus vermitteln, und so fand der »Spiegel« lange vor Ablauf der üblichen 100-Tage-Schonfrist heraus, dass »die roten Minister wie die Enten im Dorfteich schnattern«, der CSU-Alleinregent Horst Seehofer weiterhin gerne »zündelt«, während die »ideenlose CDU« einfach untertauchte. So ganz stimmt das freilich nicht, immerhin legte die neue Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) mit ihren Reformvorschlägen für eine familienfreundlichere Armee einen bemerkenswerten Blitzstart hin, wobei ein guter Start nicht alles ist, denn die Wahlperiode dauert vier Jahre, da sind letztlich wohl eher Marathonläufer gefragt.

Drehtüreffekt Der »Fall Pofalla« sorgte am Donnerstag im Plenum derweil schon mal für hitzige Wortgefechte unter den neuen Machtverhältnissen, wobei das Thema Karenzzeit an sich nicht neu ist und ähnliche gelagerte Fälle früher bereits im Dutzend ausführlich zerlegt wurden. Dass Pofalla seinerzeit den Seitenwechsel von Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) zum russischen Energiekonzern Gazprom süffisant mit dem Hinweis kommentierte, es gehe hier nicht um Gas, sondern um Kohle, fällt ihm nun schwer auf die Füße. Gleichwohl zieht sich der Drehtüreffekt von der Politik zur Wirtschaft durch alle großen Parteien und wird von der Opposition nicht grundsätzlich infrage gestellt. Es geht nicht um das Ob, sondern um das Wie. So verlangen in Anträgen Linke (18/285) und Grüne (18/292) eine gesetzliche Regelung statt einer reinen Selbstverpflichtung des Kabinetts. Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Fraktion, Britta Haßelmann, beklagte in Abwesenheit Pofallas, seit 2005 werde bereits über das Problem debattiert. Ihr Fazit: »Es ist offensichtlich eine Illusion zu glauben, dass der Appell an politischen Anstand allein ausreicht, um solche Fälle zu verhindern.« Die Karenzzeit sollte nach den Vorstellungen der Linken bei drei Jahren liegen, nach Ansicht der Linken an der »Dauer des Regierungsamtes« bemessen sein. Die Linke-Abgeordnete Halina Wawzyniak gab zu bedenken, bei einem unmittelbaren Wechsel kämen Zweifel auf, ob das politische Amt zuvor frei von wirtschaftlichen Interessen ausgeübt worden sei. Sie warnte zugleich vor der willkürlichen Festlegung einer Karenzzeit auf sechs oder 18 Monate. Entscheidend sei, wie lange ein Politiker mit welcher Zuständigkeit im Amt gewesen sei und welches Übergangsgeld er zu erwarten habe.

Der CDU-Abgeordnete Bernhard Kaster betonte, der Austausch zwischen Politik und Wirtschaft werde gebraucht, wenn auch der Anschein von Interessenkollisionen zu vermeiden sei. Die Berufsfreiheit gelte im Übrigen auch für Politiker. Nach Ansicht des



Startschuss für die neue Legislaturperiode – aber schon knirscht es zwischen Schwarz und Rot in der Großen Koalition.

CDU-Abgeordneten Armin Schuster hat kein Politiker ein Interesse daran, mit der Amtsübernahme beruflich »in die Einbahnstraße oder Sackgasse« zu geraten. Nicht wenige Firmen hätten überdies ein Defizit an »gesellschaftspolitischer Kompetenz«. Mahmut Özdemir (SPD) wandte in seinem ersten Redeauftritt im Parlament ein, es gebe in der Sache einen Grundkonsens, jedoch sei es leichter, einen Gesetzentwurf zu fordern als ihn juristisch sauber zu formulieren. Der Rechtsreferendar verwies in dem Zusammenhang auf das Problem einer vorübergehenden Beschränkung der Berufszeit an sich nicht neu ist und ähnliche gelagerte Fälle früher bereits im Dutzend ausführlich zerlegt wurden.

»Das ist ein Wechsel vom Bund zum Bund. Das ist überhaupt kein Wechsel.«

Hans-Peter Uhl (CSU)

sei im Übrigen »einer vom Bund zum Bund. Es ist überhaupt kein Wechsel«. Manchmal gingen Politiker auch zurück in Sozialverbände oder Gewerkschaften, sagte Uhl und fragte: »Ist das schlimm?« Die Regierung will eine »angemessene Regelung« präsentieren, wobei laut »FAZ« nunmehr auch eine gesetzliche Grundlage erzwungen wird.

Wichtige Reformen Ob in der Karenzzeitfrage letztlich eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung gefunden wird, bleibt ab-

zuwarten. Dessen ungeachtet stehen die Parlamentarier vor weiteren gewichtigen Fragestellungen, die das demokratische Gefüge mindestens ebenso stark tangieren. Es war Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU), der unlängst nochmals eine »Erschärfung« des gerade reformierten Wahlrechtes anmahnte. Durch den vollständigen Ausgleich von Überhangmandaten mit dem Ziel, den Parteienproporz im Par-

recht ins Spiel gebracht, das ohne Überhangmandate auskäme. Ein weiterer Punkt, den die Große Koalition mit ihrer Verfassungsmehrheit durchsetzen könnte, wäre eine Ausweitung der Wahlperiode auf fünf Jahre. Damit würde der Bundestag eine Regelung nachvollziehen, die in allen Bundesländern außer Bremen schon gilt. Allerdings verlöre dann der Souverän, der Wähler, ein Stück Macht, weil eben seltener gewählt würde. Die CSU forderte daher zuletzt, als Ausgleich Volksabstimmungen über Europafragen zuzulassen, was die CDU ablehnt. Der CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach befand, dadurch würde die Arbeit der Parlamente »delegitimiert«.

Deutlich dringlicher scheint die Aufgabe, die Minderheitsrechte in einem Bundestag nachzusteuern, wo die Regierungsfaktionen 80 Prozent der Mandate stellen und die Opposition das für zentrale Kontrollrechte nötige Quorum von 25 Prozent verfehlt. Hier verkündete Lammert vergangene Woche konkrete Vorschläge. Demnach soll Linke und Grüne per Bundestagsbeschluss ermöglicht werden, gemeinsam Untersuchungsausschüsse, öffentliche Anhörungen oder eine Sondersitzung des Parlaments zu erzwingen. Eine Änderung der Geschäftsordnung oder des Grundgesetzes hält Lammert für unnötig: »Ich halte es nicht für sinnvoll, dass wir je nach Wahlergebnis die Quoren für Minderheitenansprüche neu festlegen.« Die Opposition ist damit noch nicht zufrieden, zumal sie auch die Möglichkeit einfordert, per Normenkontrollklage die Rechtmäßigkeit von Gesetzesbeschlüssen höchstrichterlich überprüfen zu lassen und zudem mehr Rederecht im Plenum verlangt. Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt monierte: »Dieser Vorschlag bleibt auf der halben Strecke stehen.« Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Linken, Petra Sitte, mahnte, die Opposition dürfe nicht abhängig werden vom guten Willen der Koalition. Möglich, dass der Streit letztlich vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entschieden wird. Claus Peter Kosfeld |

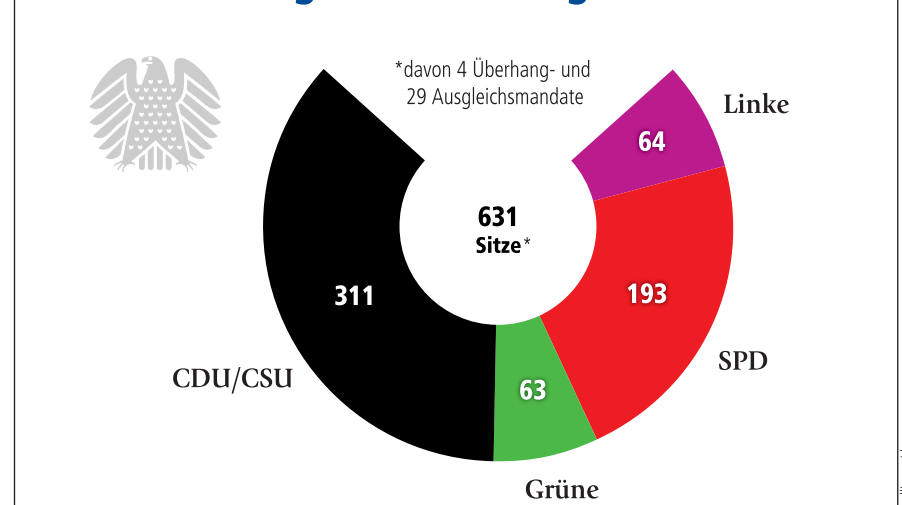
### Parlamännchen

Politik für Kinder

#### Legislaturperiode

Nun beginnt wieder die Alltagsarbeit des Parlaments mit Ausschusssitzungen, Gesetzentwürfen und Debatten. Die Zeit zwischen zwei Wahlen nennt sich Legislatur, legis heißt auf Lateinisch Gesetz. In dieser Zeit werden Gesetze entworfen und im Bundestag beschlossen. Man kann auch Wahlperiode sagen oder Gesetzgebungsperiode. Die 18. Legislaturperiode hat nach der Bundestagswahl 2013 begonnen und dauert vier Jahre. Spätestens 2017 muss also neu gewählt werden, denn die Wähler dürfen regelmäßig entscheiden, wer im Bundestag das Sagen hat. Seltener kommt es vor, dass eine Legislatur im Streit vorzeitig beendet wird. Dann gibt es vorgezogene Neuwahlen.

## Sitzverteilung im Bundestag



## EDITORIAL

### Im Zeichen des Wandels

VON JÖRG BIALLAS

Diese 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages wird absehbar im Zeichen des Wandels stehen. Nun sind die parlamentarischen Abläufe aus guten Gründen nicht beliebig, gar willkürlich und keineswegs freihändig austauschbar. Und doch wächst die Erkenntnis, dass einige Stellschrauben neu justiert werden sollten, damit Effektivität und Glaubwürdigkeit der Politik dauerhaft gewahrt bleiben.

Da ist zum einen das Wahlrecht. Die von Kompromissen durchlöchertere Reform der vergangenen Legislaturperiode hat letztlich durch Zufall nicht dazu geführt, dass der Bundestag personell über die Maßen aufgebläht wurde. Hier ist Nachbesserung geboten. Nur so kann der latent vernehmbare wie falsche Vorwurf, die Abgeordneten hätten aus Sorge um den eigenen Job gar kein Interesse an einer Reform, glaubhaft entkräftet werden.

Mit der Europawahl im Mai wird sich auch für den Bundestag erneut eine Debatte um die Fünf-Prozent-Hürde entspinnen. Zu umfänglich sei der Verlust von Stimmen, die dadurch unter den Tisch fallen, klagten Kritiker seit der Wahl im September. Vor dem Hintergrund ohnehin mäßiger bis spärlicher Wahlbeteiligung ein Argument, das auch, aber nicht nur mit Verweis auf die historischen Wurzeln des Gesetzes und den damit verbundenen richtigen Erkenntnissen zu diskutieren ist.

Ähnlich engagiert wird schon jetzt über die Rechte der Opposition in Zeiten einer übermächtigen Koalition gesprochen. Linkspartei und Grüne fordern verbriefte Ansprüche. Das leuchtet ein, auch im Regierungslager. Spannend dürfte zu beobachten sein, wie konkrete Einigungen erzielt werden.

Schließlich zwei Dauerthemen, die immer wieder verlässlich wie ungelöst auftauchen. Da ist zum einen die Frage, ob eine längere Legislaturperiode zuvorderst der Kontinuität politischer Arbeit dienen oder aber die Gestaltungskraft des Souveräns unzulässig einschränken würde (siehe Seite 2). Und zum zweiten hat das Parlament bereits in der vergangenen Woche über die Bedingungen beim Wechsel von Regierungsmitgliedern aus der Politik in die Wirtschaft diskutiert. Weil die Öffentlichkeit dabei die Realität mit dem eigenen Neidfaktor potenziert, ist die Bewertung im Ergebnis mindestens verzerrt. Abermals ein Grund, im Parlament Grundsätzliches zu überdenken und damit das Ansehen der Politik zu stärken.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

LEGISLATURPERIODE VERLÄNGERN?

Aktuell und sinnvoll

PRO



Holger Schmale  
»Berliner Zeitung«

Neu ist der Vorschlag von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) nicht, aber er ist so aktuell wie selten zuvor: Die Wahlperiode des Bundestages von vier auf fünf Jahre auszudehnen wie bei den Parlamenten der Flächenstaaten in Deutschland. Er ist aktuell, weil die Große Koalition ihn mit ihrer mehr als zwei Drittel zählenden Mehrheit im Parlament leicht umsetzen kann. Der Bundesrat würde das kaum blockieren. Er ist aber auch sinnvoll, weil er dem politischen Gestalten ohne Wahlkampfdruck ein Jahr mehr Zeit gibt. Das zurückliegende Wahljahr hat gezeigt: Es war für die Arbeit von Regierung und Parlament ein weitgehend verlorenes. Spätestens seit dem Frühjahr 2013 rückte der Wahlkampf in den Vordergrund, und der neue Bundestag konnte seine reguläre Arbeit wegen der langen Koalitionsverhandlungen erst Mitte Januar aufnehmen. So reduziert sich die aktive Legislaturperiode auf wenig mehr als drei Jahre. Ein einziger Einwand spricht gegen die Verlängerung der Wahlperiode: Sie schmälert das Mitspracherecht der Wähler, die dann eben nur noch alle fünf Jahre Einfluss auf die Zusammensetzung von Parlament und Regierung nehmen könnten. Das ließe sich aber durch Elemente der direkten Demokratie – Volksbefragungen, Volksentscheide – ausgleichen. Und es ließe sich mildern durch eine Begrenzung der Amtszeit des Kanzlers auf zwei Wahlperioden, so wie beim Bundespräsidenten. Anlass genug für den Gesetzgeber, das zuletzt mit heißer Nadel reformierte Wahlrecht solide zu überarbeiten und ihm Verfassungsrang einzuräumen. Denn während allerlei nebensächliche Dinge nachträglich ins Grundgesetz aufgenommen wurden, ist dort bisher kaum etwas dazu zu lesen – abgesehen von der Festlegung der vierjährigen Wahlperiode.

Mehr, nicht weniger

CONTRA



Gerd Appenzeller  
»Der Tagesspiegel«, Berlin

Eine kleine Rechenaufgabe zur Einstimmung: 20, geteilt durch vier, ergibt fünf. 20, geteilt durch fünf, ist vier. Was das soll? Wenn ich künftig nur noch alle fünf statt wie bislang alle vier Jahre den Bundestag wählen darf, wird mir innerhalb von 20 Jahren eine Wahl weggenommen. Nun hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) sicher nicht meine Entmündigung im Sinne, als er die Verlängerung der Legislatur vorschlug. Er hält eine Anpassung an die längeren Wahlperioden der Länder – fast durchgehend fünf Jahre – und die des Europäischen Parlamentes für sinnvoll. Er und andere Protagonisten dieser Änderung argumentieren auch, dass so nicht mehr dauernd Wahlkämpfe die Arbeit des Parlamentes behindern würden. Und dann gibt es ja auch noch immer die Einarbeitungsphase, so dass von den vier Jahren eigentlich nur zwei Jahre richtig Politik gemacht werden kann. Alle diese Argumente halte ich für nicht zu Ende gedacht. Jedes Mal, wenn wir, zum Beispiel durch eine gescheiterte Vertrauensfrage, zu vorgezogenen Neuwahlen kommen, stimmt die Rechnung schon nicht mehr. Dass Bundesregierungen schon ein halbes Jahr vor einer Landtagswahl wichtige Entscheidungen etwa in der Europapolitik hinauszögern, weil sie negative Auswirkungen auf das regionale Ergebnis fürchten, ist ein Skandal. Und wie das Beispiel der Nordrhein-Westfalen-Wahl 2010 gezeigt hat, sind die Wähler auch nicht so dumm, dass sie nicht merken, was da gespielt wird. Dass eine längere Wahlperiode aus einer schlechten eine gute Bundesregierung macht, glaubt doch ernsthaft niemand. Sicher aber würde es den Demokratieverdruss noch verstärken – die Bürger wollen mehr, nicht weniger Mitsprache. Deshalb: 20 durch 4 gleich 5 gefällt mir besser!

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 und 2.  
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Prof. Holtmann, bisher hatte eine neue Regierung 100 Tage Schonfrist, bevor sie in den Medien bewertet wurde. Diesmal waren es nicht einmal 100 Stunden, bis es Kritik hagelte. Was ist anders geworden? Die Geschwindigkeit des Informationsumschlages zwischen Politikbetrieb und Medien hat in den vergangenen Jahren rasant zugenommen. Das gilt auch für Vorgänge, die noch gar nicht auf dem institutionell vorgesehenen Weg gebracht wurden, trotzdem aber schon bekannt sind. Das hat Vor- und Nachteile. Für die handelnden Politiker ist das so etwas wie ein Frühwarnsystem, mit dem getestet werden kann, ob sie bei ihren Adressaten richtig liegen. Das ist gewiss ein Vorteil. Nachteilig ist, dass politische Entscheidungen schon in ihrer Entstehung maßgeblich von der späteren Akzeptanz geprägt sind.

Ein Kritikpunkt beim Start der Großen Koalition ist der beabsichtigte Wechsel des früheren Kanzleramtsministers Ronald Pofalla zur Deutschen Bahn. Die Öffentlichkeit nimmt an solchen Wechseln traditionell großen Anteil. Die Rede ist dann vom „Versorgungsposten“. Wie ist dieser Neidfaktor eigentlich zu erklären? Die so genannte Parteipatronage offenbart ein strukturelles Problem. Auf der einen Seite ist es im Prinzip durchaus akzeptiert, dass gesellschaftliche Interessensgruppen, zu denen selbstredend auch Unternehmen gehören, ihre Wünsche und Forderungen an Politiker herantragen und so Einfluss nehmen. Andererseits wird damit aber ein latenter Generalverdacht verbunden, gerade mächtige, finanzstarke Unternehmen würden zu viel Einfluss ausüben. Im Spannungsfeld dieser Wahrnehmungen bewegt sich dann die Bewertung, wenn prominente Akteure aus der Politik in die Wirtschaft oder umgekehrt wechseln. Ich plädiere für Zurückhaltung bei vorschnellen, moralisierenden Urteilen. Denn wenn Lobbyismus ein systemkonformer, und zu Recht anerkannter Faktor in der Demokratie ist, dann muss auch akzeptiert werden, dass prominente Vertreter zwischen Politik und Wirtschaft wechseln. Derartige Vorgänge sollten dann allerdings unter einem Transparenzgebot stehen.

Was meinen Sie damit? Man kann durchaus über Karenzzeiten nachdenken, wenn das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet wird. Eine fünfjährige Karenzzeit wäre faktisch ein Berufsverbot, eine Pause von beispielsweise sechs Monaten hingegen ein ausreichender Schnitt zwischen dem einen und dem anderen Teil des Systems.

Wir diskutieren das Thema aktuell vor dem Hintergrund des Wechsels eines ehemaligen Regierungsmitglieds in die Wirtschaft. Wie steht es eigentlich mit Abgeordneten des Bundestages oder von Landtagen? Das sind ähnliche Konstellationen. Auch Abgeordnete können für Unternehmen interessant sein, wenn sie sich beispielsweise als Fachpolitiker in bestimmten Ausschüssen profiliert haben. Denn natürlich ist neben guten Kontakten auch Entscheidewissen gefragt. Hier gilt ebenso: Lange Karenzzeiten wären kontraproduktiv. Denn sie würden die Gefahr bergen, dass sich Wirtschaft und Politik auseinanderentwickeln und voneinander abschotten. Das ist nicht im Sinne einer lebendigen, offenen und demokratisch verfassten Gesellschaft.

Die Frage, ob eine Legislaturperiode im Bundestag von vier auf fünf Jahre verlängert werden sollte, wird ebenfalls immer wieder kontroverser debattiert. Ihre Position? Bei einer Verlängerung überwiegen die Nachteile. Einer ist der Umstand, dass es dann gute Gründe dafür gäbe, Volksbegehren oder Volksentscheide auch auf Bundesebene zu verankern. Gegen eine solche Entwicklung habe ich grundsätzliche Vorbehalte, weil inzwischen wissenschaftlich belegt ist, dass Volksentscheide die Interessen der verschie-



»Sechs Monate reichen«

EVERHARD HOLTSMANN Der Politologe über Karenzzeiten, die Länge der Legislaturperiode und die Reform des Wahlrechts

denen Bevölkerungsgruppen asymmetrisch berücksichtigen. An direkter Demokratie beteiligen sich überdurchschnittlich Personen, die gut gebildet sind, gut verdienen und die sich selbst eine hohe individuelle Entscheidungsfähigkeit zubilligen. Plebiszitäre Demokratie würde also eine asymmetrische soziale Struktur der Repräsentation, die bei allgemeinen Wahlen ohnehin schon gegeben ist, noch verstärken. Außerdem werden politische Entscheidungen in ihren zum Teil nicht absehbaren Folgen gleichfalls unsicherer und gravierender, weil die Korrektur einer Entscheidung bei einer Ausdehnung der Legislaturperiode erst später möglich wäre.

Zum Wahlrecht: Wie bewerten Sie die Reformbemühungen des Bundestages? Bisher gab es Versuche einer Feinjustierung am personalisierten Verhältniswahlrecht, das im Grundsatz angemessen ist und gut funktioniert. Die Problematik der Überhangmandate wurde inzwischen vom Bundesverfassungsgericht korrigiert. Unser Wahlsystem repräsentiert eine gute Balance zwischen dem Zählwert und dem Erfolgswert einer Stimme.

Bei der Bundestagswahl ist es nach dem neuen Wahlrecht zu 29 Ausgleichsmandaten für vier Überhangmandate gekommen. Ein anderes Wahlergebnis hätte aber auch zu einem Parlament mit mehr als 700 statt der jetzt 631 Abgeordneten führen können. Ist das vertretbar? Ich bin skeptisch, dass eine Reform des Wahlrechts alle denkbaren Dynamiken des Parteiensystems einfangen kann. Ich hätte kein Problem damit, wenn das Hohe Haus sich dann tatsächlich ab und zu personell signifikant vergrößert würde.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts hätte es auch bis zu 15 Überhangmandate ohne Ausgleich geben dürfen. Wäre es sinnvoll, erst ab dem 16. Überhangmandat Ausgleichssitze vorzusehen? Das hielte ich für problematisch. Es gab zum Beispiel 1994 die Situation, dass die Regierung Kohl ihre an sich sehr knappe Mehrheit mit einem guten Dutzend Überhangmandaten vergleichsweise stabil ausgestalten konnte. Das spricht gegen eine solche 15er-Regelung. Wenn ausgleichen, dann konsequent alle Überhangmandate.

Ein anderer Vorschlag lautet, wieder zu einem Einstimmigkeitswahlrecht, in dem mit einer Stimme sowohl der Wahlkreisandidat als auch dessen Partei gewählt wird, zurückzukehren. Dadurch kann es nicht mehr zu Überhangmandaten kommen. Darüber könnte man nachdenken.

Die Fünf-Prozent-Hürde hat bei der Bundestagswahl im September dazu geführt, dass mehr als 15 Prozent aller abgegebenen Stimmen nicht berücksichtigt worden sind. Können wir uns das leisten? Im internationalen Vergleich stehen wir vergleichsweise gut da. Hätten wir beispielsweise ein reines Mehrheitswahlrecht wie in Großbritannien, wäre die Quote der nicht berücksichtigten gültigen Stimmen noch höher. Die Sperrklausel ist eine Abwägung zwischen einer breit aufgestellten Präsentation, die ein demokratisch gewähltes Parlament haben sollte, auf der einen und seiner Funktionsfähigkeit auf der anderen Seite. Im übrigen hat sich die Fünf-Prozent-Hürde nicht als unüberwindbare Blockade erwiesen, wenn starke gesellschaftliche Kräfte politische Präsenz angestrebt haben. Die Grünen haben das seinerzeit bewiesen. Und der Alternative für Deutschland wäre das ja auch fast gelungen.

Wie verlässlich sind die Beteuerungen der Regierungskoalition, die Minderheitenrechte im Parlament trotz einer eigenen überdeutlichen Mehrheit zu garantieren? Die entsprechenden Zusagen aus den Reihen der Koalitionsfraktionen können nur dem Preis des Glaubwürdigkeitsverlustes zurückgenommen werden. Es ist allerdings die Frage, ob dafür verfassungsrechtliche Korrekturen nötig sind oder ob nicht zum Beispiel eine Vereinbarung im Ältestenrat auch ausreichend wäre. Der Wähler hat diese Konstellation im Parlament bestimmt. Das muss so akzeptiert werden. Wenn dann Quoren, etwa für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, nicht erreicht werden, kann man daraus nicht umgekehrt einen strukturellen Vorwurf gegen die Parlamentsmehrheit ableiten.

Das Interview führten Jörg Biallas und Helmut Stoltenberg.  
Everhard Holtmann (Jahrgang 1946) ist Politologe an der Martin-Luther-Universität in Halle/Saale. Seit 2012 leitet er das dortige Zentrum für Sozialforschung.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Gründer: Stephan Albani

Schon viele haben etwas von ihm gehört. Beim Hörtest nämlich, bei dem mit einiger Wahrscheinlichkeit Technik von Stephan Albani im Spiel war. Jetzt will sich der Hörtechnik-Unternehmer als Abgeordneter Gehör verschaffen. Der aus Göttingen stammende Diplom-Physiker hat mit seinen Firmen Hörzentrum und HörTech Spitzentechnik entwickelt. Daneben hat er zuletzt noch ein Medizinisches Versorgungszentrum geleitet. Nun aber will der 45-Jährige seine „aktive Tätigkeit dort auf nahe Null reduzieren“. Er ist gerade dabei, das Management auf angestellte Führungskräfte zu übertragen. Denn seit Herbst 2013 gehört Albani für die CDU dem Deutschen Bundestag an, und dieser neuen Aufgabe will er sich mit ganzer Kraft widmen.

„Ich habe festgestellt, dass das für viele ein bisschen irritierend war“, erzählt Albani über die Reaktion anderer Unternehmer auf seine Kandidatur für den Bundestag. Er sei gefragt worden, warum jemand, der so erfolgreich ist, und weiß Gott genug zu tun hat, in die Politik geht. Er habe dann die Gegenfrage gestellt, ob etwa nur Leute, die erfolglos sind und nichts Besseres zu tun haben, in die Politik gehen sollten. Es sei doch gerade wichtig, dass Menschen, die in anderen Bereichen erfolgreich waren, ihre „wirklich gelebten Erfahrungen“ in die Politik einbringen. Häufig sei auch die Frage gewesen: „Warum tun Sie sich das an?“ Denn als Politiker büße man viele unternehmerische Freiheiten ein, stehe immer unter Beobachtung. Albani bedauert, dass sich, „anders als am Anfang unserer Republik üblich“, heu-

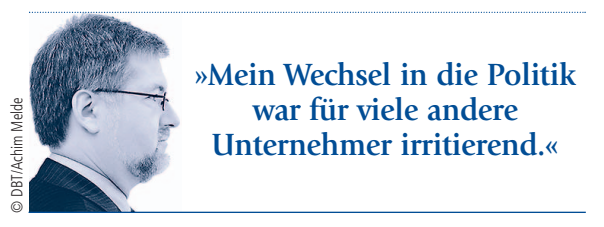
te nur noch wenige Unternehmer „das antun“. Andererseits irritiert ihn, wie schnell Politikern, die aus der Wirtschaft kommen, heute Befangenheit vorgehalten werde. Man werde doch „letztes Endes genau wegen dieser Befangenheit, wegen dieser Kenntnis vom Leben, von Abläufen, ins Parlament gewählt“. In der Wissenschaft, aus der Albani kommt, war ein großes Thema der letzten Jahre die Cluster-Bildung, also die möglichst en-

ge Verzahnung von Hochschulen, anderen Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen auf möglichst engem Raum, um neue Erkenntnisse schnell auf den Markt zu bringen. Wechsel von der Wissenschaft in die Wirtschaft und wieder zurück seien hier ausdrücklich erwünscht, berichtet Albani. Und er fragt sich, warum Gleiches nicht für Politik und Wirtschaft gilt.

So wie das Parlament von den „gelebten Erfahrungen“ eines Unternehmers profitiere, so verschaffe umgekehrt die parlamentarische Arbeit ganz andere Einblicke in das Zusammenwirken der

Gesellschaft. Wenn dann jemand mit diesen Kenntnissen über die großen Zusammenhänge wieder in ein Unternehmen gehe, könne dies für den Standort Deutschland nur von Vorteil sein. Natürlich dürfe es dabei nicht zu Vorteilsnahmen kommen. Dazu gebe es aber klare Gesetze. Wenn ein Mitarbeiter von einem Unternehmen zu einem anderen wechsle, nehme er natürlich sein Know-How mit. Wenn er aber Betriebsgeheimnisse mitnehme und verwende, sei das illegal. Bei einem Wechsel von der Politik in die Wirtschaft sei das nicht anders, meint Albani mit Blick auf die aktuelle Diskussion.

Jetzt aber freut sich der frischgebackene Abgeordnete, dass er seine Erfahrungen in die Parlamentsarbeit einbringen kann. Vergangene Woche konnte er schon damit beginnen, in Gesprächen am Rande der ersten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung. Albani ist außerdem stellvertretendes Mitglied im Gesundheitsausschuss. Diese beiden Gremien decken genau das Spektrum ab, in dem er bisher beruflich und unternehmerisch tätig war. Hier kann er sich für seine Kernliegen einsetzen: nutzbringende Umsetzung von Forschungsergebnissen und gute Bildung für alle. Seine Familie, versichert der dreifache Vater, stehe voll hinter seiner neuen Aufgabe. Zwar ist er jetzt noch mehr weg von zu Hause als früher, andererseits seien die Sitzungswochen viel besser planbar als die oft sehr kurzfristigen Geschäftsreisen. Wenn er aber zu Hause ist im Ammerland bei Oldenburg, dann will er erste Zeiten für die Familie freihalten.



»Mein Wechsel in die Politik war für viele andere Unternehmer irritierend.«

DasParlament

Herausgeber **Deutscher Bundestag**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
**Aus Politik und Zeitgeschichte**  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

**Anschrift der Redaktion**  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

**Chefredakteur**  
Jörg Biallas (jb)

**Verantwortliche Redakteure**  
Dr. Bernard Bode (bob)  
Claudia Heine (che)  
Alexander Heinrich (ah), stellv. Cvd  
Michael Klein (mik)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans Krump (kru), Cvd  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

**Fotos**  
Stephan Roters

**Redaktionsschluss**  
17. Januar 2014

**Druck und Layout**  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kuhseestraße 4-6  
64546 Mörfelden-Walldorf

**Anzeigen-/Vertriebsleitung**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantwortl.)  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main

**Leserservice/Abonnement**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: [parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)

**Anzeigenverkauf**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-43 75  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: [kortmann@fs-medien.de](mailto:kortmann@fs-medien.de)

**Anzeigenverwaltung, Disposition**  
Zeitungsanzeigengesellschaft  
RheinMainMedia mbH  
Andreas Schröder  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-41 33  
Telefax (0 69) 75 01-41 34  
E-Mail: [parlament@rheinmainmedia.de](mailto:parlament@rheinmainmedia.de)

**Abonnement**  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



# Die neuen Fraktionsspitzen



**Volker Kauder**  
**Fraktionsvorsitzender**  
Kauder ist ein alter Hase in dem Amt. Seit 2005 übt er es aus, also auch schon zu Zeiten der ersten Großen Koalition unter Merkel. Er ist seit 1990 Bundestagsabgeordneter.



Fraktion im Deutschen Bundestag



**Michael Grosse-Brömer**  
**Erster Parlament. Geschäftsführer**  
Der Jurist ist kein Neuling in diesem Amt, er hat es bereits seit 2012 inne. Seit 2002 ist er Abgeordneter des Bundestages.



**Gerda Hasselfeldt**  
**Erste Stellvertretende Vorsitzende und Vorsitzende der CSU-Landesgruppe**



**Michael Fuchs**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Wirtschaft, Energie, Mittelstand, Tourismus



**Andreas Schockenhoff**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Außenpolitik, Verteidigung, Europarat



**Arnold Vaatz**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Verkehr, Aufbau Ost, Menschenrechte



**Michael Kretschmer**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Bildung und Forschung, Kunst, Kultur, Medien



**Ralph Brinkhaus**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Haushalt, Finanzen, Kommunen



**Franz-Josef Jung**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Ernährung, Landwirtschaft, Kirche, Petitionen



**Georg Nüßlein**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Gesundheit, Umwelt, Bau- u. Reaktorsicherheit



**Nadine Schön**  
**Stellv. Vorsitzende**  
Zuständig für Familie, Senioren, Frauen, Digitale Agenda



**Thomas Silberhorn**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Recht, Verbraucherschutz, Innen, Vertriebene



**Thomas Strobl**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Europapolitik, Parlamentskontakte in der EU



**Sabine Weiss**  
**Stellv. Vorsitzende**  
Zuständig für Arbeit, Soziales, Wirtschaftl. Zusammenarbeit



**Thomas Oppermann**  
**Fraktionsvorsitzender**  
Der Innenpolitiker sitzt seit 2005 im Bundestag, war 2007 bis 2013 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD und zuletzt Chef des Parlamentarischen Kontrollgremiums.



BUNDESTAGS FRAKTION



**Christine Lambrecht**  
**Erste Parlament. Geschäftsführerin**  
Lambrecht ist seit 1998 Mitglied des Bundestages und war 2011 bis 2013 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion.



**Sören Bartol**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Verkehr, Bau, digitale Infrastruktur



**Hubertus Heil**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Wirtschaft, Energie, Bildung, Forschung



**Eva Högl**  
**Stellv. Vorsitzende**  
Zuständig für Innen, Recht, Verbraucherschutz



**Karl Lauterbach**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Gesundheit, Petitionen



**Rolf Mützenich**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Außen, Verteidigung, Menschenrechte



**Carola Reimann**  
**Stellv. Vorsitzende**  
Zuständig für Arbeit, Soziales, Frauen, Familie, Jugend



**Carsten Schneider**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Haushalt, Finanzen, Euro



**Axel Schäfer**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Europa, Wirtschaftliche Zusammenarbeit



**Ute Vogt**  
**Stellv. Vorsitzende**  
Zuständig für Umwelt, Landwirtschaft



**Gregor Gysi**  
**Fraktionsvorsitzender**  
Gysi kann man sich schon in keinem anderen Amt mehr vorstellen, so lange übt er es aus. So war er schon von 1990 bis 2000 und ist seit 2005 Vorsitzender seiner Fraktion.



IM BUNDESTAG



**Petra Sitte**  
**Erste Parlament. Geschäftsführerin**  
Sitte war von 1990 bis 2005 Landtagsabgeordnete in Sachsen-Anhalt. Seit 2005 ist sie Mitglied des Bundestages.



**Sahra Wagenknecht**  
**Erste Stellvertretende Vorsitzende**



**Dietmar Bartsch**  
**Erster Stellvertretender Vorsitzender**



**Sabine Zimmermann**  
**Stellv. Vorsitzende**  
Zuständig für Soziales, Gesundheit, Rente



**Klaus Ernst**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Wirtschaft, Arbeit, Finanzen



**Wolfgang Gehrcke**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Außenpolitik, internationale Beziehungen



**Diana Golze**  
**Stellv. Vorsitzende**  
Zuständig für Lebensweise und Wissen



**Jan Korte**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Recht, Demokratie, Gesellschaftsentwicklung



**Caren Lay**  
**Stellv. Vorsitzende**  
Zuständig für Struktur- und Regionalpolitik



**Katrin Göring-Eckardt**  
**Fraktionsvorsitzende**  
Göring-Eckardt war 1989 Mitbegründerin von Demokratie jetzt und Bündnis 90, ist seit 1998 Mitglied des Bundestages und war von 2005 bis 2013 dessen Vizepräsidentin.



**Anton Hofreiter**  
**Fraktionsvorsitzender**  
Hofreiter ist seit 2005 Mitglied des Bundestages und war bisher Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.



BUNDESTAGSFRAKTION



**Britta Haßelmann**  
**Erste Parlament. Geschäftsführerin**  
Haßelmann, seit 2005 im Bundestag, war in der 17. Legislaturperiode bereits Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion.



**Kerstin Andreae**  
**Stellv. Vorsitzende**  
Zuständig für Wirtschaft und Soziales



**Oliver Krischer**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Umwelt, Energie, Verkehr, Bau, Landwirtschaft



**Konstantin von Notz**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Recht, Demokratie, Gesellschafts- u. Netzpolitik



**Frithjof Schmidt**  
**Stellv. Vorsitzender**  
Zuständig für Internationale Politik, Menschenrechte



**Katja Dörner**  
**Stellv. Vorsitzende**  
Zuständig für Wissenschaft und Generationen



# Die Ausschüsse im neuen

**KONSTITUIERUNG** Die Vorsitzenden stehen fest, ihre Stellvertreter



**Kerstin Griese (SPD)**  
Die 47-jährige Sozialdemokratin aus Ratingen gehört dem Deutschen Bundestag seit dem Jahr 2000 mit einer Unterbrechung von 2009 bis 2010 an. Die Historikerin war 2002 bis 2009 Vorsitzende des Familienausschusses. Kerstin Griese trat 1986 in die SPD ein.

## Arbeit und Soziales

Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: Karl Schiewerling  
SPD: Katja Mast  
Die Linke: Matthias W. Birkwald  
Bündnis 90/Die Grünen: Markus Kurth



**Martin Burkert (SPD)**  
Der Abgeordnete aus Nürnberg übernimmt den Vorsitz des neu zugeschnittenen Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur. Der ehemalige Gewerkschaftssekretär ist seit 2005 Mitglied des Bundestags und seither Bahnbeauftragter der SPD-Fraktion.

## Verkehr und digitale Infrastruktur

Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: Ulrich Lange  
SPD: Kirsten Lühhmann  
Die Linke: Herbert Behrens  
Bündnis 90/Die Grünen: Valerie Wilms



**Peter Ramsauer (CSU)**  
Der bisherige Verkehrsminister übernimmt die Leitung des neu zugeschnittenen Ausschusses für Wirtschaft und Energie. Ramsauer ist seit 1990 Mitglied des Bundestages und war Parlamentarischer Geschäftsführer und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe in der CDU/CSU-Fraktion.

## Wirtschaft und Energie

Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: N.N.  
SPD: Wolfgang Tiefensee  
Die Linke: Thomas Nord  
Bündnis 90/Die Grünen: Katharina Dröge



**Gesine Lötzsich (Linke)**  
Die 52-jährige Berliner gehört dem Deutschen Bundestag seit 2002 an. Die frühere Lehrerin für Deutsch und Englisch war 1884 bis 1990 SED-Mitglied, danach in der PDS. Von 1991 bis 2002 saß Gesine Lötzsich für die PDS im Berliner Abgeordnetenhaus.

## Haushalt

Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: Norbert Barthle  
SPD: Johannes Kahrs  
Die Linke: Roland Claus  
Bündnis 90/Die Grünen: N.N.



**Renate Künast (Grüne)**  
Die ehemalige Fraktionsvorsitzende der Grünen steht an der Spitze des neu zugeschnittenen Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz. 2001 bis 2005 war sie Ministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft in der rot-grünen Bundesregierung.

## Recht und Verbraucherschutz

Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: N.N.  
SPD: N.N.  
Die Linke: Halina Wawzyniak  
Bündnis 90/Die Grünen: Katja Keul



**Norbert Röttgen (CDU)**  
Der Rheinländer gehört dem Deutschen Bundestag seit 1994 an. 2009 bis 2012 war der 48-jährige Jurist Bundesumweltminister. 2005 bis 2009 bekleidete Röttgen das Amt des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der Unions-Bundestagsfraktion.

## Auswärtiges

Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: Roderich Kiesewetter  
SPD: Niels Annen  
Die Linke: Stefan Liebich  
Bündnis 90/Die Grünen: Marieluise Beck



**Wolfgang Bosbach (CDU)**  
Der Rechtsanwalt aus Bergisch Gladbach bleibt Vorsitzender des Innenausschusses. Bosbach führt das wichtige Gremium seit 2009. Der 61-Jährige sitzt seit 1994 im Bundestag und war 2000 bis 2009 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion.

## Inneres

Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: Armin Schuster  
SPD: Michael Hartmann  
Die Linke: Ulla Jelpke  
Bündnis 90/Die Grünen: Irene Mihalic



**Edgar Franke (SPD)**  
Der 53-jährige Jurist aus Nordhessen gehört dem Deutschen Bundestag seit 2009 an und war in der vergangenen Legislaturperiode stellvertretender Sprecher der SPD-Fraktion. Edgar Franke war 1999 bis 2009 Bürgermeister der Stadt Gudensberg.

## Gesundheit

Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: Maria Michalk  
SPD: Hilde Mattheis  
Die Linke: Birgit Wöllert  
Bündnis 90/Die Grünen: Harald Terpe



**Ingrid Arndt-Brauer (SPD)**  
Ingrid Arndt-Brauer, die nun den Finanzausschuss leitet, sitzt bereits seit ihrem Bundestagsinzug 1999 in diesem Gremium. Die 52-jährige Diplom-Soziologin und vierfache Mutter aus Nordrhein-Westfalen gehört der SPD seit dem Jahr 1983 an.

## Finanzen

Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: Hans Michelbach  
SPD: N.N.  
Die Linke: Axel Troost  
Bündnis 90/Die Grünen: N.N.



**Paul Lehrieder (CSU)**  
Der Abgeordnete aus Franken sitzt seit 2005 im Deutschen Bundestag. Der 54-jährige Rechtsanwalt ist schon lange kommunalpolitisch aktiv. So war Lehrieder 1990 bis 2006 Bürgermeister im heimlichen Gaukönigshofen, seit 1996 ist er CSU-Kreisrat.

## Familie, Senioren, Frauen, Jugend

Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: N.N.  
SPD: N.N.  
Die Linke: Jörn Wunderlich  
Bündnis 90/Die Grünen: Doris Wagner



**Bärbel Höhn (Grüne)**  
Die Mathematikerin aus Oberhausen steht dem neu zugeschnittenen Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit vor. 1995 bis 2005 war Höhn Umweltministerin in Nordrhein-Westfalen, Mitglied des Bundestages ist sie seit 2005.

## Umwelt und Bau

Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: N.N.  
SPD: Matthias Miersch  
Die Linke: Ralph Lenkert  
Bündnis 90/Die Grünen: Peter Meiwald



**Patricia Lips (CDU)**  
Die 50-jährige aus Hessen ist seit 2002 Bundestagsabgeordnete und sitzt seit dieser Wahlperiode im Bildungsausschuss, den sie nun führt. Die Handelsfachwirtin war zuvor kommunalpolitisch als CDU-Vertreterin in Rödermark aktiv und dort unter anderem Fraktionschefin.

## Bildung und Forschung

Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: N.N.  
SPD: Ernst Dieter Rossmann  
Die Linke: Rosemarie Hein  
Bündnis 90/Die Grünen: Kai Gehring



# en Deutschen Bundestag

vertreter werden in der nächsten Sitzungswoche Ende Januar gewählt



## Gunther Krichbaum (CDU)

Der Pforzheimer Abgeordnete führt auch in dieser Wahlperiode den EU-Ausschuss weiter, den er seit 2007 leitet. Dem Bundestag gehört der 49-jährige Jurist seit 2002 an. Der im Grundgesetz verankerte EU-Ausschuss ist zentraler Ort für die europapolitische Mitwirkung im Bundestag.

### Angelegenheiten der EU

#### Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: N.N.  
SPD: Norbert Spinrath  
Die Linke: Alexander Ulrich  
Bündnis 90/Die Grünen: Manuel Sarrazin



## Gitta Connemann (CDU)

Die 49-jährige Abgeordnete aus Leer in Ostfriesland ist seit 2002 Bundestagsabgeordnete und war 2003 bis 2007 Vorsitzende der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Parlaments. Die Anwältin trat 1996 in die CDU ein und war zunächst kommunalpolitisch aktiv.

### Ernährung und Landwirtschaft

#### Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: Alois Gerig  
SPD: Wilhelm Priesmeier  
Die Linke: Kirsten Tackmann  
Bündnis 90/Die Grünen: Nicole Maisch



## Hans-Peter Bartels (SPD)

Der Abgeordnete aus Schleswig-Holstein übernimmt den Vorsitz des Verteidigungsausschusses. Bartels ist seit 1998 Mitglied des Bundestages und seither auch Mitglied des Ausschusses. In seinem Wahlkreis Kiel hat der frühere Journalist stets das Direktmandat erringen können.

### Verteidigung

#### Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: Henning Otte  
SPD: Rainer Arnold  
Die Linke: Alexander S. Neu  
Bündnis 90/Die Grünen: Agnieszka Brugger



## Kersten Steinke (Die Linke)

Die alte ist auch die neue Vorsitzende: Seit 2005 leitet die gelernte Agraringenieurin aus Thüringen den Petitionsausschuss. Zwischen 1998 und 2002 war Steinke bereits Abgeordnete im Bundestag und danach zwei Jahre im Thüringer Landtag.

### Petitionen

#### Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: Günter Baumann  
SPD: Stefan Schwartze  
Die Linke: Kerstin Kassner  
Bündnis 90/Die Grünen: Corinna Ruffer



## Dagmar G. Wöhr (CSU)

Die Juristin aus Nürnberg ist seit 1994 Mitglied des Bundestages und war 2005 bis 2009 Parlamentarische Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium. Wie in der vergangenen Wahlperiode steht sie dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vor.

### Wirtschaftliche Zusammenarbeit

#### Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: Sibylle Pfeiffer  
SPD: Bärbel Kofler  
Die Linke: Niema Movassat  
Bündnis 90/Die Grünen: Uwe Kekeritz



## Dagmar Freitag (SPD)

Die ehemalige Lehrerin aus Nordrhein-Westfalen bleibt Vorsitzende des Sportausschusses, dem sie bereits seit 2009 vorsteht. Freitag ist seit 1994 Mitglied des Bundestages, seit 2001 ist sie Vizepräsidentin des Deutschen Leichtathletik-Verbandes.

### Sport

#### Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: Eberhard Gienger  
SPD: Michaela Engelmeier-Heite  
Die Linke: Katrin Kunert  
Bündnis 90/Die Grünen: Monika Lazar



## Siegmund Ehrmann (SPD)

Der Diplom-Verwaltungswirt aus dem niederrheinischen Moers gehört dem Bundestag seit 2002 an. In der vergangenen Wahlperiode war der 61-Jährige Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe Kultur und Medien. 2005 bis 2009 war Ehrmann Vizechef des Kulturausschusses.

### Kultur und Medien

#### Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: Ansgar Heveling  
SPD: Marin Dörmann  
Die Linke: Sigrüd Hupach  
Bündnis 90/Die Grünen: Tabea Rößner



## Heike Brehmer (CDU)

Die ehemalige Landrätin des Landkreises Aschersleben-Staßfurt ist neue Vorsitzende des Tourismusausschusses. Brehmer ist seit 2009 Mitglied des Bundestages, in der vergangenen Wahlperiode war sie bereits Mitglied im Tourismusausschuss und zudem im Ausschuss für Arbeit und Soziales.

### Tourismus

#### Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: Daniela Ludwig  
SPD: Gabriele Hiller-Ohm  
Die Linke: N.N.  
Bündnis 90/Die Grünen: Markus Tresselt



## Michael Brand (CDU)

Mit 40 Jahren ist er der jüngste unter den Ausschussvorsitzenden: Seit 2005 ist Michael Brand Mitglied des Bundestages, seinen Wahlkreis Fulda gewann er stets direkt. In der vergangenen Wahlperiode war er bereits stellvertretender Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses.

### Menschenrechte und humanitäre Hilfe

#### Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: Frank Heinrich  
SPD: Christoph Strässer  
Die Linke: Annette Groth  
Bündnis 90/Die Grünen: Tom Koenigs



## Johann Wadephul (CDU)

Der Jurist steht dem Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung vor. Mitglied des Bundestages ist Wadephul seit 2009, zuvor war er erst Generalsekretär, später Landesvorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein sowie Fraktionschef im Landtag.

### Wahlprüfung, Immunität u. Geschäftsordnung

#### Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: Bernhard Kaster  
SPD: Sonja Steffen  
Die Linke: Petra Sitte  
Bündnis 90/Die Grünen: Britta Haßelmann



## N.N. (CDU/CSU)

Die Fraktionen haben sich verständigt, dass es in dieser Legislaturperiode einen Internet-Ausschuss geben wird. Er soll im Februar eingesetzt werden. Nach dem internen Berechnungsverfahren des Bundestages steht der Unions-Fraktion der Ausschussvorsitz zu.

### Internet

#### Obleute der Fraktionen

CDU/CSU: N.N.  
SPD: Lars Klingbeil  
Die Linke: Herbert Behrens  
Bündnis 90/Die Grünen: Konstantin von Notz



## Clemens Binninger (CDU)

Das Parlamentarische Kontrollgremium zur Überwachung der Geheimdienste wird in dieser Wahlperiode im jährlichen Wechsel geleitet: Den Auftakt macht der ehemalige Polizist Clemens Binninger (CDU), der seit 2002 Mitglied des Bundestages ist. Ihm folgt nach einem Jahr Burkhard Lischka (SPD), der seit 2009 dem Bundestag angehört und der zuvor unter anderem Staatssekretär im Justizministerium von Sachsen-Anhalt war.

### Parlamentarisches Kontrollgremium

#### Mitglieder

CDU/CSU: Clemens Binninger, Manfred Grund, Stephan Mayer, Armin Schuster  
SPD: Gabriele Fograscher, Michael Hartmann, Burkhard Lischka  
Die Linke: André Hahn  
Bündnis 90/Die Grünen: Hans-Christian Ströbele



## Im Dienst der Gesetzgebung

**WÜRDIGUNG** Die Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung (DGG) hatte gleich zwei Gründe, am vergangenen Freitag in die Berliner Landesvertretung Sachsen-Anhalts einzuladen: Es galt zum einen, den zum vierten Mal ausgelobten Preis für gute Gesetzgebung, der in diesem Jahr an das „Modellgesetz für Geistiges Eigentum“ ging, zu verleihen. Und zum anderen wurde das in Zusammenarbeit mit der DGG herausgegebene Werk „Gesetzgebung. Ein Handbuch – Rechtssetzung durch Parlamente und Verwaltungen sowie ihre gerichtliche Kontrolle“ vorgestellt. Letztere Aufgabe übernahm Bundestagsvizepräsident Peter Hintze (CDU). Er lobte die Arbeit der Herausgeber



Peter Hintze (CDU)

Winfried Kluth, Richter am Landesverfassungsgericht Sachsen-Anhalt, und Günter Krings (CDU), frisch gekürter Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium sowie Vorsitzender der DGG. Hintze bezeichnete das Handbuch als eine

Arbeit, „die das Recht in all seinen Dimensionen in den Blick“ nehme, auch aus der Perspektive von Regierung und Parlamenten, die Orte, wo Recht und Politik am engsten zusammenstünden. Der Bundestagsvizepräsident schloss mit den Worten: „Der Deutsche Bundestag wünscht diesem Werk einen großen Erfolg.“ Cornelia Rogall-Grothe, Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, würdigte das nunmehr 16 Jahre währende Engagement der DGG für eine bessere Gesetzgebung. Diese Arbeit sei wichtig, weil Gesetze das wesentliche Steuerungsinstrument eines Staates seien. jbi



Beim Thema Renten hat es die Große Koalition eilig: Schon ab 1. Juli sollen wichtige Reformvorhaben gelten, die viel Geld kosten.

# Angst vor der Kostenfalle

**RENTENREFORMEN** Die Opposition spricht von Plünderung der Rentenkasse, Koalition verweist auf 2018

## Schärfere Regeln gegen Doping

**GESUNDHEIT** Mit schärferen Regelungen im Arzneimittelrecht und im Strafrecht will der Bundesrat potenziellen Dopingverstößen den Kampf ansagen. Die Länderkammer legte einen Gesetzentwurf (18/294) vor mit dem Ziel, die Dopingbekämpfung im Sport effektiver zu gestalten. Er sieht vor, die entsprechende Verbotssanktion im Arzneimittelgesetz (AMG) auf den gewinnorientierten Handel und die dem Doping zugrunde liegenden Wirkstoffe zu erweitern. Ferner soll nach dem Willen des Bundesrates in das AMG der Tatbestand des „Dopingbetrugs“ aufgenommen werden. Demnach soll es verboten sein, „an berufssportlichen Wettkämpfen teilzunehmen, wenn der Berufssportler (...) Dopingmittel im Körper oder eine Methode zur Manipulation von Blut oder Blutbestandteilen angewendet hat“. Auch sollen dem Entwurf zufolge unter anderem die Strafbegrenze für Dopingdelikte von drei auf fünf Jahre Freiheitsstrafe angehoben und der „Dopingbetrug“ in die Sanktion einbezogen werden. Die Bundesregierung erklärt in ihrer Stellungnahme, die Diskussion habe gezeigt, dass es beim neu formulierten Tatbestand des Dopingbetrugs „noch erhebliche Abgrenzungs- und Bestimmtheitsprobleme gibt, insbesondere mit Blick auf die Definition des ‚Berufssports‘ sowie die Unterscheidung des (strafbaren) Einsatzes von Dopingmitteln im Wettkampf vom (straflosen) Einsatz im Training.“ pk

**N**och bevor das eigentliche Gesetzgebungsverfahren auf parlamentarischer Ebene begonnen hat, streiten sich die Abgeordneten im Bundestag erneut über die Rentenpläne der Großen Koalition. Und hier vor allem um deren Finanzierung. Auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen fand dazu am vergangenen Donnerstag eine Aktuelle Stunde statt. Nachdem am selben Tag bekannt geworden war, dass die Kosten für die sogenannte Mütterrente, die abschlagsfreie Rente ab 63 nach 45 Beitragsjahren und die aufgestockte Erwerbsminderungsrente bis 2020 Mehrausgaben von 60 Milliarden Euro verursachen werden, fragte Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt die Koalition: „Welches Heu wollen Sie eigentlich zu Gold machen, wenn Sie das alles bezahlen wollen?“

**Mütterrente** In der vergangenen Woche hatte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter Leitung seiner neuen Ministerin Andrea Nahles (SPD) einen ersten Entwurf für das „Leistungsverbesserungsgesetz“ auf den Weg gebracht. Ende Januar soll sich das Bundeskabinett mit diesem Entwurf befassen, denn die Zeit drängt: Bereits am 1. Juli sollen nämlich die Reformpläne der Großen Koalition in Kraft treten, die da lauten: Mütter bekommen für Kinder, die vor 1992 geboren sind, einen Rentenpunkt mehr. Das erhöht die Rente der Betroffenen im Westen um 28 und im Osten um 26 Euro monatlich (Kosten pro Jahr: mehr als sechs Milliarden Euro).

Wer 45 Jahre lang Beiträge in die Rentenversicherung gezahlt hat, soll mit 63 Jahren ohne Abschläge in den Ruhestand gehen können. Allerdings soll die Altersgrenze schrittweise steigen, sodass aus der Rente mit 63 ab dem Jahr 2029 wieder eine Rente mit 65 wird. Ohnehin gilt die Rente mit 63 Jahren schon jetzt nur für Versicherte, die vor 1953 geboren sind und deren Rente nach dem 1. Juli 2014 beginnt. Für alle danach Geborenen steigt die Altersgrenze mit jedem Jahrgang um zwei Monate. Zeiten der Arbeitslosigkeit werden hier mitgezählt, sofern das reguläre Arbeitslosengeld bezogen wurde. Hartz-IV-Empfänger bleiben also außen vor (die Kosten steigen von 900 Millionen Euro in diesem Jahr auf drei Milliarden im Jahr 2030). Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen früher in Rente gehen müssen, sollen eine höhere Erwerbsminderungsrente bekommen (Siehe auch Beitrag rechts unten). Dafür soll die Zurechnungszeit von 60 auf 62 Jahre angehoben werden, die Rente wird also so berechnet, als ob sie bis zum Alter von 62 Jahren gearbeitet haben. Das bedeutet monatlich 40 Euro mehr Rente (die Kosten steigen von 100 Millionen Euro in diesem Jahr auf zwei Milliarden Euro im Jahr 2030).

**Geringverdiener** Außerdem will die Koalition auch die Renten von Geringverdienern erhöhen, 850 Euro monatlich sollen dies sein. Zur Finanzierung all dieser Maßnahmen hat die Bundesregierung in einem ersten Schritt ein Gesetz vorgelegt, das die vor-

geschriebene Beitragsatzsenkung zur Rentenversicherung 2014 Jahr verhindern soll. Aber nicht allein auf die Kosten bezog sich die Kritik Göring-Eckards. Sie warf SPD und Union auch vor, eine „Kumpanei mit der eigenen Generation“ zu betreiben, während die „kleinen Leute“ die Verlierer der Re-

beitslücke, die Lebensleistungsrente sei ein Baustein gegen Altersarmut und die abschlagsfreie Rente sage etwas über den Wert der Arbeit aus. „Arbeit ist nicht einfach nur eine Rechengröße, sondern ein Wert an sich“, argumentierte der CDU-Abgeordnete. Und dies spiegelte sich in den genannten

betonte deren Obmann im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Matthias Birkwald. Es sei aber zum einen „systemwidrig“, die Mütterrente aus den Rücklagen der Rentenversicherung zu bezahlen, zum anderen „zutiefst ungerecht“, weil dann die Aldi-Kassierer die Mütterrente durch ihre Beiträge mitfinanzieren muss. Im Hinblick auf die Pläne, ab 2018 diese Kosten durch Steuern zu finanzieren, forderte er von der Koalition: „Machen Sie das doch jetzt gleich! Hören Sie auf den Präsidenten der Deutschen Rentenversicherung, Herbert Rische!“ Dieser hatte schon kurz nach Bekanntwerden der Koalitionspläne im Dezember 2013 die Finanzierung der Mütterrente aus Beitragsmitteln der Rentenkasse als „verfassungswidrig“ kritisiert, weil sie gegen den Gleichheitsgrundsatz verstieße. Carola Reimann, als stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD für den Bereich Arbeit und Soziales zuständig, ärgerte sich vor allem darüber, dass in dieser Rentendiskussion oft von Geschenken die Rede sei. Es gehe schließlich bei der Rente ab 63 darum, Menschen, die jahrelang hart gearbeitet haben, einen „stabilen und sicheren Übergang“ vom Erwerbsleben in den Ruhestand zu ermöglichen. „Das ist nicht geschenkt, sondern verdient“, betonte Reimann. Zur Kritik an der beitragsfinanzierten Mütterrente sagte sie: „Ja, es ist eine versicherungsfremde Leistung, die steuerfinanziert werden muss.“ Es sei auch kein Geheimnis, dass ihre Fraktion dies lieber sofort so umgesetzt hätte, aber nur durch diesen Kompromiss im Koalitionsvertrag sei es überhaupt zu einer Lösung gekommen. Claudia Heine



Kritiker der Beitragsfinanzierung: Herbert Rische, Präsident der Rentenversicherung

formpläne seien. Frauen, die Teilzeit gearbeitet haben, Ostdeutsche, die sich von ABM zu Minijob gehandelt haben, würden von den Plänen nichts haben. Matthias Zimmer (CDU) verteidigte dagegen die Pläne der schwarz-roten Koalition. Die Mütterrente schließe eine Gerechtig-

keitslücke, die Lebensleistungsrente sei ein Baustein gegen Altersarmut und die abschlagsfreie Rente sage etwas über den Wert der Arbeit aus. „Arbeit ist nicht einfach nur eine Rechengröße, sondern ein Wert an sich“, argumentierte der CDU-Abgeordnete. Und dies spiegelte sich in den genannten

betonte deren Obmann im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Matthias Birkwald. Es sei aber zum einen „systemwidrig“, die Mütterrente aus den Rücklagen der Rentenversicherung zu bezahlen, zum anderen „zutiefst ungerecht“, weil dann die Aldi-Kassierer die Mütterrente durch ihre Beiträge mitfinanzieren muss. Im Hinblick auf die Pläne, ab 2018 diese Kosten durch Steuern zu finanzieren, forderte er von der Koalition: „Machen Sie das doch jetzt gleich! Hören Sie auf den Präsidenten der Deutschen Rentenversicherung, Herbert Rische!“ Dieser hatte schon kurz nach Bekanntwerden der Koalitionspläne im Dezember 2013 die Finanzierung der Mütterrente aus Beitragsmitteln der Rentenkasse als „verfassungswidrig“ kritisiert, weil sie gegen den Gleichheitsgrundsatz verstieße. Carola Reimann, als stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD für den Bereich Arbeit und Soziales zuständig, ärgerte sich vor allem darüber, dass in dieser Rentendiskussion oft von Geschenken die Rede sei. Es gehe schließlich bei der Rente ab 63 darum, Menschen, die jahrelang hart gearbeitet haben, einen „stabilen und sicheren Übergang“ vom Erwerbsleben in den Ruhestand zu ermöglichen. „Das ist nicht geschenkt, sondern verdient“, betonte Reimann. Zur Kritik an der beitragsfinanzierten Mütterrente sagte sie: „Ja, es ist eine versicherungsfremde Leistung, die steuerfinanziert werden muss.“ Es sei auch kein Geheimnis, dass ihre Fraktion dies lieber sofort so umgesetzt hätte, aber nur durch diesen Kompromiss im Koalitionsvertrag sei es überhaupt zu einer Lösung gekommen. Claudia Heine

Anzeige

**DAS WILL ICH LESEN!**

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Meinung.  
Mehr Parlament.\*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75011253  
parlament@fz-medien.de  
www.das-parlament.de

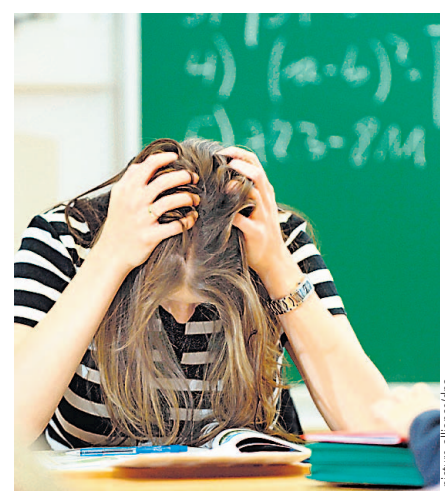
## Pisa-Erfolg stößt auf geteiltes Echo

**BILDUNG** Trotz erreichter Verbesserungen sieht die Opposition das Schulsystem »in Schiefelage«

Zwölf Jahre nach dem Schock kam der Erfolg: In der Pisa-Studie 2012 liegt Deutschland erstmals in allen Testbereichen über dem OECD-Durchschnitt. In der ersten Pisa-Studie aus dem Jahr 2000 hatten die Experten dem bundesdeutschen Schulsystem viel schlechtere Noten gegeben und festgestellt, dass der Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft nirgends größer war als hierzulande.

„ein großer Erfolg“. Gleiches gelte für die Tatsache, dass die Zahl der Schüler mit niedrigeren Kompetenzen zurückgegangen sei und sich gleichzeitig deren Ergebnisse verbessert hätten. Die Ergebnisse seien aus deutscher Sicht „höchst erfreulich“, sagte für die CSU Albert Rupprecht. Deutschland liege „signifikant über dem OECD-Schnitt“ und habe sich „vier Mal hintereinander“ verbessert; dies

sei keinem anderen Land gelungen. Die Sozialdemokraten mahnten aber weitere Schritte an. So sagte ihr Bildungsexperte Ernst Dieter Rossmann, die Einsicht sei wichtig, dass die Bildungsbiographie bereits in der frühen Kindheit beginne. Frühkindliche Bildung in den Kitas und Leistungen der Erzieher müssten verbessert werden. Zudem solle der Bund die Qualitätsentwicklung in den Schulen begleiten und zudem die Qualifizierung der Lehrkräfte unterstützen.



In Mathematik liegen deutsche Schüler über dem OECD-Durchschnitt.

**Keine Chancen** Kritisch äußerte sich dagegen die Opposition. Rosemarie Hein (Die Linke) betonte, Deutschland nehme nur Platz 16 unter den 65 teilnehmenden Staaten; das sei kein Grund zum Jubeln. Die Hälfte der Hauptschüler und zehn Prozent der Realschüler erreichten lediglich die unterste Kompetenzstufe; damit hätten sie keine Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Noch immer habe die Herkunft einen „viel zu großen Einfluss“ auf Abschluss und Lernergebnisse. Für die Grünen sagte Özcan Mutlu, das deutsche Schulsystem befinde sich „in Schiefelage“. 18 Prozent der Schüler gehörten zur Risikogruppe, die überproportional gefährdet sei. Bildung sei auch heute „noch entscheidend vom Geldbeutel der Eltern abhängig“: „Das war, ist und bleibt ein Skandal.“ Susanne Kailitz

## Krankheit nicht bestrafen

**SOZIALES** Bei Reform der Erwerbsminderungsrente droht Streit

Wer aus gesundheitlichen Gründen aus dem Job aussteigen muss, soll nicht zusätzlich bestraft werden – darin sind die sich Fraktionen des Bundestags einig. Deshalb soll die Erwerbsminderungsrente reformiert werden. Geht es nach Linken und Grünen, sollen dabei die bislang bestehenden Abschläge entfallen. Einen entsprechenden Antrag der Linken (18/9) beriet das Plenum vergangene Woche erstmalig. Dabei wurde klar: Die Union will an den Abschlägen nicht rütteln, dafür aber die Zurechnungszeiten von 60 auf 62 Jahre hinaufsetzen – eine „bemerkenswerte Verbesserung“, wie der CDU-Abgeordnete Peter Weiß sagte. Zugleich solle für die Berechnung der Rente „der beste Verdienst“ herangezogen werden und nicht die letzten vier Jahre vor Renteneintritt, wenn Betroffene in dieser Zeit schon schlecht verdient hätten.

Der Grünen-Sozialexperte Markus Kurth nannte es in der Debatte „absolut besorgniserregend“, dass die Zahl derer, die aufgrund psychischer Erkrankungen in Erwerbsminderungsrente gehen, immer weiter ansteige. Zudem beklagte er, dass die Höhe der Renten weiter sinke: Sie habe für Männer im Westen im Jahr 2000 bei 836 Euro gelegen; 2010 seien es 679 Euro gewesen. Das Armutsrisiko Erwerbsgeminderter liege bei 36 Prozent. Wer als Erwerbsgeminderter in Rente gehe, dürfe nicht unter Abschlägen leiden, denn „niemand tut dies freiwillig“. Der Referententwurf aus dem Bundesarbeitsministerium sehe verbesserte Zurechnungszeiten nur für Neuzugänge in die Erwerbsminderungsrente vor, nicht aber für Bestandsrentner. Offenbar könne die Koalition statt der geplanten Pakete nur Päckchen schnüren, „denn die Milliarden für Mütterrente und Rente mit 63 müssen bezahlt werden“. Dass Streit in der Koalition droht, wurde bei der Rede des SPD-Abgeordneten Michael Gerdes klar. Es sei richtig, dass Erwerbsminderungsrentner nicht mit 10,8-prozentigen Abschlägen bestraft werden dürften, sagte er. Es mache einen Unterschied, ob Menschen wegen Krankheit in die Rente gingen oder aufgrund ihrer persönlichen Lebensplanung. suk

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper







# Rote Linie gewünscht

## NSA-AFFÄRE US-Präsident Obama verteidigt Geheimdienstaktivitäten, kündigt aber Einschränkungen an. Bundestag streitet über ein mögliches Scheitern des angestrebten No-Spy-Abkommens

Die US-Botschaft (vorne) nahe dem Reichstagsgebäude in Berlin. Wurde von hier aus das Handy der Kanzlerin abgehört?

War es das schon? Die Spannung vor der Rede von US-Präsident Barack Obama am Freitagabend über Konsequenzen aus dem Abhörskandal des US-Geheimdienstes NSA, der angesichts der gigantischen Ausspähung von Millionen Bürgern und selbst von Regierungschefs bis hin zu Verbündeten wie Kanzlerin Angela Merkel (CDU) massive Kritik provoziert hat, war weltweit und auch im Bundestag riesig. Doch im Kern verteidigte Obama die US-Geheimdienstarbeit. Die Terrorattentate vom 11. September 2001 hätten die Notwendigkeit deutlich gemacht, die Überwachung von gegnerischen Nationen auf Individuen und Gruppen auszuweiten, um solche Angriffe künftig zu vermeiden. Auf diese Weise seien viele Attentate verhindert und Menschenleben geschützt worden. Allerdings brächten die verbesserten Geheimdienstmethoden die Gefahr mit sich, dass die Regierung übertreibe und die massenhafte Datensammlung durch den Staat missbraucht werde. Der US-Präsident kündigte Einschränkungen beim Zugriff der NSA auf Telefon-Anrufrufen an. Die Behörde müsse in der Regel künftig jedes Mal die Zustimmung eines Geheimgerichts einholen, bevor sie Einblick in die Daten nehmen könne. Ausländer sollten von den Geheimdiensten nur im Zuge des Anti-Terror-Kampfes oder bei Gefährdung der nationalen Sicherheit überwacht werden. Staats- und Regierungschefs eng befreundeter Regierungen sollten nicht überwacht werden, sagte Obama. Zugleich betonte er grundsätzlich, dass die Überwachung anderer Regierungen weitergehe. Dies machten andere Länder auch, fügte der US-Präsident hinzu.

Es mutet zweifelhaft an, ob diese Rede die Gemüter im Ausland zu beruhigen vermag. Schließlich tauchen immer neue Schreckensmeldungen aus der Welt Big Brothers auf. So berichtete die „New York Times“ über das Programm „Quantum“, das es der NSA erlaube, mit Hilfe eingeschleuster Funkwanzen Computer selbst dann auszuspionieren, wenn sie gar nicht mit dem Internet verbunden sind. Weltweit soll diese Schnüffel-Software bereits in 100.000 Geräten installiert sein. Und unmittelbar vor Obamas Auftritt machte der englische „Guardian“ publik, dass es das Programm „Dishfire“ US- und britischen Diensten gestattet, täglich 100 Millionen SMS zu erfassen und auszuwerten.

**Scheitern droht** Auch nach Obamas Rede ist offen, was aus dem von Berlin angestrebten „No-Spy-Abkommen“ mit Washington wird, das ein gegenseitiges Ausspionieren ausschließen soll. Ein solcher Vertrag spielt eine zentrale Rolle beim Bemühen der Bundesregierung, Konsequenzen aus dem NSA-Skandal zu ziehen. Doch Medienberichte und Kommentare von Politikern legen die Vermutung nahe, dass die Verhandlungen mangels eines Entgegenkommens der USA vom Scheitern bedroht sind. Im Vorfeld von Obamas Auftritt gingen im Bundestag bei einer von der Linksfaktion beantragten Aktuelle Stunde die Wogen hoch. Die Opposition machte die Regierung für das sich abzeichnende Desaster verantwortlich. Konstantin von Notz (Grüne) kritisierte, nach monatelanger „Verklärung und Vertuschung“ stehe die Regierung „völlig blank da“, das sei ein „Skandal nach dem Skandal“. Der Union gehe es nicht um Freiheit und Rechte der Bürger, sie interessiere sich nur für das Abhören

des Handys der Kanzlerin. Kernproblem aber sei, dass keine massenhafte Überwachung der Bürger ohne konkreten Anlass stattfinden dürfe. Jan Korte (Linke) bezeichnete die NSA-Ausforschung als „einen der größten Datenschutzskandale“ und „fundamentalen Angriff auf die Grundrechte“. Er forderte, auf Washington Druck auszuüben und etwa die Gespräche über ein Freihandelsabkommen zu kündigen, auf die Übermittlung von Bankdaten an die USA zu verzichten oder Angehörige ausländischer Botschaften auszuweisen, die spionieren. Sprecher der Koalition äußerten zwar deutliche Kritik an Washington, hoffen indes, doch noch ein No-spy-Abkommen zu erreichen.

### KOMPAKT

**> Ankündigung:** Im August 2013 sagte der damals amtierende Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU), die USA hätten den Abschluss eines „No-Spy-Abkommens“ angeboten, das ein gegenseitiges Ausspionieren unterbinden soll.

**> Probleme:** Angesichts der Widerstände in den USA steht aus Sicht der Linken und der Grünen ein solcher Vertrag jedoch vor dem Scheitern. Die Koalition hofft indes, in weiteren Gesprächen doch noch eine solche Vereinbarung zu erreichen.

**> EU-Projekt:** Auch auf EU-Ebene will die Regierung ein Anti-Spionage-Abkommen durchsetzen, aber die Briten sperren sich.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Günter Krings (CDU), nannte die Informationspolitik der USA „inakzeptabel“. Es sei „nicht verhandelbar, dass auf deutschem Boden uneingeschränkt deutsches Recht zu gelten hat“. Der CDU-Parlamentarier Clemens Binner unterstrich, es müsse „klare rote Linien“ geben, die auch von Amerikanern und Briten zu beachten seien. Michael Hartmann (SPD) sagte, Washington müsse verstehen, dass es eine „patriotische Pflicht“ sei, hierzulande die Freiheitsrechte zu schützen. Die Regierung sei dem Vorgehen Washingtons nicht wehrlos ausgesetzt, betonte der SPD-Parlamentarier. Warum solle man Fluggastdaten an die USA übermitteln, „wenn man sich illegal über die Hintertür noch viel mehr Daten holt?“ Binner räumte ein, dass die Verhandlungen in einer „Sackgasse“ steckten. Wie Krings und Hartmann warnte er jedoch davor, die Gespräche abzubrechen, auch lehnte er Drohungen gegenüber Washington ab. Hartmann: „Es wäre schlimm, wenn das No-Spy-Abkommen scheitert.“ Bekannt wurde dieser Tage, dass die Bundesregierung auch über einen Anti-Spionage-Vertrag zwischen den EU-Staaten verhandelt. Nach Medienmeldungen stocken diese Gespräche freilich ebenfalls, vor allem wegen britischer Widerstände. Einen Warnschuss Richtung USA feuerte derweil das EU-Parlament ab, das dafür plädiert, den Datenaustausch einzuschränken, um so die Geschäfte von US-Unternehmen in Europa zu treffen. Und der Abschlussbericht eines Untersuchungsausschusses verurteilte eine „gewaltige, systematische Blanko-Erfassung persönlicher Daten“ durch die NSA. *dpa/Karl-Otto Sattler*

## Ein weiter Weg

### VERTEIDIGUNG Familienfreundlichere Bundeswehr gefordert

Fehlenden Ehrgeiz kann man Ursula von der Leyen (CDU) ganz gewiss nicht unterstellen. „Mein Ziel ist es, dass die Bundeswehr zu einem der attraktivsten Arbeitgeber in Deutschland wird“, sagte die Verteidigungsministerin vergangenen Donnerstag in ihrer ersten Bundestagsrede im neuen Amt. Dass es bis dahin noch ein weiter Weg ist, zeigt der Wehrbericht 2012 (17/12050), vorgelegt vom Wehrbeauftragten des Bundestages, Hellmut Königshaus. Darin ist unter anderem die Rede davon, dass deutsche Soldaten als Folge der Bundeswehrreform nach wie vor Verunsicherungen und Überbelastungen ausgesetzt seien. Als Grund dafür wird unter anderem das neue Standortkonzept angeführt. Dies habe das Problem des Pendelns zwischen Wohnort und Stationierungsort für viele Soldatenfamilien verschärft. Jungen Eltern werde es zudem erschwert, von ihrem Recht auf Elternzeit Gebrauch zu machen oder aber mit Rücksicht auf Kleinkinder eine längere Abwesenheit zu vermeiden, etwa wegen eines mehrmonatigen Auslandseinsatzes.

Eine Situation, die sich laut Königshaus auch 2013 nicht grundlegend verbessert hat und dringend der Abhilfe bedarf, denn: „Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine der Schlüsselfragen für die Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr“, sagte der Wehrbeauftragte im Parlament. Er freue sich „sehr, dass die Verteidigungsministerin dies zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen will“.

»Es wird keine Reform der Reform geben.«

Ursula von der Leyen (CDU)

**»Passgenaue Kinderbetreuung«** Die Ministerin nannte auch schon einige der Schrauben, an denen gedreht werden könnten. Benötigt würden „eine Kinderbetreuung, die passgenau ist“, moderne Arbeitszeitregelungen und die Prüfung der Sinnhaftigkeit der häufigen Versetzungen. „Wir brauchen den fähigsten Nachwuchs und die besten Bedingungen für die, die heute schon bei uns sind“, sagte von der Leyen. Grundlegenden Änderungen bei der Neuausrichtung der Bundeswehr plant sie gleichwohl nicht. „Es wird keine Reform der Reform geben“, machte sie deutlich. Die Koalitionsfraktionen boten der Ministerin Unterstützung auf ihrem Weg an. Anita Schäfer (CDU) betonte, der Koalitionsvertrag bilde dafür ein gutes Fundament. Rainer Arnold (SPD) sagte, es sei gut, dass die Ressortchefin die Kritik im Bericht des Wehrbeauftragten nicht relativiere, sondern ernst nehme. Skeptisch äußerten sich Linke und Grüne. Den Ankündigungen von der Leyens müssten auch Taten folgen, forderte Agnieszka Brugger (Grüne). Was die Finanzierung der

Vorhaben angeht, habe es bislang nur „nebulöse Versprechungen“ gegeben. Christine Buchholz (Linke) machte einen „unlöslichen Widerspruch“ in den Aussagen der Verteidigungsministerin aus. Die Bundeswehr sei schon immer nicht besonders familienfreundlich gewesen, sagte die Linke-Abgeordnete. Ihre Wandlung zu einer Armee im Einsatz habe das Problem aber massiv verschärft. „Eine Armee im Einsatz ist mit Familienfreundlichkeit unvereinbar und wird auch nicht gebraucht“, lautete ihr Urteil. Arnold betonte, um die Mängel der Reform anzugehen, werde eine zügige Evaluation benötigt. Das Phänomen der Pendlerarmee und auch die Verwendung von Soldaten in Auslandseinsätzen bis zu sechs statt nur vier Monaten habe mit eben solchen Mängeln zu tun, sagte er. Gleiches gelte für einige Standortschließungen, die schlussendlich sogar zu erhöhten Kosten geführt hätten. Der SPD-Parlamentarier warnte zugleich davor, dass angesichts der Kritik im Wehrbericht der Eindruck entstehen könnte, „bei der Bundeswehr läuft alles schief“. Die allermeisten Soldaten würden ihre Arbeit gut machen und die Prinzipien der inneren Führung ernst nehmen. Für die Grünen bemängelte Brugger, das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Dienst sei zu lange belächelt worden. Ihre Fraktion habe schon lange Maßnahmen für eine familienfreundliche Bundeswehr gefordert. Dies sei wichtig, damit sich junge Menschen für eine Karriere in der Bundeswehr entscheiden. Von der Leyens Ankündigungen nahm die Grünen-Parlamentarierin mit Skepsis auf. Schon in ihren vorherigen Ministerämtern habe von der Leyen Erwartungen geweckt, „die schneller als man schauen konnte wieder einkassiert wurden“.

**Vorrang für Auftragsbefüllung** Schäfer wertete die Strukturreform als Antwort auf die neuen Herausforderungen an die Bundeswehr. Dies habe in der Tat zu Verunsicherungen der Soldaten geführt, räumte die CDU-Abgeordnete ein. Die vorherige Bundesregierung habe aber „sehr schnell sehr viele Verbesserungen vorgenommen“. Schäfer warnte zugleich vor übertriebenen Hoffnungen: „Den Widerspruch zwischen einem normalen Familienleben und den besonderen Anforderungen des Soldatenbetriebs werden wir niemals vollständig lösen können.“ Die militärische Auftragsbefüllung stehe auch in Zukunft an erster Stelle. Dennoch sei sie der Ministerin dankbar, „dass Sie mit unbefangenen Blick das System der automatischen Versetzungen in seiner bisherigen Form in Frage gestellt haben“. *Götz Hausinger*



Soldatenfamilie: Wiedersehen nach der Rückkehr vom Afghanistan-Einsatz

## Doppelpass bleibt Zankapfel

### INTEGRATION Opposition dringt auf schnelles Ende der Optionspflicht

Die Grünen-Fraktion ist vergangene Woche mit einem Vorstoß gescheitert, bis zur geplanten Abschaffung der sogenannten Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit von Betroffenen zu vermeiden. Einen entsprechenden Antrag (18/186) lehnte der Bundestag mit den Stimmen der CDU/CSU-Fraktion und der Mehrheit der SPD-Fraktion ab. Nach der Optionspflicht müssen sich in Deutschland geborene Kinder von Ausländern mit Erreichen der Volljährigkeit bis zum 23. Lebensjahr zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der ihrer Eltern entscheiden. Dem Antrag zufolge sollte die Bundesregierung bei den Ländern „darauf hinwirken, dass die deutsche Staatsangehörigkeit nicht mehr dadurch verloren geht, dass den Betroffenen eine Beibehaltungsgenehmigung vorenthalten wird“.

Dem Parlament lag zugleich ein Gesetzentwurf der Grünen-Fraktion (18/185) zur Abschaffung der Optionspflicht vor. Auf einen Regierungsentwurf könne nicht gewartet werden, denn „weitere problematische Fälle“ entstünden „mit jedem Tag, der verstreicht“, heißt es darin. Betroffene, die deutsche Staatsangehörigkeit bereits verloren haben, sollen sie der Vorlage zufolge durch einfache Erklärung wieder erwerben können, ohne ihre ausländische Staatsangehörigkeit aufgeben zu müssen.

**»Mehrstaatigkeit akzeptieren«** Für die Linke ist die Koalitionsvereinbarung, die Optionspflicht aufzuheben, ein „völlig unzureichender Schritt“. In einem Antrag (18/286), der wie der Grünen-Gesetzentwurf an die Ausschüsse überwiesen wurde, fordert sie, Mehrstaatigkeit „bei Einbürgerungen und beim Erwerb der deutschen

Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland“ generell zu akzeptieren. Volker Beck (Grüne) bezeichnete die Optionspflicht in der Debatte als „integrationspolitischen Unsinn“, der nicht weiter praktiziert werden dürfe. Helmut Brandt (CDU) betonte dagegen, dass es „gute Gründe“ für die Optionspflicht gegeben habe. Uli Grötsch (SPD) nannte ihre Abschaffung indes einen „Schritt in die richtige Richtung hin zu einem modernen Staatsangehörigkeitsrecht“. Petra Pau (Linke) sagte, sie kenne keine triftigen Gründe gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft. *sto*

Anzeige

D I K T A T  
U R U N D D  
E M O K R A  
T I E I M Z  
E I T A L T  
E R D E R E  
X T R E M E

Auswärtiges Amt

Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme. Streiflichter auf die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert

20. Januar bis 28. Februar 2014

Montag bis Freitag  
10:00 bis 19:00 Uhr  
Eintritt frei

Lichthof des Auswärtigen Amts  
Werderscher Markt 1  
10117 Berlin

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin

Deutschlandradio Kultur

Eine Ausstellung des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, von Deutschlandradio Kultur und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, präsentiert vom Auswärtigen Amt





**W**enn die deutschen Versicherungsmathematiker früher ihre Empfehlung für den Höchstrechnungszins abgaben, wurde das branchenintern stark beachtet. Es hatte auch eine verbraucherpolitische Schlagkraft. Meist folgte das Bundesfinanzministerium dem Rat der Deutschen Aktuarvereinigung. Seit Anfang des Jahrtausends bedeutete das in immer häufigeren Schritten und schnellerer Frequenz: Absenkung des Rechnungszinses im Folgejahr. Die Lebensversicherung wurde für neue Kunden vermeintlich unattraktiver. Die Vertriebe strengten sich an, vor Jahresende noch möglichst viele alte Verträge zu verkaufen.

**Es wird ernst** Diesmal aber geht es wirklich ans Eingemachte, denn sollte die Regierung wie zumeist dem Rat der Experten folgen, rüttelte das grundsätzlich am Geschäftsmodell. Eine Minderung des Zinses von 1,75 auf 1,25 Prozent würde folgendes bedeuten: Selbst für einen Vertrag mit einer langen Laufzeit von einem Vierteljahrhundert könnten die Versicherer angesichts ihrer Kostenstruktur nur noch eine jährliche Beitragsrendite von durchschnittlich 0,4 Prozent garantieren. Für weniger wettbewerbsfähige, teurere Unternehmen wäre es unmöglich, beispielsweise Riester-Verträge noch ab einem bestimmten Alter anzubieten. Denn sie müssen so konstruiert sein, dass der Kunde zu Beginn der Rentenphase mindestens seine eingezahlten Beiträge wieder ausgezahlt bekommt. Mit ihrer Empfehlung rütteln die Aktuar am Fundament. Unken Verbraucherschützer wie der Bund der Versicherten schon lange, dass diese Form der staatlich geförderten Altersvorsorge ein Auslaufmodell sei, testet nun die Branche selbst ihr Vorzeigeprodukt.

Denn der Höchstrechnungszins funktioniert so: Die Unternehmen müssen ihn als rechnerische Grundlage für ihre Prämienkalkulation verwenden. Bilanziell dürfen sie ihre künftigen Verpflichtungen, die sie gegenüber Kunden eingegangen sind, maximal mit diesem Satz abzinsen. Der heutige Wert (Barwert) der Verpflichtungen wird also umso höher, je niedriger der Rechnungszins veranschlagt ist. Er bestimmt sich nach dem Zehnjahresdurchschnitt europäischer Staatsanleihen mit der höchsten Kreditwürdigkeit (der Stufe „AAA“ der Ratingagenturen). Auf diesen wird noch einmal ein Sicherheitspuffer von 40 Prozent angerechnet. Nimmt man nun also 60 (also 100 minus 40) Prozent dieses europäischen Referenzzinses, ergibt sich ein realistisch zu erwirtschaftender sicherer Anlagezins.

**Ein Zwiespalt** In diesem Jahr lag der Wert noch weit oberhalb der empfohlenen 1,25 Prozent. Erstmals haben die Versicherungsmathematiker aber den wachsenden Herausforderungen in der Kapitalanlage Rechnung getragen, indem sie auch den Fünfjahresdurchschnitt der Anleiherenditen berücksichtigt haben.

Versicherer und Staat befinden sich in einem Zwiespalt: Einerseits signalisiert der Garantiezins dem Kunden, auf welche sichere Auszahlung er sich verlassen kann. Andererseits beschneiden alle Versprechen die Flexibilität in der Kapitalanlage. Denn je größer der Garantiezins bei einem weiterhin niedrigen Anlagezins ist, desto mehr Kapital ist dafür gebunden, diese Garantie sicher zu erwirtschaften. Das treibt die Unternehmen in Investments mit einer sicheren und stetigen Auszahlung. Sie begeben sich aber der Möglichkeit, höhere Renditen über eine etwas riskantere Geldanlage zu erzielen.

Im vergangenen Jahr waren die deutschen Lebensversicherer durchaus dazu in der Lage, Opportunitäten am Kapitalmarkt zu nutzen. Obwohl die Umlaufrendite von Staatstiteln noch einmal gefallen ist, konnten sie die lau-

# Zinsen sinken immer schneller

LEBENSVERSICHERUNGEN Geschäftsmodell gerät unter Druck. Hohe Renditen sind kaum noch möglich



Wenn die Zinsen weiter sinken, werden die Kunden mit dem Abschluss neuer Lebensversicherungen zurückhaltender sein.

fende Verzinsung ihrer Kapitalanlage sogar auf 4,6 Prozent erhöhen. Zum Teil erklärt sich das damit, dass sie durch ihre Ausschüttungspflicht von Bewertungsreserven gezwungen waren, Papiere aus der Vergangenheit mit hohem Zinskupon zu veräußern.

**Aktienanlage profitabel** Einige Unternehmen profitierten aber auch bei einer etwas ausgeweiteten Aktienquote von einer guten Börsenentwicklung. Der deutsche Leitindex Dax hat sich im Vorjahr um rund ein Viertel erhöht. Wer wie die Alte Leipziger oder die Stuttgarter Lebensversicherung frühzeitig in Aktien investiert hatte, konnte für seine Kunden attraktive Renditen erwirtschaften. Insgesamt aber liegt die Aktienquote in der Branche bei unter fünf Prozent, weil die Unternehmen nach zwei Börsencrashes binnen sieben Jahren vorsichtig geworden sind. Die Unternehmen hat ihr gutes Kapitalanlageergebnis jedenfalls in die Lage versetzt, alle ihre Verpflichtungen aus alten Garantien zu erfüllen. Und auf die derzeit gültigen Verträge mit maximal 1,75 Prozent als sicherer Verzinsung kommt durch die höhere Überschussbeteiligung (laufende Verzinsung)

noch einmal ein guter Schluck hinzu. Nachdem rund die Hälfte der Branche ihre Überschussverteilung auf die Kunden deklariert hat, zeigt sich ein klares Bild: Mit einem Rückgang von durchschnittlich rund 3,6 Prozent auf unter 3,5 Prozent haben die Versicherer den ungünstigen Bedingungen bei der Anlage in festverzinsliche Wertpapiere Rechnung getragen. Das ist aber bei weitem nicht mehr so komfortabel wie noch vor einigen Jahren. Für den Kunden scheint es eine akzeptable Alternative zu riskanteren Anlageformen wie etwa Genusscheinen zu sein, die jetzt wieder durch die drohende Insolvenz des Windparkplaners Prokon ins Gerede gekommen sind. Bei ihnen winkt zwar eine höhere Rendite, es droht aber auch ein Totalausfall.

Was bringt den Versicherern nun also eine Senkung des Rechnungszinses? Zunächst einmal macht es die Policen teurer und damit unattraktiver. Die Kunden fragen Garantien sehr stark nach. Für den Absatz bedeutete eine Absenkung ein Problem. Gleichzeitig zeigen Versicherer, die trotzdem noch ein gutes Neugeschäft erzielen, wie man von einem geringeren Rechnungszins profitieren kann. Ihnen gelingt es, schneller den durchschnittlichen

Garantiezins in ihrem Bestand zu senken. Das verschafft ihnen eine größere Verfügungsgewalt über ihr Kapital. Denn Unternehmen mit einem hohen durchschnittlichen Garantiezins werden relativ gesehen stärker von der sogenannten Zinszusatzreserve belastet, die ihnen die Finanzaufsicht BaFin auferlegt hat. Sie dient dazu sicherzustellen, dass auch Verträge mit Zinsversprechen von 3,5 und vier Prozent aus der Vergangenheit trotz des Niedrigzinses weiter bedient werden können. Diese zusätzlichen Mittel stehen nicht zur direkten Ausschüttung zur Verfügung, und die Unternehmen fallen im Wettbewerb um höhere Überschussbeteiligungen zurück. Rechtlich hätte jedes Unternehmen die Möglichkeit, Garantien festzulegen, die unter dem Höchstrechnungszins liegen. Davon hat in der Vergangenheit aber kein Marktteilnehmer Gebrauch gemacht. Die Versicherer marschieren also weiterhin im Gleichschritt. Und über die Überschussbeteiligungen trennt sich zunehmend Spreu von Weizen.

Philipp Krohn

Der Autor ist Wirtschaftsredakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

## Nicht so viel wie erwartet

**VERKEHR** Mauteinnahmen betragen 2012 4,36 Milliarden Euro

Im Jahr 2012 betragen die Einnahmen aus der Lkw-Maut insgesamt 4,36 Milliarden Euro. Dies geht aus dem Bericht über die Tätigkeit der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) im Jahr 2012 hervor, den die Bundesregierung als Unterrichtung (18/207) vorgelegt hat. Damit seien die Einnahmen um rund 248 Millionen Euro hinter den Erwartungen von 4,61 Milliarden Euro zurückgeblieben, heißt es weiter. Hinzu sei noch ein Mautguthaben von rund 205 Millionen Euro nicht in Anspruch genommener Mittel aus dem Jahr 2010 gekommen.

**Systemkosten** Nach Abzug der Systemkosten sowie der Ausgaben zur Entlastung des Güterkraftverkehrsgewerbes seien insgesamt 3,49 Milliarden Euro an Investitionen aus diesen Mautmitteln in die Bundesfernstraßen investiert worden. Davon gingen 2,7 Milliarden Euro in die Bundesautobahnen, 780,2 Millionen Euro in die Bundesstraßen.

Damit seien 78 Prozent der Ausgaben in Projekte an Bundesautobahnen und 22 Prozent in Projekte an Bundesstraßen geflossen, heißt es in der Unterrichtung.

Bei den Bundesautobahnen seien 1,21 Milliarden Euro in die Erhaltung investiert worden, heißt es weiter. Bei den Bundesstraßen seien dafür 356 Millionen Euro aufgewendet worden.

Mit 630,6 Millionen Euro hat Bayern laut Unterrichtung am meisten bekommen. In Nordrhein-Westfalen wurden von den Mauteinnahmen 513,6 Millionen Euro investiert und in Hessen 439,6 Millionen Euro. Von den Flächenländern erhielten das Saarland mit 45,8 Millionen Euro und die Länder Thüringen und Sachsen-Anhalt mit jeweils knapp 89 Millionen Euro die wenigsten Mittel. Bremen erhielt 27,9 Millionen Euro, Berlin 41,4 Millionen Euro und Hamburg 90,5 Millionen Euro. In den Stadtstaaten wurden die Mittel fast ausschließlich für die Bundesautobahnen ausgegeben. *mik*

## Kreditaufnahme reduziert

**HAUSHALT** 2013 auch geringere Einnahmen und Ausgaben

Der Bund hat im vergangenen Jahr weniger neue Schulden gemacht als vorgesehen. Das geht aus dem vorläufigen Jahresabschluss 2013 hervor, den das Bundesfinanzministerium vergangene Woche dem Haushaltsausschuss vorgelegt hat. Danach lag die Nettokreditaufnahme (NKA) bei 22,1 Milliarden Euro. Das sind drei Milliarden Euro weniger als insgesamt im Haushalt (inklusive Nachtrag von acht Milliarden Euro für den Fonds „Aufbauhilfe“) veranschlagt waren.

Die für die Schuldenbremse relevante „strukturelle NKA“ betrug 0,23 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Damit sei die für das Jahr 2013 maximal zulässige strukturelle NKA von 1,28 Prozent des BIP „deutlich“ unterschritten worden, heißt es in dem Bericht. Die Gesamteinnahmen ohne Neuverschuldung hätten 285,7 Milliarden Euro betragen und seien somit um 0,8 Milliarden Euro geringer gewesen als vorgesehen. Dies gilt auch für die Steuereinnahmen, die ebenfalls mit 0,8 Milliarden Euro unter dem vorgesehenen

Soll von 260,6 Milliarden Euro gelegen haben. Mindereinnahmen, insbesondere durch den geringeren Bundesbankgewinn von 0,8 Milliarden Euro, stehen unter anderem Mehreinnahmen bei zweckgebundenen EU-Zuschüssen (1,5 Milliarden Euro) und Bufgeldeneinnahmen des Bundeskartellamtes (200 Millionen Euro) entgegen.

Der Bund gab im vergangenen Jahr mit 307,8 Milliarden Euro um 2,2 Milliarden Euro weniger aus als vorgesehen. Mehrausgaben habe es vor allem im Rahmen der EU-Programme des Europäischen Sozialfonds (ESF), des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Zuschüssen für transeuropäische Netze (eine Milliarde Euro), beim Arbeitsmarkt (0,6 Milliarden Euro) sowie aufgrund von Zahlungen an Griechenland (0,6 Milliarden Euro) gegeben. Dagegen ständen Entlastungen insbesondere aus Minderausgaben bei den Gewährleistungen (-0,8 Milliarden Euro) sowie im Verteidigungset (-0,5 Milliarden Euro). *mik*

## Weniger Rüstungsexporte

**WIRTSCHAFT** Saudi-Arabien erhält Grenzsicherheitssystem

Sowohl der Wert der Genehmigungen als auch der Wert der tatsächlich erfolgten Rüstungsausfuhren war 2012 im Vergleich zu 2011 rückläufig. Dies geht aus dem von der Bundesregierung als Unterrichtung vorgelegten Bericht über die Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahr 2012 (18/105) hervor.

Nach Angaben der Regierung wurden im Jahr 2012 für Rüstungsgüter Einzelausfuhrgenehmigungen im Wert von insgesamt etwa 4,704 Milliarden Euro erteilt. 2011 waren es rund 5,414 Milliarden Euro gewesen. Der Gesamtwert sei gegenüber dem Vorjahr somit um etwa 710 Millionen Euro zurückgegangen, berichtet die Regierung. 45 Prozent der Einzelausfuhrgenehmigungen entfielen auf der EU-, NATO- und der NATO gleichgestellte Länder (2011: 58 Prozent), 55 Prozent betrafen Drittländer (2011: 42 Prozent). Den erhöhten Dritländeranteil führt die Bundesregierung unter anderem auf die Genehmi-

gung eines Grenzsicherheitssystems im Wert von 1,1 Milliarden Euro für Saudi-Arabien zurück. Auf Entwicklungsländer entfielen sieben Prozent aller Einzelgenehmigungen (2011: 9,3 Prozent). Den Wert der erteilten Sammelausfuhrgenehmigungen für Ausfuhren im Rahmen wehrtechnischer Kooperationen zwischen EU- und NATO-Partnern beziffert die Regierung auf rund 4,17 Milliarden Euro (2011: 5,38 Milliarden Euro).

Der Bericht enthält neben Angaben zu den erteilten Ausfuhrgenehmigungen bei Kriegswaffen auch die tatsächlichen Ausfuhren. Ihr Wert wird für 2012 mit 946 Millionen Euro angegeben. 2011 waren es noch 1,285 Milliarden Euro. Der Gesamtwert ging damit gegenüber dem Vorjahr um 339 Millionen Euro zurück. Die Genehmigungs- und Ausfuhrenzahlen fallen in der Regel auseinander, da die erteilten Genehmigungen nicht unbedingt im selben Jahr für eine Ausfuhr ausgenutzt werden. *hle*

Anzeige

## DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

Mehr Parlament.

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253



Direkt zum E-Paper



## Brüssel rüttelt an den Säulen des EEG

**ENERGIE** Grüne wollen die festen Einpeisevergütungen für erneuerbare Energien sichern

Aus der Energiewende könnte Schwung genommen werden, denn aus Brüssel droht Ungemach. Die EU-Kommission untersucht nicht nur die Vergütungen für deutsche stromintensive Firmen, sondern hat auch Alternativen zur bewährten Einpeisevergütung im Blick. Vor einem Ausbremsen der erneuerbaren Energien warnen daher die Grünen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legte einen Antrag (18/291) vor, der vom Bundestag am Freitag an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde. Danach sollen nur noch tatsächlich stromintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, bei der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) entlastet werden. Die Bundesregierung müsse eine entsprechende Regelung entwickeln und mit der EU-Kommission abstimmen, fordert die Fraktion.

**Ausgleichsregelung** Die EEG-Umlage beträgt derzeit 6,24 Cent pro Kilowattstunde. Ein Großteil der nach der Besonderen Ausgleichsregelung (BesAR) entlasteten Unter-

nehmen zahle jedoch lediglich eine Umlage von 0,05 Cent, stellt die Fraktion in ihrem Antrag fest. Nachdem die BesAR-Schwellenwerte durch die schwarz-gelbe Koalition 2012 stark gesenkt worden seien, würden sogar Großbäckereien und Hähnchenmastanlagen eine stark verringerte EEG-Umlage zahlen. Die Zahl der begünstigten Betriebe sei von 979 (2012) auf rund 2.100 gestiegen, schreibt die Fraktion unter Berufung auf Regierungsangaben.

Die „überbordenden Ausnahmen“ hätten inzwischen die EU-Kommission auf den Plan gerufen und zu einer Prüfung wegen Verdachts der Wettbewerbsverzerrung gegenüber Unternehmen in anderen Mitgliedsländern geführt. „Der deutschen Industrie drohen damit unter Umständen sogar Nachzahlungen in Millionenhöhe“, schreibt die Fraktion.

Zum Verhalten der EU stellen die Grünen fest, die Kommission bezeichne das EEG

zwar als sehr kosteneffizientes Instrument, wolle aber die festen Einpeisetarife, die als „Säulen des EEG“ bezeichnet werden, möglichst durch Marktpremien, Quoten, Ausschreibungen und Zertifikate ersetzen. „Da keines dieser alternativen Instrumente bisher einen Nachweis erbracht hat, kosteneffizienter zu sein, kann dies nur als Versuch der Kommission gewertet werden, den Ausbau der erneuerbaren Energien europaweit ausbremsen zu wollen“, stellt die Grünen-Fraktion fest. Die Bundesregierung müsse schnell dafür sorgen, „einerseits die europarechtswidrigen Regelungen zur BesAR zu beheben und gleichzeitig das von allen Fraktionen im Bundestag getragene effiziente und erfolgreiche System der Einpeisevergütungen im EEG zu erhalten“, fordert die Fraktion.

Es geht neben dem Klimaschutz auch um viel Geld. Die Betreiber von EEG-Stromerzeugungsanlagen haben von 2002 bis Ende 2013 Vergütungsausschüttungen von zusammengenommen 120,4 Milliarden Euro erhalten, geht aus der Antwort der Bundesregierung (18/242) auf eine Kleine Anfrage der Grünen zu den Folgen des EEG hervor. Zugleich stieg in diesem Zeitraum die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen stark an. Betrug die Stromerzeugung über das EEG 2002 noch knapp 25 Millionen Megawattstunden, so waren es 2013 insgesamt 132,4 Millionen. *hle*



Selbst Hühnerfarmen können den Strom günstiger erhalten.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper







Wo früher Zeugnisse vergeben wurden, schlafen heute Flüchtlinge auf dem Boden. Wie lange diese Situation noch dauert, weiß niemand. Weder die Flüchtlinge, noch die Berliner Landespolitiker.



© Sacha Morong

# Matratzenlager in der Aula

**FLÜCHTLINGE** In Berlin halten Migranten seit einem Jahr eine Schule besetzt. Einblick in einen (fast) abgeschlossenen Kosmos

Der Schulhof liegt verwaist in Berlins Morgenfrost, als ein kleiner dünner Mann in Schlappen, Shorts und T-Shirt aus dem ehemaligen Sportpavillon gegenüber springt. Bloß in Bewegung bleiben, zittern seine Lippen, noch immer kam nur kaltes Wasser aus den Duschbecken. Ein Handtuch zum Turban über seinen Kopf gewickelt, weicht er autogroßen Müllbergen auf dem Pflaster aus und sprintet die breite Schultreppe hinauf in den ersten Stock des wuchtigen Zentralbaus, vorbei an Matratzenlagern und einem schiefen Weihnachtsbaum mit goldfarbenen Lametta. Es riecht nach Urin. Der Boden unter den Füßen klebt. Überall Menschen in der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule in Kreuzberg, in Schlafsäcken auf Isomatten oder in Hockerstellung. „Hier“, lächelt er und schlüpfert in ein Ein-Mann-Rundzelt in einer Flurecke. Mo ist Anfang zwanzig, er kämpft mit einem Spray gegen den Duft, der nicht mehr nach Schulkreide oder Bohnenwachs riecht. Zwischen 150 und 200 Menschen wohnen in der Schule. Manche haben irgendwo in Deutschland Asyl beantragt, andere sind illegal hier. Auch Flüchtlinge aus Lampedusa beziehen die Klassenräume. Sie alle strandeten vor einem Jahr, als Ausläufer eines Protestcamps am Kreuzberger Oranienplatz: Aus ganz Deutschland hatten sich Flüchtlinge zusammengetan, sie demonstrierten für eine Aufhebung der Residenzpflicht für Asylbewerber und ein Recht auf Arbeit. Als der Winter nahte, nahm man sich die leer stehende Schule als Rückzugsraum. Seitdem kommt die Stätte nicht mehr aus den Schlagzeilen. „Wer bringt das Gesetz ins Gesetzlosen-Haus?“, titelte das Boulevardblatt „B.Z.“. „An dieser Schule traut sich kein normaler Mensch aus Angst mehr vorbei“, ließ sich der Kreuzberger CDU-Verehrer im Berliner Abgeordnetenhaus, Kurt Wansner, zitieren und stellte vergangene Woche Strafanzeige gegen Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann wegen Untreue und Förderung von Straftaten; die Grünen duldet die Flüchtlinge, dreht ihnen Strom und Heizung nicht ab. Ein Anruf bei Kurt Wansner. Nein, persönlich habe er vor Ort keine negativen Erfahrungen gemacht. „Aber dort wird massiv mit Drogen gehandelt. Familien machen schon jetzt einen großen Bogen ums Haus.“ Draußen, auf dem Bürgersteig, flaniert Kreuzberg entlang. Mütter mit Kindern, Teenager und junge Erwachsene. Mo aus dem Sudan sieht in der Schule ein Refugium für die „Zwischenzeit“. Über die Türkei, Griechenland und Italien hat er sich

nach Deutschland durchgeschlagen. Warum er seine Heimat verließ? „Was für eine Frage“, schnaubt er. „Ich weiß nicht, was es dort mehr gibt: Armut oder Krieg.“ In Deutschland sucht er Freiheit, „einen Job, eine Wohnung, eine Familie“.

**Die Zahlen steigen** Auf dieser Suche sind viele, und es werden wieder mehr: Aktuelle Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zufolge beantragten 109.000 Menschen im vergangenen Jahr Asyl in Deutschland. Das bedeutet einen Zuwachs von fast 70 Prozent im Vergleich zu 2012. Auch die Zahl der Folgeanträge stieg deutlich – um 33 Prozent auf 17.000 im Jahr 2013. Das merkt auch das Land Berlin: 6.000 Flüchtlinge mussten hier im vergangenen Jahr untergebracht werden, doppelt so viele wie 2012. Für 2014 rechnet Berlins Sozialsenator Mario Czaja (CDU) mit ähnlichen Zahlen. Die Plätze in den dafür vorgesehenen Heimen reichen bei weitem nicht aus, Notunterkünfte werden improvisiert, zum Teil werden Flüchtlinge auch in umfunktionierten Hostels untergebracht – oder eben in lehrstehenden Schulgebäuden wie in Kreuzberg.

**Mo kämpft mit einem Spray gegen den Duft, der nicht mehr nach Schulkreide riecht.**

Dort steht Mo mit zwei Senegalesen vor einem Boiler. Jemand hat versucht, den in Gang zu kriegen; jetzt rauchen die durchgebrannten Schaltkreise. „Wir brauchen stärkere Kabel, um Waschmaschinen an die Dosen anschließen zu können“, murmelt einer. Gegenüber hängt ein Konterfei Nelson Mandelas, darunter „RIP Africa United“. Vereint sind sie hier im Provisorium.

**KOMPAKT**

- > Asylanträge** Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Erstanträge im Vergleich zu 2012 massiv an. 109.000 Erstanträge (plus 70 Prozent) und 17.000 Folgeanträge registrierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- > Herkunftsländer** Im Jahr 2013 kamen die meisten Asylanträge von Menschen aus der Russischen Föderation, gefolgt von Syrien und Menschen aus Serbien. Fast sieben Prozent kamen aus Eritrea und Somalia.
- > Unterbringung** Das Land Berlin nahm im vergangenen Jahr 6.000 Flüchtlinge auf, doppelt so viele wie 2012. Die Heimplätze reichen für diese nicht aus. Viele werden in Notunterkünften untergebracht.

Ein bitterer Trotz umweht die Flure. Wer bis hierher gekommen ist, musste dafür Leid und Gefahr auf sich nehmen. Viele hier bitten nicht mehr, sie fordern, als erwarteten sie den Zahltag für ihre Mühen. Mo schaut sich auch um nach Verbesserung, er wirft einen Blick in die Aula im dritten Stock, auf der Suche nach einem neuen Schlafplatz. Im größten Raum der Schule liegen zwar die Matten dicht an dicht, aber sie verlieren sich unter der viele Meter hohen Decke aus Holztafeln und Kassettenschnitt. Hell ist es, sauber und warm, die Heizkörper aus Stahlblech strahlen dezent. Rund 30 junge Männer wohnen hier, einer von ihnen fegt immer. Was im Haus als Ganzem in der Hygieneorganisation nicht klappt, ist umso penibler in den einzelnen Räumen. Von hinten dringt Currygeruch. Auf zwei Kochplatten kocht ein Trio aus Mali Spagetti mit Fleischstücken, auch Bulgaren von der Fensterreihe rücken heran und langen mit Löffeln in den großen Topf. „Wer hat, gibt“, sagt Hafid. Immer wieder starrt er an einem Holzstisch auf ein Heft mit Deutsch-Vokabeln. Vor zwei Monaten kam er hier an – auf der Suche nach einem Ort zum Durchatmen. In Frankreich hatte der 37-jährige Marokkaner studiert und gearbeitet, dann kamen irgendwann die „Probleme“, „viele Leute wollten mir Böses“, sagt er und senkt die Stimme. Nach Berlin kam er, weil er eine Auszeit brauchte, eine Neuorientierung. Weil er Brücken abreißen wollte. Das Gebäude verlässt er fast nie.

**Nervöse Anspannung** Die Gerhart-Hauptmann-Schule ist wie aus Zeit und Raum gefallen. Ihre Bewohner verharren zwischen Verdruss und Hoffnung. Zwischen Traumata von früher und Aufbruch heute, der Sehnsucht nach Ankommen. Und manchmal entladen sich all diese Gefühle in einem einzigen Moment. Es beginnt mit zwei Gläsern, die der Mann laut auf den Tisch stellt. Dann zieht er seine Kreise, nähert sich. Brüllt plötzlich los. „Ihr verletzt unsere Privatsphäre! Was wollt ihr! Warum denkt ihr alle, dass wir schlecht sind? Ihr seid scheiße! Scheiße!“ Er ballt die Hand zu Fäusten. Rasch springen Hafid und ein paar andere auf, halten ihn zurück. Die Nerven liegen blank. Wladimir kennt dieses Auf und Ab. Er fährt sich mit der Hand den Hals entlang, ein verkrusteter kleiner Blutkratzer läuft hinab bis zu Spritzen auf dem weißen Hemd. „Heute Nacht kam jemand aus dem Nebenraum, wollte etwas stehlen. Ich wachte auf, wir verjagten ihn.“ Eine halbe Stunde später sei der mit einem Messer wiedergekommen und habe Reizgas versprüht. Wladimir lächelt. „Keine Verletzten.“ In seiner Heimat Bulgarien sei er Polizist gewesen, eine Verletzung habe ihn aus dem Job katapultiert. Gleich am Morgen habe man die Angelegenheit mit den Männern von nebenan geklärt. Allein mit Worten. In manchen Räumen wohnen

nur Ghanaer oder nur Tunesier, das schafft oft Misstrauen zwischen den Zimmern. In der Aula aber kommen sie alle zusammen und miteinander aus. Wladimir steht auf, auch die Köche aus Mali. Sie hüllen sich in ihre Pullover und ziehen los, nach draußen in die Stadt, zum Pfandflaschensammeln. Versuche von deutschen linken Gruppen, im Haus eine Art Selbstorganisation aufzubauen, gestalten sich als zäh. Bisher schaffte es kein Klassenraum, einen Vertreter zu wählen. Dennoch gibt es gemeinsame Deutschkurse, Kneipenabende und eine Theatergruppe. Ein Flur ist reserviert nur für Frauen.

**Keine Lösung in Sicht** Draußen wächst die Skepsis. „Kaum jemand traut sich mehr hinein“, schreibt der „Tagesspiegel“ – „außer der Polizei“. Die indes muss zuweilen mit

einer Hundertschaft anrücken – aber weniger wegen der Flüchtlinge. „Auf Seiten der Unterstützer entsteht schnell der Eindruck, wir wollten räumen“, sagt Stefan Redlich, Pressesprecher der Berliner Polizei, am Telefon. „Dann behindern sie unseren Einsatz, und wir müssen mit mehr Beamten unsere Arbeit absichern.“ Je mehr Beamte, desto mehr Aufsehen – so entsteht mediale Aufregung. Laut Recherchen der Polizei stiegen die Straftaten im Umkreis der Schule um 57 Prozent auf 899. „Es ist schwierig, sich ein Bild daraus zu machen. In 60 Fällen konnte ein Bezug zum Heim belegt werden“, sagt Redlich. „Ein Anstieg der Straftaten ist allein deswegen logisch, weil nun viele Menschen im Gebäude wohnen – und vorher niemand.“ Das allein sei allerdings keine Erklärung dafür. Dazu gehört auch ei-

ne Mischung aus Frust und Aggression, aus Arbeitsverbot und Inselfensein. Es scheint wie ein gegenseitiger Belagerungszustand, als stünde eine unsichtbare Mauer zwischen der Schule und den angrenzenden Straßen. Und auch die Landespolitik durchzieht inzwischen ein Graben. Die CDU will das Haus räumen. Die SPD setzt dagegen auf Verhandeln. Vorerst, so die Beschlusslage, passiert nichts. Der Zug der Flaschensammler setzt sich nun in Bewegung. Er wird die Stadt durchstreifen auf der Suche nach ihren Abfällen, in der Hoffnung, irgendwann einmal zu ihr zu gehören. Doch am Abend, wenn sich der Wind legt und eisiger Starre weicht, ziehen sich die Geflüchteten im Wartezustand wieder zurück in ihre Bastion. Jan Rübel

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

## Europa und seine Grenzen

**EU-POLITIK** Bundestag debattiert Antrag zu sicheren Einreisemöglichkeiten

Die vielen toten Flüchtlinge vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa im vergangenen Oktober haben die Abgeordneten des Bundestages nicht kalt gelassen. Das war im Verlauf der Debatte zur EU-Flüchtlingspolitik am vergangenen Freitag spürbar. Dennoch gab es bei der Suche nach den Gründen für die Katastrophen unterschiedliche Auffassungen. Während Linke und Grüne die Abschottungspolitik der EU für die Toten im Mittelmeer verantwortlich machten und bei der SPD von einem Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik die Rede war, sahen Redner der Union „kriminelle Schleuser“ als Verantwortliche für die Katastrophen auf See an.



Thomas Silberhorn (CSU) forderte eine gesteuerte Zuwanderung – durch die Blue Card.

**Kritik an »Eurosurre«** Grundlage der Debatte war ein Antrag der Linksfraktion (18/288), der die Schaffung sicherer Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge fordert. Lediglich Betroffenheit zu zeigen, reiche nicht aus, sagte Ulla Jelpke (Die Linke). „Es müssen Taten folgen, um eine Wiederholung solcher Katastrophen zu vermeiden“, forderte sie. Die EU-Innenminister hätten jedoch als Reaktion auf die Unglücke ein „Mehr an Abschottung“ gefordert. Beispiel dafür sei das „milliardenteure“ Grenzüberwachungssystem „Eurosurre“. Bei der damit perfektionierten Seeüberwachung gehe es nicht um die Rettung Schiffbrüchiger. „Es geht um das Abfangen von Flüchtlingsschiffen weit vor den EU-Grenzen“, sagte Jelpke. Für Thomas Silberhorn (CSU) sind die Motive der Flüchtlinge zwar nachvollziehbar. Gleichwohl könne es in Europa nur eine gesteuerte Zuwanderung geben, wie etwa durch die Blue-Card. „Es darf nicht sein, dass wir nicht selbst entscheiden können,

wer zu uns kommt“, machte Silberhorn deutlich. Außerdem würde ohne das Qualifikationserfordernis eine Sogwirkung erzielt werden, „die das Problem nicht lösen sondern es sogar noch verschärfen würde“, sagte er. Von einem „unerträglichen Umgang“ mit Flüchtlingen sprach Luise Amtsberg (Grüne). Zum einen würden die Flüchtlinge durch die strengen Überwachungen der Landgrenzen auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer gezwungen. Zum anderen herrschten in vielen EU-Aufnahmелagern menschenunwürdige Bedingungen. „An der EU-Flüchtlingspolitik muss nahezu alles geändert werden“, forderte Amtsberg. Sie plädierte für die freie Wahl der Flüchtlinge, einen Asylantrag im Land ihrer Wahl zu stellen.

Aus Sicht von Christina Kampmann (SPD) geht der Antrag der Linksfraktion zwar „in die richtige Richtung“. Er enthalte aber zugleich Vorschläge, „die konterkarieren, was unserer Meinung nach richtig ist“. Dazu zähle die Idee, dass Asylsuchende künftig die freie Wahl haben sollten, in welchem Land sie ihren Asylantrag stellen. „Das klingt zwar aus Sicht der Asylsuchenden sehr verlockend, könnte aber zu einem Unterbietungswettbewerb der betroffenen Staaten führen“, warnte sie. hau

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper







# Doppelter Einsatz

**BUNDESWEHR** Die Bundesregierung will den »Patriot«-Einsatz in der Türkei verlängern und ein neues Mandat für »Active Endeavour«. Die Opposition kritisiert den nach wie vor bestehenden Nato-Bündnisfall

„Patriot“-Raketensysteme der Nato sollen den Süden der Türkei vor Angriffen aus Syrien schützen und damit ein Übergreifen des Konflikts auf die Region verhindern.

Für die beiden Minister ist es der erste Arbeitsauftritt im Plenum in dieser Wahlperiode: Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Verteidigungsminister Ursula von der Leyen (CDU) warben vergangenen Donnerstag im Bundestagsplenar für die Fortsetzung des Nato-Luftverteidigungseinsatzes der Bundeswehr in der Türkei („Active fence“) zum Schutz vor Angriffen aus Syrien. Und sie baten um die Zustimmung, die Beteiligung der Bundeswehr an der Nato-Operation „Active Endeavour“ (OAE) zur maritimen Terrorismusbekämpfung im Mittelmeer in ein neues Mandat „unter veränderten Bedingungen“ zu überführen. Dabei zeichnete sich – mit Ausnahme der Fraktion Die Linke im Falle des Türkei-Einsatzes und bei Ablehnung beider Oppositionsfraktionen bei „Active Endeavour“ – eine breite Zustimmung zu den entsprechenden Anträgen der Bundesregierung ab (18/262; 18/263). Beide wurden in die entsprechenden Ausschüsse überwiesen.

**Hoffnungsschimmer** Außenminister Steinmeier betonte, dass „Active Fence“ weiterhin „rein defensiv“ dem Schutz der türkischen Bevölkerung und des türkischen Territoriums diene. Er unterstrich, dass Deutschland damit der Verantwortung gegenüber dem Nato-Partner nachkomme. Mehr als 700.000 Flüchtlinge aus Syrien habe die Türkei aufgenommen, und das bedeute für diese angesichts des Bürgerkriegs im Nachbarland auch eine militärische Bedrohung. Steinmeier sprach sich entschieden für eine „politische Lösung“ des syrischen Konflikts aus. Von dessen Ende sei man noch weit entfernt, aber „die Tür ist jetzt einen kleinen Spalt offen“, sagte

der Außenminister mit Blick auf die anstehende Syrien-Konferenz. Auch Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) legte die Betonung auf die defensive Ausgestaltung des Mandats: Die bis zu 400 einzusetzenden Soldatinnen und Soldaten und die Patriot-Luftabwehrsysteme hätten Raketenangriffe aus Syrien zu erkennen und abzuwehren. Die Einrichtung oder Unterstützung einer Flugverbotszone über Syrien sei jedoch „explizit ausgeschlossen“. Jan van Aken (Die Linke) begründete die Ablehnung des Mandats mit dem Hinweis auf die Rolle der Türkei gegenüber den in Syrien lebenden Kurden. Diese hätten es bisher geschafft, „im Norden des Landes eine Selbstverwaltung aufzubauen sowie ethnischen und religiösen Konflikten Einhalt zu gebieten. Die Türkei aber sei mit ihrer Embargo-Politik gegenüber den syrischen Kurden dabei, diesen „Hoffnungsschimmer“ zu zerstören. „Ein Abzug der Bundeswehr wäre ein Signal an Ankara, diese falsche Politik zu stoppen“, sagte van Aken.

Agnieszka Brugger (Bündnis 90/Die Grünen) forderte, dass Deutschland viel mehr humanitäre Unterstützung leisten müsse: finanziell – und durch die Aufnahme von mehr syrischen Flüchtlingen. Zudem sprach sich Brugger dafür aus, bei der anstehenden Syrien-Konferenz auch den Iran an den Tisch zu holen. Philipp Mißfelder (CDU) nannte den Bundeswehr-Einsatz in der Türkei eine „unterstützende“ und „vertrauensbildende Maßnahme“ innerhalb des Nato-Bündnisses, die einer politischen Lösung des syrischen Konflikts den Weg ebnen könne. Wenn es richtig ist, dass der syrische Bürgerkrieg ein „Stellvertreterkonflikt“ heraufziehender Großkonflikte

in der islamischen Welt sei, sei nicht eine militärische Intervention in Syrien, sondern der zivile, humanitäre und politische Ansatz der richtige Beitrag. Deutschland habe in den vergangenen Monaten sehr viel für eine „friedliche, diplomatische Lösung“ getan, sagte Mißfelder.

**Streit um Bündnisfall** Kontroverser als den Einsatz in der Türkei diskutierten die Abgeordneten den Plan der Bundesregierung, die Nato-Mittelmeeroperation „Active Endeavour“ (OAE) in ein neues Mandat zu überführen. Außenminister Steinmeier, dessen SPD-Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode eine Fortführung von OAE abgelehnt hatte, sprach von einem „Übergangsmandat“, in dem exekutive Befugnisse gestrichen worden seien. Auch sei man sich in der Bundesregierung einig, dass der Bündnisfall nach Artikel 5 des Nato-Vertrages nicht mehr Rechtsgrundlage des Einsatzes sein dürfe. Für den Wegfall werde aber die Zustimmung aller 28 Nato-Partner benötigt. „Das Mandat ist eine Zäsur und kein einfaches ‚Weiter so‘“, urteilte Steinmeier. Vorgesehen sei eine Aufklärungs- und Beobachtungsmission, die nützlich und zeitgemäß sei. Das Mandat sei den Einsatzrealitäten angepasst, ergänzte Verteidigungsministerin von der Leyen. Von der Opposition hagelte es Kritik. Die SPD zeige „die hohe Kunst des Eieranzens“, kritisierte Stefan Liebich (Die Linke). Trotz gegenteiliger Beteuerungen gehe es eben doch um die Verlängerung eines laufenden Mandates. Frithjof Schmidt (Grüne) nannte den Antrag einen „absurden Kompromisstext der Großen Koalition“. Die Bundeswehr solle sich laut Antrag an einer Sonderaktion beteiligen, die zur Kontrolle des Seeverkehrs

und der Durchführung von Anti-Terroroperationen dient. Dabei solle sie sich jedoch nicht an der Kontrolle des Seeverkehrs und an Anti-Terroroperationen beteiligen dürfen. „Das ist absurd“, urteilte Schmidt. Begründet werde der Vorschlag im Übrigen nach wie vor mit Artikel 5 des Nato-Vertrages. Eine Begründung, „die die Bundesregierung erklärmaßen selber für überholt hält“. Aus Sicht des Linken-Abgeordneten Liebich es nicht auszuschließen, dass mit dem Mandat „durch die Hintertür die Abwehr von Flüchtlingen im Mittelmeer unterstützt wird“. Dafür gebe es zwar keine Beweise. „Wenn man sich aber die Fakten anschaut, gibt es kaum andere Vermutungen“, sagte er. Schon deshalb lehne seine Fraktion das Mandat ab. „Die Abwehr von Menschen in Not darf nicht gefördert werden“, betonte Liebich.

Philipp Mißfelder (CDU) räumte ein, dass die völkerrechtliche Grundlage des Einsatzes umstritten sei. Der ehemalige Koalitionspartner FDP habe eine andere Auffassung gehabt als die SPD. „Ich bin froh, dass es durch diesen ‚Kunstgriff‘ gelungen ist, einerseits der neuen politischen Lage im Parlament und gleichzeitig den Verpflichtungen, die wir im Nato-Bündnis haben, gerecht zu werden“, sagte der Unionsabgeordnete. Lars Klingbeil (SPD) erinnerte daran, dass seine Fraktion dem alten Mandat aus „fachpolitischen und rechtlichen Bedenken“ nicht zugestimmt habe. Insofern sei eine schlichte Verlängerung nicht in Frage gekommen. Da sich das neue Mandat aber auf Seeraumüberwachung und Lagebildaustausch konzentrierte und keine Ermächtigung zur Anwendung von Gewalt enthalte, empfehle er die Zustimmung. Götz Hausinger/Alexander Heinrich

## Fernziel nukleare Abrüstung

**AUSWÄRTIGES** Streit um Modernisierungspläne für Atomwaffen

Die Linksfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, die Androhung und den Einsatz von Atomwaffen „unter allen Umständen“ zu verurteilen. Ferner sei die Regierung anzuhalten, die Agenda nuklearer Abrüstung „konsequent“ zu verfolgen und sich entschlossen dafür einzusetzen, dass die nukleare Abschreckung aus der Nato-Doktrin gestrichen werde, heißt es in einem Antrag (18/287), über den die Abgeordneten vergangenen Donnerstag im Bundestag debattierten. Die Regierung solle dafür sorgen, dass sich im Rahmen der UN eine umfassende völkerrechtlich verbindliche Ächtung von Produktion, Verkauf, Erwerb, Proliferation und Einsatz von Atomwaffen bildet, heißt es im Linken-Antrag weiter.

Die Regierung habe sich im Übrigen mit Verweis auf die Nato-Mitgliedschaft geweigert, Ende Oktober 2013 auf der Sitzung des Ersten Komitees der Vollversammlung der Vereinten Nationen den Einsatz von Atomwaffen zu verurteilen, betonte Inge Höger (Die Linke) in der Debatte. Dass eine Nato-Mitgliedschaft der Unterstützung eines solchen Antrages nicht im Wege stehen müsse, zeige die Zustimmung der drei Nato-Mitglieder Norwegen, Dänemark und Island.

**»Schaufensterantrag«** Ingo Gädechens (CDU) nannte demgegenüber die Initiative einen „Schaufensterantrag“, was Abgeordnete der Linksfraktion in ihren Zwischenrufen empört zurückwies. Man sei sich parteiübergreifend einig, dass sich gerade Deutschland für eine weltweite Abrüstung eingesetzt habe. „Wir wollen und werden an dem Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt festhalten“, sagte Gädechens weiter. Er ergänzte aber auch, dass Deutschland mit seiner Teilhabe an der Nato-Strategie der Abschreckung Verlässlichkeit signalisiere. Ein einseitiger Ausstieg sei geeignet, eine „verheerende Signalwirkung“ in Bezug auf

Deutschlands Solidarität und das Ansehen in der Welt zu haben. Wolfgang Hellmich (SPD) sagte, Ziel sei und bleibe die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie langfristig eine nuklearwaffenfreie Welt. Die Bundesregierung müsse und werde „neue Impulse“ für Abrüstung und Rüstungskontrolle ge-



Atomrakete beim Start

ben. Es sei wichtig, Russland mit einzubeziehen. „Kooperation beginnt mit Vertrauen“, erklärte der Abgeordnete.

Agnieszka Brugger (Grüne) zeigte sich „sehr enttäuscht“ von der SPD: Diese habe zusammen mit den Grünen immer wieder den Modernisierungsplänen der in Deutschland stationierten Atomwaffen eine Absage erteilt und den Abzug gefordert. „Dass Sie sich jetzt von diesem Ziel verabschiedet haben, finde ich nicht nur mutlos, sondern leichtfertig“, sagte Brugger. Das niederländische Parlament habe sich getraut, den Modernisierungsplänen für US-amerikanische Atomwaffen eine Absage zu erteilen. Für ein solches Signal fehle der schwarz-roten Bundesregierung offenbar schon zu Beginn der Wahlperiode der Willen. Bernard Bode

## Handschrift der Generäle

**ÄGYPTEN** Klare Mehrheit für neue Verfassung

Der Entwurf für eine neue ägyptische Verfassung ist in einer Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit angenommen worden. Es war der erste Umengang am Nil seit der Entmachtung von Präsident Mohammed Mursi durch das Militär im Juli 2013. Rund 98 Prozent der Wähler stimmten für den Verfassungsentwurf, der von den Mursi-Anhängern im Vorfeld als „das Blut-Dokument der Putschisten“ geschmäht wurde. Die Wahlbeteiligung lag bei rund 37 Prozent. Das ist zwar mehr als bei der Volksabstimmung über die von den Islamisten verabschiedete Verfassung von 2012 – damals waren nur knapp 33 Prozent der Ägypter zur Wahl gegangen. Es zeigt jedoch, dass neben Desinteressierten eine ganze Reihe von Ägyptern dem Boykottaufruf der Muslimbrüder gefolgt sind.

**Beigeschmack** Zwar stellt die neue Verfassung nach Einschätzung von Menschenrechtlern eine Verbesserung dar. Sie stärkt unter anderem die Rechte der Frau und begrenzt den Einfluss der islamischen Religionsgelehrten. Doch ein bitterer Beigeschmack bleibt. Denn erstens schreibt die neue Verfassung die Sonderstellung des Militärs fest, das in Budgetfragen und bei der Ernennung des Verteidigungsministers praktisch autark ist. Außerdem haben gewaltsame Zusammenstöße und Festnahmen im Vorfeld der Abstimmung gezeigt, dass Ägypten knapp drei Jahre nach dem Sturz von Langzeitpräsident Husni Mubarak ein tief gespaltenes Land ist. Auf der einen Seite stehen das Militär, die Spitzenfunktionäre des Innenministeriums und alle Parteien, die der Ansicht sind, dass jede neue Regierung nur besser sein kann als die Regierung der Muslimbrüder, die das Militär im vergangenen Juli nach Massenprotesten abgesetzt hatte. Auch einige „Überbleibsel“ des Mubarak-Regimes haben sich dieser inoffiziellen Front angeschlossen.

Auf der anderen Seite stehen die Muslimbrüder, die von den neuen Machthabern drängend, inhaftiert und kollektiv als „Terroristen“ abgestempelt werden. Mit ihnen haben sich nur einige kleinere radikale Islamisten-Parteien solidarisiert, wie zum Beispiel die radikal-islamistische Partei für Aufbau und Entwicklung. Andere frühere Weggenossen der Muslimbrüder wie die Salafiten haben sich dagegen mit den neuen Machthabern arrangiert. Die jungen Demokratie-Aktivistinnen, die den Ball Anfang 2011 mit ihren Protestaktionen gegen Mubarak überhaupt erst ins Rollen gebracht hatten, stehen im Moment zwischen allen Stühlen. Denn sie wollen weder die Muslimbrüder unterstützen, die zwar über demokratische Wahlen an die Macht gekommen waren, danach aber einen höchst unmodernistischen Regierungsstil pflegten, noch deren Sympathien für die Militärführung, die alles tut, um ihre Pfründe zu verteidigen.

Militärchef Abdel Fattah al-Sisi profitiert im Moment davon, dass viele Ägypter nach drei Jahren Chaos und Protesten revolutionsmüde sind. Sie sehen in Al-Sisi einen „starken Mann“, der für Ordnung und Stabilität sorgen könnte, auch wenn dabei ein paar demokratische Freiheiten über Bord gehen sollten. Der im Juli vom Militär verkündete Fahrplan für die Übergangszeit und die neue Verfassung sehen vor, dass in diesem Jahr noch zweimal gewählt werden soll. Noch ist offen, ob die Ägypter erst ein neues Parlament wählen, oder ob die Präsidentschaftswahl zuerst stattfindet. Sollte das von Nationalismus und Jubel-Berichterstattung geprägte aktuelle politische Klima auch in den kommenden Monaten anhalten, so ist davon auszugehen, dass der nächste ägyptische Präsident Al-Sisi heißen wird. Anne-Béatrice Clasmann

Die Autorin ist dpa-Korrespondentin für die arabische Welt.

## Am Rande des Vulkans

**THAILAND** Seit Wochen versucht die Opposition die Hauptstadt Bangkok lahmzulegen. Sie fordert den Rücktritt der Regierung – aber Neuwahlen will sie nicht

Thailand steckt ein weiteres Mal in einer schweren Krise. Die Gegner von Regierungschef Yingluck Shinawatra haben sieben Hauptverkehrs Kreuzungen in Bangkok blockiert, die meisten von ihnen in der Innenstadt. Ihre Forderung: Die auf Anfang Februar angesetzten Neuwahlen sollen abgesagt werden. Ein ungewählter „Volksrat“, bestehend aus nach Berufsgruppen ernannten Mitgliedern, soll die Regierungsgeschäfte übernehmen. Dieser Rat soll die Politik von der Korruption befreien. Erst wenn dieser Prozess abgeschlossen ist, soll es wieder Wahlen geben.

Seit beinahe einem Jahrzehnt streiten in Thailand zwei zutiefst verfeindete Lager über die zukünftige Ausrichtung des Landes. Der Riss zieht sich durch die gesamte Gesellschaft. Zwar gehören beiden Lagern Menschen aus allen Regionen und aus allen gesellschaftlichen Schichten an. Es gibt jedoch klare Tendenzen: Auf der einen Seite stehen die Parteien des Telekommunikations-Milliardärs Thaksin Shinawatra aus Nordthailand, der derzeit im Exil lebt. Diese haben seit 2001 sämtliche Parlamentswahlen gewonnen. Thaksin hat bei der Bevölkerungsmehrheit im ärmeren Nordteil des Landes und unter den ärmeren Bewohnern der Hauptstadt viele Unterstützer. Seine Schwester Yingluck ist derzeit Regierungschefin. Auf der Gegenseite hat sich eine Allianz gebildet, die aus Vertretern der traditionellen Elite und aus Mitgliedern der Mittelschicht in Bangkok sowie aus Menschen aus dem wohl-

habenderen Süden des Landes besteht. Sie werfen der Regierung vor, sie habe die Menschen aus den niedrigeren Einkommensschichten durch Stimmenkauf und durch Wahlgeschenke auf ihre Seite gezogen. Demokratie, so heißt es immer wieder, funktioniert in Thailand nicht, da der Großteil der Bevölkerung zu „ungebildet“ sei, um vernünftige Entscheidungen zu treffen. Pasuk Phongpaichit und Chris Baker, zwei führende Akademiker, die sich schon lange mit dem sozio-ökonomischen Wandel in Thailand befassen, bezeichnen diese Vorwürfe als den „Kern einer Kampagne, mit der die Wahldemokratie untergraben werden soll“. Die Liste der berechtigten Kritikpunkte an Thaksin ist lang: Sein Regierungsstil ist während seiner Amtszeit immer autoritärer geworden. Ihm werden schwere Menschenrechtsverletzungen zur Last gelegt, die Sicherheitskräfte begangen haben, als er im Amt

war. Bangkoks traditionelle Elite stürzte sich jedoch vor allem an der großen Popularität des Politikers. In ihr sah sie einen Angriff auf ihre privilegierte Stellung. „In der Vergangenheit hat eine relative kleine Elite in Bangkok das Land geführt“, sagte Duncan McCargo, Professor für Geschichte Südostasiens an der Universität Leeds, kürzlich in einem Interview. McCargo hat den Begriff der „Netzwerk-Monarchie“ geprägt. „Gewählte Regierungen brauchten den Segen dieses Netzwerks, um im Amt zu bleiben.“ Ohne diesen Segen seien Regierungen schnell zusammengebro-

chen oder durch Militärputsche entfernt worden. „Die Demonstranten sind wütend darüber, dass die Bangkok nicht länger ein Veto



Nach einer Sprengsatz-Explosion bei einem Protestmarsch am vergangenen Freitag spitzt sich die Lage in Bangkok zu.

über den Ausgang von Wahlen besitzen. Sie spüren, das sie nicht länger die Kontrolle über ihr Land haben.“

Die Partei, die enge Kontakte zu diesem Netzwerk hat und für dessen Interessen eintritt, ist die „Democrat Party“ (DP). Thailands wichtigste Oppositionspartei. Sie hat zuletzt 1992 landesweite Wahlen gewonnen. 2006 hat die DP mit einem Wahlboykott gegen Thaksin eine Verfassungskrise ausgelöst, die das Militär als Vorwand für einen Putsch genutzt hat. Die DP scheint eine weitere solche Krise heraufbeschwoeren zu wollen: Sie boykottiert auch die auf Anfang Februar angesetzten Neuwahlen. Einige der wichtigsten Anführer der Proteste sind ehemals hochrangige „Democrat“-Funktionäre, die ihre Parlamentsmandate niedergelegt haben, um die Demonstrationen anzuführen. Sascha Zastiral

Der Autor ist freier Korrespondent in Bangkok.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper







Trotz Europawahljahr und Neubesetzung der Kommission im Herbst: Brüssel will die Bankenunion vollenden und der hohen Arbeitslosigkeit in Europa den Kampf ansagen.

# »Jahr der Ergebnisse«

**EU-KOMMISSION** Das Arbeitsprogramm für 2014 verfolgt ehrgeizige Ziele in schwierigen Zeiten

**W**er in diesem Jahr in Europa etwas anpacken will, hat nicht viel Zeit: Im Mai 2014 wählen die EU-Bürger ein neues Europaparlament. Und die Amtszeit von EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso und seiner Kommission endet im Herbst. Das Jahr 2014 ist also ein Jahr des Wahlkampfes und der personellen Veränderungen, und erfahrungsgemäß passiert in solchen Jahren inhaltlich nicht viel. Umso ambitionierter kommt das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2014 daher. Das bemerkte auch Gunter Krichbaum (CDU), Vorsitzender des Europaausschusses im Bundestag, am vergangenen Freitag in der Debatte zum Thema: „Man kann sich zu Recht fragen, wie die Kommission das alles schaffen möchte.“ Denn, ob Bankenunion, Vollendung des Binnenmarktes, Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit oder der Abschluss aller wichtiger, wachstumsfördernder Gesetzesvorhaben, 2014 soll „das Jahr der Ergebnisse und der Umsetzung sein“. Das hatte Barroso bereits bei der Vorstellung des Programms am 22. Oktober 2013 in Brüssel vollmundig verkündet. Doch bei aller Skepsis, ob das realistische Ziele sind in diesem Jahr – die

Bundestagsfraktionen, mit Ausnahme der Linken, bewerteten die Agenda positiv. So lobte Detlef Seif (CDU), dass die Kommission einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit lege. 27 Millionen Arbeitslose in der Europäischen Union, darunter sechs Millionen unter 25 Jahren, seien eine „große Gefahr für die Demokratie“, sagte Seif, der im Programm allerdings konkrete Vorschläge vermisste, wie so wichtige Arbeitgeber wie kleine und mittelständische Unternehmen stärker gefördert werden sollen. Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen) betonte, in Europa sei jetzt kluges und vorausschauendes Handeln gefragt, und das Kommissionsprogramm erfülle die Erwartungen. Es sei wichtig, entschieden gegen die sozialen Verwerfungen und die hohe Arbeitslosigkeit in Europa anzugehen, auch um sich gegen „antimittelständische Populisten“ zu positionieren. Auch Axel Schäfer (SPD) warb in der Debatte für ein „soziales Europa der Beschäftigung und der Chancen für die Jugend“, verwies aber auch auf das Vorhaben der Bundesregierung, ein deutsch-griechisches Jugendwerk zu schaffen. „Das ist eine wirkliche Innovation, ein praktisches Zeichen von Solidarität“, sagte Schäfer. Wenig angetan von den Kommissionsplänen zeigte sich die Fraktion Die Linke. Für

Alexander Ulrich stehen sie für ein „Weiter so“ in der Europapolitik, und das, obwohl eine „180 Grad-Wende“ nötig sei. Schließlich habe die Politik der vergangenen Jahre die Krise verschärft anstatt sie zu beenden. Seine Kernforderungen: Die Steuerzahler dürfen nicht weiter für die Spekulationsverluste der Banken in Geiselschaft genommen werden. Der Finanzsektor müsse strikt reguliert und eine EU-weite Vermögensabgabe eingeführt werden. **Stein oder Stroh?** Die Kommission hofft in Sachen Bankenunion auf deutliche Fortschritte in diesem Jahr. Auf den so genannten Einheitlichen Aufsichtsmechanismus zur gemeinsamen Aufsicht über die Geldinstitute haben sich die Mitgliedstaaten bereits geeinigt. Er soll noch in diesem Jahr seine Arbeit aufnehmen. Doch die zweite Säule der Bankenunion, der Einheitliche Abwicklungsmechanismus, steht noch auf wackligen Füßen. In den Mitgliedsländern herrscht bisher keine Einigkeit darüber, wie Banken, die in ernsthafte Schwierigkeiten geraten, künftig effizient und für den europäischen Steuerzahler so schonend wie möglich abgewickelt werden sollen. So pocht die Bundesregierung etwa auf die Einhaltung der nationalen Budgethoheit. An diesem Kurs der Regierung ließ Manuel Sarrazin kein gutes Haar: Sie trete in Brüssel für unklare Entscheidungsstrukturen ein, statt starke europäische Strukturen zu schaffen, wie sie jetzt benötigt würden. Dies erinnere ihn an die Geschichte der „Drei klei-

nen Schweinchen“. Darin würden jene Schweinchen gefressen, die ihr Haus aus Stroh und Holz bauen. Schweinchen Schlaw aber habe sein Haus aus Stein gebaut und überlebt, gab Sarrazin zu bedenken. **Streit um Freizügigkeit** Die CSU, wegen ihrer Pläne hinsichtlich so genannten Armutszuwanderung in der Kritik, musste sich in der Debatte deutliche Worte von SPD, Linken und Grünen anhören. So bezeichnete der Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Michael Roth (SPD), die Freizügigkeit als „eine der größten europäischen Errungenschaften“. Die Regierung werde sie konsequent verteidigen, sagte er mit strengem Blick in Richtung des Koalitionspartners. Der stellvertretende CSU-Vorsitzende Peter Gauweiler entgegnete, seine Partei sei sowohl gegen „populistisches Rumgeschrei“ als auch gegen „gutmenschliche Heuchelei“. Die CSU werde bei dem Thema nicht ruhen und erwarte unter anderem, dass die im Koalitionsvertrag versprochenen Förderprogramme für die Kommunen endlich aufgelegt werden. (Siehe auch Seite 9) *Johanna Metz*

## STICHWORT

### ARBEITSPROGRAMM 2014 – Handeln statt Hadern

**Jährlicher Plan** Die Europäische Kommission legt einmal im Jahr ein Arbeitsprogramm vor. Darin berichtet sie, welche Initiativen sie im kommenden Jahr ergreifen will und wie sie diese konkret umsetzen möchte.

**Schwerpunkte** 2014 will die Kommission unter Präsident Manuel Barroso (Bild) viele Gesetzesvorhaben verabschieden. So sollen die Investitionsprogramme zur Wirtschaftsbelebung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anlaufen.

**Bankenunion** Oberste Priorität hat die rasche Vollendung der Bankenunion, die das europäische Bankensystem sichern machen soll. So soll Einigung über den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus erzielt werden. Auch die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit steht oben auf der Agenda.



## Axel E. Fischer leitet Delegation

**EUROPARAT I** Leiter der neuen Bundestagsdelegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats ist Axel E. Fischer. Der CDU-Abgeordnete aus dem Wahlkreis Karlsruhe löst in diesem Amt seinen Parteifreund Joachim Hörster ab, der bei der Bundestagswahl nicht mehr kandidiert hatte. Fischer gehörte auch bisher zu den 18 deutschen Delegierten in der Volksvertretung des Straßburger Staatenbunds, in das die nationalen Parlamente der 47 Mitgliedsnationen 318 Abgeordnete entsenden.



Axel E. Fischer

Fischers Stellvertreter beim Europarat ist Christoph Strässer (SPD). Der 64-Jährige aus Münster übte diese Funktion schon bislang aus. Die neue Delegation nimmt ihre Arbeit in Straßburg bei der am 27. Januar beginnenden Wintersession des Europaratsparlaments auf. Ihr gehören neben Fischer und Strässer Bernd Fabritius, Michael Henrich, Anette Hübinger, Philipp Mißfelder, Bernd Siebert, Karin Strenz, Karl-Georg Wellmann und Tobias Zech (CDU/CSU), Doris Barmett, Elvira Drobinski-Weiß, Ute Finckh-Krämer und Frank Schwabe (SPD), Andrej Hunko und Katrin Werner (Die Linke) sowie die Grünen Luise Amtsberg und Marieluise Beck an. *kos*

## Rekordstrafen gegen Russland

**EUROPARAT II** Fast eine Million Euro Schmerzensgeld muss Moskau an Angehörige von Tschetschenen zahlen, die in der kaukasischen Krisenregion entführt wurden, seither vermisst werden und wahrscheinlich tot sind. Diese drakonische Strafe verhängte vergangene Woche der Menschenrechtsgerichtshof, um Verstöße des russischen Militärs gegen rechtsstaatliche Prinzipien bei der Bekämpfung des Terrorismus in der Unruheprovinz zu ahnden. Eine Woche zuvor hatten die Europaratsrichter in anderen Fällen dieser Art Moskau eine Rekord-Geldstrafe von rund 1,9 Millionen Euro auferlegt. Straßburg belangt die russische Regierung seit Jahren immer wieder, Strafen in Millionenhöhe markieren jedoch eine bislang nicht gekannte Härte. Beim ersten Urteil ging es um 36 Verschleppungen, beim zweiten um 14 verschwundene Tschetschenen, wobei sich die Europaratsrichter mit sieben Schicksalen näher befassten.

Die Schilderungen von Angehörigen waren aus Straßburger Sicht glaubwürdig. Danach stürmten Militärs in Tarnuniformen, die unter anderem wegen ihrer Sprache als Russen zu identifizieren gewesen seien, meist nachts Häuser und entführten Männer, die als terrorverdächtig galten. Seither sind sie spurlos verschwunden. Alle Nachforschungen von Angehörigen blieben erfolglos, sie erhielten keine Auskünfte über den Verbleib der Verschleppten. Untersuchungen der Polizei verliefen stets im Sande. Straßburg rügte, Moskau verstoße nicht nur gegen das in der Menschenrechtscharta des Europarats verankerte Recht auf Leben, sondern missachte auch den Anspruch der Bürger auf effektive Ermittlungen durch die Justiz. Die Straßburger Urteile erinnern daran, dass beim Kampf gegen den Terror rechtsstaatliche Grundsätze zu beachten sind. *kos*

## Griechenland will die Krise hinter sich lassen

**EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT** Die griechische Regierung beschwört zum Auftakt Normalität – doch die liegt in weiter Ferne

Die griechische Regierung hat die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2014 genutzt, um das Ende der Krise anzukündigen. Das Land stehe wieder „auf eigenen Füßen“, nachdem die Bürger harte Opfer erbracht hätten, sagte Ministerpräsident Antonis Samaras beim Präsidentschaftsauftritt in Athen Anfang Januar. Der konservative Regierungschef und seine Minister beschworen reihum, dass es mit dem Land bergauf gehe. „Wir haben die schlimmsten Zeiten hinter uns gelassen“, betonte Finanzminister Yiannis Stouraras.

Eine ganz normale EU-Präsidentschaft, in der ein Land als neutraler Mittler die Geschichte der 28 EU-Mitgliedstaaten lenkt, wird dies sicher nicht. Schließlich wird Griechenland im ersten Halbjahr 2014 selbst Thema von Verhandlungen sein. Die Regierung erwartet weitere Erleichterungen von den internationalen Geldgebern. Dabei geht es darum, dass Laufzeiten gestreckt und Zinsen gesenkt werden. Welches Volumen diese Erleichterungen haben sollen, dazu halten sich Samaras und seine Minister noch bedeckt. Einen erneuten Schuldenschnitt schließt die griechische Regierung mittlerweile kategorisch aus. Ein drittes Hilfspaket, das viele Ökonomen für wahrscheinlich halten, möchte Samaras vermeiden, da es mit Auflagen einherginge.

Auch wenn Griechenland 2013 aller Voraussicht nach erstmals einen Haushaltsüberschuss erwirtschaftet hat (die Zinszahlungen ausgenommen), so hat es nach wie vor große Probleme. Bis 2015 besteht eine Finanzierungslücke im Hilfsprogramm, die Finanzminister Stouraras auf elf Milliarden Euro beziffert. Und nach wie vor ist

nicht geklärt, wie Griechenland seinen Schuldenberg abtragen will, der aktuell bei 175 Prozent der Wirtschaftsleistung liegt. Bis 2020 soll er auf 124 Prozent sinken. Dieses Thema blendet die griechische Regierung großzügig aus. Das Kabinett von Samaras verweist stattdessen auf die Haushaltssanierung, die aber nicht im geplanten Maße von Strukturmaßnahmen begleitet war.

Bei der Debatte über die griechische Ratspräsidentschaft im Europäischen Parlament forderten die Abgeordneten vergangene Woche in Straßburg denn auch weitere Anstrengungen von der griechischen Regierung, die Wirtschaft umzubauen und Klientelismus zu bekämpfen. „Sie wissen, dass der Reformprozess noch nicht abgeschlossen ist. Sie stehen erst am Anfang“, sagte etwa der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten, Hannes Swoboda, an die Adresse von Samaras. Sozialdemokraten, Grüne und Linke kritisieren aber auch die mangelnde parlamentarische Legitimierung der Troika zur Lösung der Euro-Krise, bestehend aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Inter-

nationalem Währungsfonds (IWF). Der Vorsitzende der CDU-CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Herbert Reul, bezeichnete diesen Kritikpunkt jedoch schlicht als „substanzlos“. Die Troika sei Bestandteil der Vereinbarung zwischen der Eurogruppe und den Programmländern. „Zum anderen sind die Hilfskredite und die Reformmaßnahmen in allen betreffenden nationalen Parlamenten diskutiert und gebilligt worden.“

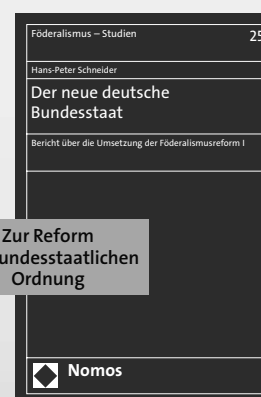
**Unter Zeitdruck** Die griechische Regierung betont unterdessen, wie sparsam sie die Präsidentschaft gestaltet. Das umfangreiche Programm an offiziellen Treffen in Athen und Umgebung wird 50 Millionen Euro kosten, sehr viel weniger als vorangegangene Präsidentschaften. Das wichtigste Thema, das in Brüssel unter griechischer Ägide zu Ende verhandelt werden muss, ist die Bankenunion. Da im April der Wahlkampf für die Europawahlen beginnt, bleibt dafür aber nicht mehr viel Zeit. *Silke Wettach*

**Nach wie vor ist nicht geklärt, wie Griechenland seinen Schuldenberg abbauen will.**

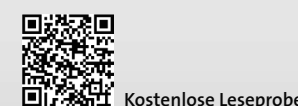
**Deutliche Signale an EU** Während sich die Botschaft der wirtschaftlichen Wiederherstellung vor allem an das heimische Publikum richtete, gingen an die EU-Partner sehr deutliche Signale, dass Austerität nicht länger erwünscht ist. Bei der Eröffnung der Präsidentschaft, der die EU-Kommission und EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy beiwohnten, sagte Kulturminister Panos Panagiotopoulos, sein Volk könne „keine weiteren Opfer verkraften“. Auch das Kulturprogramm enthielt einen deutlichen Wink an die anderen EU-Länder. „Sonne der Gerechtigkeit, ich flehe Dich an: Vergiss mein Land nicht!“, sang die griechische Musikikone Maria Farantouri unter dem tosenden Beifall des griechischen Publikums.

Anzeige

## Föderalismusreform I – in der Umsetzung erfolgreich



**Der neue deutsche Bundesstaat**  
Bericht über die Umsetzung der Föderalismusreform I  
Von Hans-Peter Schneider  
2013, 829 S., geb., 189,- €  
ISBN 978-3-8487-0828-4  
(Föderalismus – Studien, Bd. 25)



Kostenlose Leseprobe

Der Bericht enthält die Ergebnisse eines Forschungsprojekts, bei dem von 2008 bis 2012 die Umsetzung der Föderalismusreform I in Bund und Ländern beobachtet, analysiert und bewertet wurde. Dabei stellte sich heraus, dass die mit 25 Änderungen des Grundgesetzes bisher umfangreichste Neuordnung der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung besser ist als ihr Ruf. Die Ziele der Reform konnten im Wesentlichen erreicht werden.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.  
Portofreie Buch-Bestellungen unter  
www.nomos-shop.de/21646



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





**AUFGEKEHRT**

**Über Reisen in den Har(t)z**

Turisten sind in Deutschland gerne gesehen. Sie kommen, um unser tolles Land zu bewundern und lassen die Taschen von Hoteliers und Restaurantbesitzern klingeln. Nun wollen einige Politiker aber eine neue, eher unangenehme Spezies von Touristen ausgemacht haben: die „Sozialtouristen“. Sie suchen Erholung nicht etwa an unseren schönen Seen, sondern in unseren noch schöneren Sozialsystemen. Es zieht sie nicht in den Hunsrück, sondern mit Vorliebe gen Har(t)z. Vielleicht müssen Deutschlands Visumsanträge ja künftig um die Frage erweitert werden: „Reisen Sie als Tourist oder Sozialtourist?“ Jedenfalls hat die ganze Aufregung um die Sache dazu geführt, dass das Wort „Sozialtourismus“ gerade zum Unwort des Jahres 2013 gekürt wurde. Doch warum Unwort? Den Deutschen ist das Phänomen doch nur zu vertraut! Wie viele reisen Jahr für Jahr aus Berlin oder Bremen nach Bayern, nicht wegen der Alpen, sondern wegen der Arbeit? Sozialtourismus! Wie viele Deutsche kutschen nach Polen, um ihren Wagen und auch sich selbst billigst zu betanken? Sozialtourismus! Wie viele Wessis reisten nach dem Mauerfall an die Mecklenburger Seenplatte, um unbedarften Osis das Geld aus den Taschen zu ziehen? Na...? Die Ostdeutschen haben es sich zu DDR-Zeiten beim FDGB-Feriedienst gut gehen lassen: Nach einer Nacht im feinen Interhotel Neptun am Strand von Warnemünde konnte der Urlauber Ost einmal der Mangelwirtschaft entfliehen und sich am Büffet mit Süßfrüchten vollfuttern. Sozialtourismus à la Sozialismus. Der Sozialtourismus à la Kapitalismus führt den Erholungssuchenden übrigens oft in Oasen wie die Schweiz. Da gibt es schön hohe Berge. Vor allem aber schön niedrige Steuern. *Johanna Metz*

**VOR 45 JAHREN ...**

**Einer der Reformen geht**

**31.1.1969: Gerstenmaier tritt zurück**  
Kein anderer Bundestagspräsident war so lange im Amt wie er: Eugen Gerstenmaier (CDU). Gut 14 Jahre stand er an der Spitze des Parlaments, bevor er am 31. Januar 1969 zurücktrat. In Erinnerung bleibt Gerstenmaier vor allem als Reformen. Sein Ziel: die Stärkung des Bundesstaats. „Das Herz des freiheitlichen Rechtsstaats in Deutschland“, so war er überzeugt, schlage „vor allem in der Lebendigkeit und Kraft des Parlaments“. Einige seiner Pläne, etwa die Verringerung der Abgeordnetenzahl, scheiterten zwar. Dafür gelang es ihm, die Informationsrechte des Bundestages durch die Einführung der Aktuellen Stunde und die Neu-



Eugen Gerstenmaier (CDU) war von 1954 bis 1969 Bundestagspräsident.

ordnung der Fragestunde zu stärken. Außerdem setzte er sich für den Bau des neuen Bürohauses für die Abgeordneten in Bonn ein. Als im Februar 1969 die ersten Büros bezogen wurden, trug es bereits den Spitznamen „Langer Eugen“ – benannt nach Eugen Gerstenmaier. Zu dieser Zeit war Gerstenmaier jedoch nicht mehr im Amt. Grund für seinen Rücktritt war die Wiedergutmachungsfäre: Gerstenmaier, Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, hatte eine Wiedergutmachungszahlung über 281.000 D-Mark bekommen, weil die Nazis seine Lehrtätigkeit als Theologieprofessor behindert hatten. Vor allem die Höhe der Zahlung stieß auf heftige Kritik. Der ehemalige Generalbundesanwalt Max Güde stellte nach seiner Untersuchung des Falles fest, dass der „Vorwurf unrechtmäßigen oder unehrenhaften Handelns nicht begründet“ sei. *Benjamin Stahl*

*Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: AUSSTELLUNG ZU DEMOKRATIE UND DIKTATUR**



Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) eröffnet im Paul-Löbe-Haus die Ausstellung „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme“.

**»Darauf hinweisen, was stattgefunden hat«**

Es ist nur ein Foto, ein Bild an einer Ausstellungstafel im Paul-Löbe-Haus des Bundestages. Und doch erzählt es ein trauriges Kapitel der deutschen Geschichte: Wehrmachtssoldaten reißen einen Schlagbaum an der Grenze zu Polen nieder – schwerbewaffnet und mit voller Wucht. Die Aufnahme stammt vom September 1939, es ist der Beginn des Zweiten Weltkrieges. Das war vor 75 Jahren. Dies ist jedoch nur ein einschneidendes Ereignis der deutschen und europäischen Geschichte, das sich 2014 jährt. 100 Jahre Erster Weltkrieg, 25 Jahre friedliche Revolution im Ostblock, zehn Jahre EU-Osterweiterung sind weitere bedeutende Momente, mit der sich die Ausstellung „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme“ im Deutschen Bundestag auseinandersetzt. Vergangenen Mittwoch wurde sie von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) eröffnet. Auf 26 Tafeln und rund 190 Fotos präsentiert sich die turbulente Geschichte Europas im 20. Jahrhundert – schonungslos, emotional und nachhaltig. Denn die Aus-

stellung zeigt in besonderer Weise, wie eng Krieg und Frieden im letzten Jahrhundert in Europa beinander lagen. Doch zugleich solle die Schau das Bewusstsein dafür schärfen, die aktuellen Krisen in Europa gemeinsam und friedlich zu lösen, meinte Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Dafür haben sich die Macher etwas Besonderes einfallen lassen: 3.000 Exemplare der Informationstafeln der Ausstellung sollen in verschiedenen Institutionen, Schulen und Verbänden für die Geschichte und Gegenwart sensibilisieren. Das Auswärtige Amt verbreitet die Schau weltweit in zehn Sprachfassungen. So ist die Ausstellung an mehreren Orten gleichzeitig präsent und zeigt ein Europa zwischen Diktatur und Demokratie auf dem Weg zu einem geeinten Kontinent. Die Ausstellung schlägt einen Bogen von der „Urkatastrophe“, dem Ersten Weltkrieg, über die Weimarer Republik, die Stalin- und Hitler-Diktatur, den Zweiten

Weltkrieg, die Ost-Westteilung Europas bis hin zur Wende im Ostblock und dem 1990 wiedervereinten Deutschland. Es ist eine Ritt durch die Historie. Die Fotos und Informationstexte machen die Geschichte lebendig. Sie schärfen die Erinnerung auf ein Europa im 20. Jahrhundert, in einem Zeitalter der Extreme. „Es gibt viele gute Gründe im Allgemeinen und viele gute Gründe für Deutschland darauf hinzuweisen, was im vorherigen Jahrhundert stattgefunden hat“, eröffnete Bundestagspräsident Lammert die Ausstellung. „Dass wir heute in Europa in Verhältnissen leben, die vor 25 Jahren niemand für möglich gehalten hatte, ist ein Indiz dafür, dass die Geschichte manchmal erstaunliche Wendungen nimmt.“ Vor allem könne man sich in der Ausstellung nicht nur mit den Ereignissen selbst, sondern auch mit ihren Ursachen und Wirkungen intensiv auseinandersetzen. Denn die Gegenwart beinhaltet stets ein Stück Geschichte. *Linda Dietze*

**LESERPOST**

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 03. Februar.

**Zur Ausgabe 52, „Laxe Kontrolle: Bundesrechnungshof listet Vergeudung von Steuergeldern in Milliardenhöhe auf“ vom 23. Dezember 2013, Seite 11:**

In jedem Jahr ist es das gleiche Procedere: Der Bundesrechnungshof listet Steuerverwendungen in Milliardenhöhe auf, der Deutsche Bundestag wird unterrichtet – und das war es. Konsequenzen für die Verantwortlichen sind Fehlanzeige. Da die Staatsanwaltschaften offenbar kein besonderes öffentliches Interesse bei der

Verschwendungen von Steuermitteln in Milliardenhöhe sehen, die Mitglieder des Bundesrechnungshofes aber richterliche Unabhängigkeit besitzen, sollte der Gesetzgeber diese Behörde mit staatsanwaltschaftlichen Befugnissen ausstatten. Sie sollte dann auch in der Lage sein, in besonderen Fällen Verfahren der Landesrechnungshöfe an sich zu ziehen. Meines Erachtens können nur auf diesem Weg die jährlichen Milliardenverschwendungen gestoppt werden. *Gerhard Niemeyer, Oberhausen*

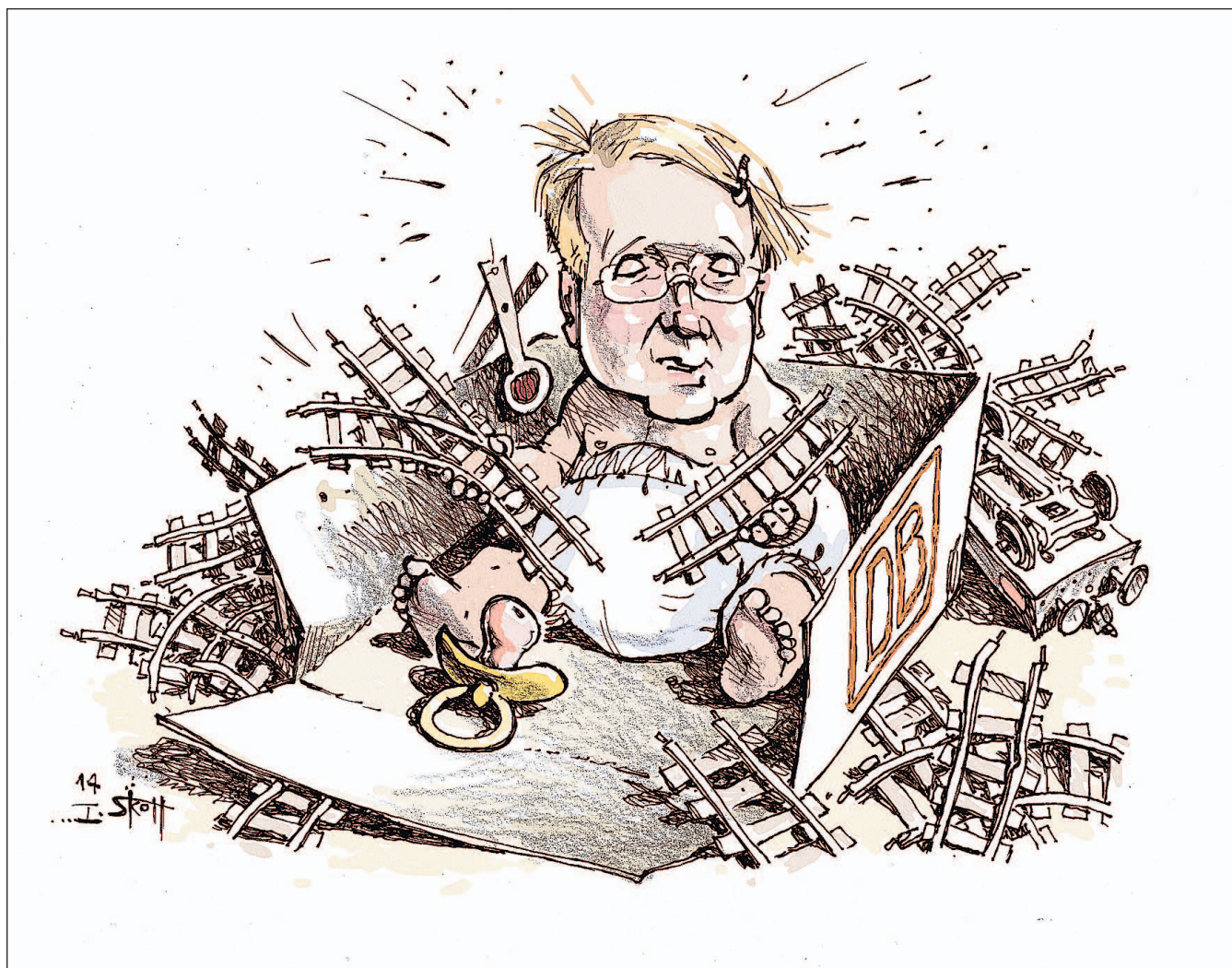
**BUNDESTAG LIVE**

**Topthemen vom 27.-31.01.2014**  
Regierungserklärung mit Aussprache (Mi), Aussprache (Do, Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de):  
Die aktuelle Tagesordnung sowie alle Debatten im Livestream

**SEITENBLICKE**



**Gerhardt feiert 70. Geburtstag**

Der ehemalige FDP-Vorsitzende Wolfgang Gerhardt feierte kurz vor Jahreswechsel seinen 70. Geburtstag. Zu den Gratulanten gehörte auch der aktuelle Parteivorsitzende Christian Lindner, der Gerhards klaren politischen Kompass und Verständnis des Liberalismus lobte. Am 31. Dezember 1943 in Ullrichstein-Helpershain geboren, machte sich Gerhardt in der Politik schnell einen Namen. Von 1987 bis 1991 war er hessischer Wissenschaftsminister, 1994 wechselte Gerhardt in den Bundestag und übernahm kurz darauf den Bundesvorsitz der Partei. Mit zwei Mitgliederentscheiden zum „Großen Lausangriff“ (1995) und der Frage der Wehrpflicht (1997) wurde Gerhardt zum Vorreiter neuer innerparteilicher Beteiligungsformen. 2001 gab er den Bundesvorsitz an Guido Westerwelle ab, behielt jedoch bis 2006 den Fraktionsvorsitz im Bundestag, den er seit 1998 inne hatte. Er ist Vorsitzender der FDP-nahen „Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit“. Mit dem Ende der 17. Wahlperiode schied Gerhardt aus dem Bundestag aus. FDP-Chef Lindner versicherte, dass Gerhardt auch weiterhin eine wichtige Rolle bei der Stärkung der liberalen Idee spielen werde. „Ich freue mich auf die weitere harmonische und verlässliche Zusammenarbeit mit ihm.“ *jw*



© picture-alliance

**PERSONALIA**

**>Egon Susset †**  
Bundestagsabgeordneter 1969-1998, CDU

Am 26. Dezember starb Egon Susset im Alter von 84 Jahren. Der Landwirt aus dem württembergischen Wimmthal schloss sich 1952 der CDU an, war langjähriger Gemeinderat und gehörte von 1965 bis 2004 dem Kreistag in Heilbronn an. Susset engagierte sich in allen sieben Wahlperioden im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

**>Friedrich Hölcher †**  
Bundestagsabgeordneter 1972-1983, FDP/fraktionslos

Am 30. Dezember starb Friedrich Hölcher im Alter von 78 Jahren. Der Kaufmann aus Stuttgart trat 1966 in die FDP ein, amtierte seit 1973 als Vorsitzender des FDP-Kreisverbands Stuttgart und war Mitglied des FDP-Landesvorstands Baden-Württemberg. Hölcher, der im Herbst 1982 seine Partei verließ, arbeitete im Bundestag in allen drei Wahlperioden im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit.

**>Hans-Peter Voigt †**  
Bundestagsabgeordneter 1983-1994, CDU

Am 1. Januar starb Hans-Peter Voigt im Alter von 77 Jahren. Der promovierte Pharmazeut und Apotheker aus Northeim wurde 1970 CDU-Mitglied und stand von 1985 bis 2001 an der Spitze des dortigen CDU-Kreisverbands. Von 1977 bis 2001 war Voigt Kreisratsmitglied und von 1996 bis 2001 Bürgermeister von Northeim und Ratsherr. Im Bundestag gehörte er zuletzt dem Forschungsausschuss an.

**>Jürgen Kleditzsch**  
Bundestagsabgeordneter 1990, CDU

Am 26. Januar wird Jürgen Kleditzsch 70 Jahre alt. Der Mediziner und Hochschullehrer aus Dresden war 1990 Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR und Minister für Gesundheitswesen. Von Oktober bis Dezember 1990 gehörte er dem Bundestag an.

**>Klaus Harries**  
Bundestagsabgeordneter 1987-1994, CDU

Am 27. Januar begeht Klaus Harries seinen 85. Geburtstag. Der Jurist und langjährige Oberkreisdirektor im Kreis Lüneburg war CDU-Mitglied seit 1965. In beiden Wahlperioden engagierte sich Harries im Umweltausschuss sowie im Wissenschaftsausschuss.

**>Wieland Sorge**  
Bundestagsabgeordneter 1990-2002, SPD

Am 27. Januar begeht Wieland Sorge seinen 75. Geburtstag. Der Lehrer aus Meiningen engagierte sich seit September 1989 in der Forumbewegung in der DDR, trat dann der SPD bei und gehörte dem thüringischen Landesvorstand seiner Partei an. Sorge, Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer, arbeitete im Bundestag zuletzt im Verkehrsausschuss sowie im Sportausschuss mit.

**>Karl-Heinz Narjes**  
Bundestagsabgeordneter 1972-1981, CDU

Am 30. Januar vollendet Karl-Heinz Narjes sein 90. Lebensjahr. Der promovierte Jurist trat 1955 in den diplomatischen Dienst ein, wurde 1967 Kabinettschef des EWG-Präsidenten Walter Hallstein und amtierte von 1969 bis 1973, inzwischen CDU-Mitglied, als schleswig-holsteinischer Wirtschaftsminister. Von 1972 bis 1976 stand Narjes an der Spitze des Wirtschaftsausschusses des Bundestags. Von 1981 bis 1989 war er Mitglied der EG-Kommission.

**>Karl-Heinz Klejdzinski**  
Bundestagsabgeordneter 1980-1990, 1992-1994, SPD

Karl-Heinz Klejdzinski wird am 30. Januar 80 Jahre alt. Der promovierte Pädagoge aus Dülmen/Westfalen trat 1960 der SPD bei, war dort von 1969 bis 1980 Ratsherr und von 1975 bis 1980 Kreisratsmitglied in Coesfeld. Im Bundestag engagierte sich Klejdzinski vorwiegend im Verteidigungsausschuss. Von 1983 bis 1991 gehörte er der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der WEU an.

**>Stephan Reimers**  
Bundestagsabgeordneter 1976-1980, CDU

Am 30. Januar wird Stephan Reimers 70 Jahre alt. Der promovierte evangelische Theologe aus Hamburg schloss sich 1962 der Jungen Union an, war Kreisvorsitzender und 1974 stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Hamburg. Von 1970 bis 1978 gehörte er der Bürgerschaft an. Im Bundestag saß Reimers im Ausschuss für Jugend, Familie und Gesundheit.

**>Heinz Eyrich**  
Bundestagsabgeordneter 1969-1978, CDU

Heinz Eyrich vollendet am 1. Februar sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt trat 1955 der CDU bei und gehörte von 1979 bis 1991 dem CDU-Landesvorstand Baden-Württemberg an. Eyrich, stets Direktkandidat des Wahlkreises Lörrach-Müllheim, engagierte sich zuletzt im Rechtsausschuss. Von 1978 bis 1991 amtierte er als Justizminister in Baden-Württemberg. *bmh*





Albert Rupprecht, CDU/CSU:

## Die Anstrengungen in den letzten zehn Jahren haben sich gelohnt



Albert Rupprecht (\*1968)  
Wahlkreis Weiden

Da das heute die erste Bildungs- und Forschungsdebatte in der neuen Legislatur und auch die erste Debatte im neuen Jahr ist, wünsche ich Ihnen alles Gute und uns allen eine gute Zusammenarbeit. Meine besonderen Grüße richten sich natürlich an die Kollegen der SPD. Das ist das Schöne an der politischen Arbeit: dass man immer wieder neue Menschen kennenlernt und neue Freunde dazugewinnt.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Bericht „PISA 2012“ ist aus deutscher Sicht höchst erfreulich. Ich zitiere Professor Prenzel: Die Verbesserungen können als Erfolgsgeschichte betrachtet werden. – Wir haben seit 2000 in allen Kompetenzbereichen substanzielle Verbesserungen hinbekommen. Wir erreichen inzwischen ein signifikant über dem OECD-Schnitt liegendes Niveau, und zwar in allen drei Bereichen: Mathematik, Lesen, Naturwissenschaften. Die 15-Jährigen in Deutschland haben sich – seit dem PISA-Schock im Jahr 2000 – viermal in Folge verbessert. In Europa liegen wir inzwischen in der Spitzengruppe. Kein anderes Land hat sich viermal in Folge gesteigert. Musterländer wie Dänemark, Norwegen und Schweden haben wir hinter uns gelassen. Der europäische Primus Finnland liegt nicht mehr Welten, sondern nur noch eine Nasenlänge vor uns. Ich finde: Die Anstrengungen in den letzten zehn Jahren haben sich gelohnt.

Auch in dem immer wieder in Deutschland thematisierten und zu Recht diskutierten Bereich, in dem es

um den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg geht, gibt es substanzielle Verbesserungen. Wir haben immer wieder, auch in der letzten Legislatur hier im Plenum, darüber diskutiert, dass Deutschland in diesem Bereich Schlusslicht in Europa ist. Das war das Dauerthema. PISA 2012 zeigt uns aber eindeutig und ganz klar, dass Schüler aus schwierigen sozialen Familienverhältnissen überdurchschnittlich aufgeholt haben und dass wir bei dieser Gruppe inzwischen über dem OECD-Schnitt liegen.

Wir müssen uns einmal vor Augen führen, wo wir 2000 gestartet sind. Beim PISA-Bericht 2000 lagen wir in allen Bereichen unter dem OECD-Schnitt. Jetzt erleben wir, dass aus dem damaligen PISA-Schock in der Tat ein PISA-Erfolg geworden ist. Wir können froh sein, dass wir im Jahr 2014 sagen können: Die deutschen Schulen sind wieder vorne mit dabei.

Diese Entwicklung kann nicht primär durch die Schulstrukturen begründet werden; so steht es auch im Bericht. Die Schulstrukturen, über die es viele Jahrzehnte ideologisch geführte und ellenlange Diskussionen gab, haben keinen wesentlichen Einfluss auf die Ergebnisse. Ganz im Gegenteil: Der Hauptgrund für diese Erfolge war letztendlich, dass der PISA-Schock 2000 Lehrer, Eltern und Politik wachgerüttelt hat.

Wir hatten bis 2000 geglaubt, das Land der Dichter und der Denker habe tolle Schulen und wir könnten uns ideologische Grundsatzdebatten über ein gegliedertes Schulsystem und Ähnliches leisten. Wir haben aber all die Jahre vergessen, uns dem internationalen Wettbewerb zu stellen. Erst der PISA-Schock hat dazu geführt, dass wir uns verglichen und den Wettbewerb aufgenommen haben. Insbesondere die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort haben diesen Wettbewerb aufgenommen und sich den Aufgaben gestellt. Deswegen ist der Erfolg vor allem das Verdienst der Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen.

Als Beispiel greife ich jetzt nicht Bayern mit seinen herausragenden Ergebnissen, sondern ganz unverdächtig den Freistaat Sachsen heraus.

Die Lehrerinnen und Lehrer im Freistaat Sachsen haben in den letzten Jahrzehnten einen dramatischen und riesengroßen Kraftakt geschul-

tert: die Veränderungen durch die Wiedervereinigung, Schulsterben allerorten, Halbierung der Schülerzahlen. In diese Zeit fiel dann auch noch der PISA-Schock. Trotzdem haben sie es geschafft, dass die Schülerinnen und Schüler in Sachsen erstklassige Ergebnisse liefern. Ich finde, das verdient Respekt. Das ist höchste Anerkennung wert, sehr geehrte Damen und Herren.

Auch die Politik war in diesem Bereich unterstützend tätig; denn: „ohne Moos nix los“. Wir haben massiv Gelder zur Verfügung gestellt. Der Bund ist zwar nicht für die allgemeinbildenden Schulen zuständig. Wir haben vonseiten des Bundes die Länder aber massiv unterstützt, indem wir Milliardenbeträge für die Bildungspolitik zur Verfügung gestellt haben: für den Hochschulpakt und viele andere Bereiche. Aber auch für die berufliche duale Bildung, den originären Bereich der Bundesebene, haben wir Mittel bereitgestellt. Wir haben nach den vorliegenden Entwürfen die entsprechenden Mittel im Bundeshaushalt von 2005 bis zum Jahr 2014 um 84 Prozent erhöht. Ich finde, das ist vorbildlich und herausragend. Das ist aus unserer Sicht eine tolle Leistung vonseiten des Bundes.

Wir haben auch Inhaltliches weiterentwickelt. Wir haben bundesweite Bildungsstandards eingeführt. Wir haben Verfahren zur Qualitätssicherung eingeführt. Die empirische Bildungsforschung unterstützt die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort massiv, indem die im internationalen Vergleich gewonnenen Erkenntnisse angewandt werden. Was läuft in welchen Ländern gut? Was können wir vielleicht übernehmen? Wir haben nicht unser eigenes Süpplein gekocht, sondern haben uns dem Wettbewerb gestellt. Wir haben dazugelernt. Wir haben die richtigen Fragen gestellt und letztendlich die richtigen Antworten gefunden.

Was lernen wir insbesondere aus der Entwicklung der vergangenen Jahre? Für mich ist das Wichtigste, die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort dazu zu befähigen, die Qualität in kollegialer Zusammenarbeit Schritt für Schritt zu verbessern. Nicht ideologische Radikalreformen sind entscheidend; es geht um eine evolutionäre Weiterentwicklung, eine Schritt-für-Schritt-Weiterentwicklung. Die Schüler müssen im Zentrum stehen. Nicht Heilslehren, Ideologien oder Zentralismus, geschweige denn eine von Berlin aus zentral gesteuerte Bildungs- und Schulpolitik bringen uns

weiter, sondern Dezentralität und Subsidiarität; dies sind die entscheidenden Prinzipien. Und ich sage es noch einmal: Der zentrale Schlüssel sind gut ausgebildete und motivierte Lehrer.

Wir tragen vonseiten des Bundes auch hier Wesentliches bei, wenngleich es nicht in unsere originäre Zuständigkeit fällt. Nichtsdestotrotz haben wir bereits in der letzten Legislatur beschlossen – und wir werden das umsetzen –, eine Qualitäts-offensive Lehrerbildung zu starten. Wir werden eine halbe Milliarde Euro für Aufgaben zur Verfügung stellen, die eigentlich primär Länderaufgaben wären. Ich halte es trotzdem für richtig und notwendig, weil wir in der Lehrerausbildung

deutschlandweit eine Weiterentwicklung brauchen. Es kann nicht Aufgabe des Bundes sein, in die Schulen hineinzuregieren; aber es ist der richtige Weg, sie in Form von deutschlandweiten Aktivitäten insbe-

sondere bei der Lehrerausbildung zu unterstützen.

Ich habe noch mehrere Seiten Manuskript vor mir. Ein Blick auf die Uhr zeigt mir aber, dass ich mich im Zeitplan verschätzt habe. Deswegen kürze ich ab und komme zum Schluss, obwohl ich gern auf die neue Legislatur eingegangen wäre. Aber viele Kollegen werden noch dazu sprechen.

Ich finde, 2008 haben die Kanzlerin und die Ministerpräsidenten mit dem Bildungsgipfel in Leipzig einen hervorragenden Aufschlag gemacht. Damals wurden gemeinsame Bildungsziele vereinbart. Aber es wurde auch vereinbart, dass jeder in seiner Zuständigkeit, in eigener Verantwortung die Umsetzung betreiben muss. Das Ergebnis der PISA-Studie 2012 zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind und sich die Anstrengungen in der Tat gelohnt haben, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Der Bericht  
»PISA 2012«  
ist aus  
deutscher  
Sicht höchst  
erfreulich.**



Mathematikunterricht in einer Schule

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:  
<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.  
[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)



Dr. Rosemarie Hein, DIE LINKE:

## Die Grundkritiken am Bildungssystem bleiben bestehen



Rosemarie Hein (\*1953)  
Landesliste Sachsen-Anhalt

Zum fünften Mal erschien vor wenigen Wochen die sogenannte PISA-Studie, mit der die Lernleistungen der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler im internationalen Vergleich gemessen werden. Diesmal scheint, anders als vor zwölf Jahren, die Welt in Ordnung zu sein. Endlich bewegt sich die Bundesrepublik Deutschland aus der Schmutzdecke der PISA-Verlierer heraus. Es ist zwar nur der Platz 16 auf der Rangliste der 65 teilnehmenden Staaten, aber das ist immerhin deutlich über dem Durchschnitt.

Doch schauen wir einmal genauer hin: Gibt es denn tatsächlich Grund zum Jubeln? Ich finde das nicht; denn die Grundkritiken am Bildungssystem in Deutschland bleiben alle bestehen. Noch immer er-

reicht fast die Hälfte der Hauptschülerinnen und Hauptschüler sowie 28 Prozent der Lernenden an den neuen Schulformen mit mehreren Bildungsgängen und selbst 10 Prozent der Lernenden an Realschulen in Mathematik nur die unterste Kompetenzstufe I. Die unterste Kompetenzstufe I bedeutet eben, dass sie später kaum eine Chance haben, einen Ausbildungsplatz zu finden.

Dazu hat es gerade in den letzten Tagen entsprechende Äußerungen gegeben: 83 000 Jugendliche haben im vergangenen Jahr keinen Ausbildungsplatz erhalten, obwohl sie einen gesucht haben – so sagt es die Berufsbildungsstatistik des Bundes. Sie werden fragen: Was hat das jetzt miteinander zu tun? Ganz einfach: Diejenigen, die im Jahr 2013 auf dem Ausbildungsplatzmarkt angekommen sind, sind – zumindest zu großen Teilen – die Jugendlichen, die 2012 abgeprüft worden sind. Gleichzeitig beklagen immer mehr Betriebe, dass die schulische Qualität nicht ausreicht, um eine Ausbildung aufzunehmen. Und das, obwohl sich doch gerade die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit schlechteren Mathematikleistungen verringert hat; das ist eben gesagt worden. Das kann doch keine Zufriedenheit auslösen.

Im März des vergangenen Jahres erregte eine Studie mit dem Titel „Hindernis Herkunft“, die im Auftrag der Vodafone-Stiftung erstellt worden ist, große Aufmerksamkeit. In dieser Studie wurde festgestellt, dass mehr als die Hälfte der Lehrerinnen und Lehrer an Haupt- und Realschulen ihre Anforderungen im Unterricht in den letzten fünf bis zehn Jahren reduziert haben. Das gilt auch für ein Drittel der Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien. Das ist eine Selbsteinschätzung. Möglicherweise erklärt das einiges. Jeder vierte Arbeitgeber sei unzufrieden mit den Leistungen der Berufsanfänger, so eine McKinsey-Studie, die Anfang dieser Woche vorgestellt wurde. Übrigens klagen auch die Hochschulen darüber, dass die Studienanfängerinnen und -anfänger zu schlechte Voraussetzungen mitbringen. Frau Löhrmann, die neue Präsidentin der KMK, hat das erst gestern zurückgewiesen. Aber was stimmt denn nun? Lügen wir uns möglicherweise selbst in die Tasche?

Fakt ist, dass in Deutschland die Herkunft noch immer einen viel zu großen Einfluss auf den Bildungsabschluss und die erreichten Lernergebnisse hat. Noch immer kommen dreimal mehr Kinder aus wohlhabenden Elternhäusern mit einem hohen Bildungsabschluss der Eltern

zum Gymnasium als Kinder aus armen Familien mit einem vergleichsweise niedrigen Bildungsabschluss der Eltern. Mehr als 17 Prozent der Schülerinnen und Schüler – alle Schularten zusammen genommen – können nur ungenügend rechnen. Zwar haben sich die Ergebnisse um 5 Prozentpunkte verbessert, aber das ist nicht genug. Ja, Deutschland lernt, aber es lernt viel zu langsam.

Die Erfolge sind Leistung der Lehrenden, aber nicht der Politik.

Bei den Gymnasien scheint alles in Butter zu sein. Die Matheergebnisse sind dort nach wie vor überdurchschnittlich gut. Die Besten erreichen die guten Ergebnisse wie vor neun Jahren. Dass ein größerer Anteil der Schülerinnen und Schüler heute ein Gymnasium besucht, hat offensichtlich nicht zur Folge, dass die Leistungsstarken schlechter lernen können. Eine hohe Bildungsbeziehung schadet den Leistungsstarken also nicht, wie immer mal wieder kolportiert wird.

Mehr noch: An den wenigen noch verbliebenen Hauptschulen erreichen die leistungsstärksten Schülerinnen und Schüler das gleiche Leistungsniveau wie der Durchschnitt der Gymnasialschüler. Diese beachtlichen Überschneidungen gibt es auch bei anderen Schulformen. Das ist keine neue Erkenntnis. Das wurde auch schon 2000 und 2003 festgestellt. Wenn es diese beachtlichen

Überschneidungen also gibt, wie lässt sich dann erklären, dass der eine Schüler an der Hauptschule und der andere am Gymnasium landet? Es gibt dafür keine Erklärung. Ich finde, wir sollten endlich mit dieser Aufteilerei aufhören.

Im Bundesdurchschnitt haben sich die Mathematikleistungen seit 2003 um 11 Punkte verbessert. 25 Punkte entsprechen dem Lernfortschritt eines Schuljahres. Wir haben in neun Jahren also nicht einmal ein halbes Schuljahr aufgeholt. Das ist wahrlich beachtlich. Ich finde, darüber sollten wir einmal nachdenken.

Wenn wir in diesem Tempo weitermachen und die Welt sich ansonsten nicht weiterentwickelt, wovon nicht auszugehen ist, dann brauchen wir weitere 20 Jahre, um wenigstens zu den jetzt Besten aufzuschließen. Soll das wirklich unser Ziel sein? Haben wir diese Zeit? Die Zeit haben wir nicht.

Es ist an der Zeit, dass diese drängenden Bildungsprobleme endlich grundsätzlich angepackt werden.

Glaubt hier wirklich noch jemand ernsthaft, dass wir als Bund dabei weiter auf die Programme und Programmchen setzen können, die wir am laufenden Band erfinden? Zum Teil sind sie ja sehr schön, sie verändern aber nicht die Arbeitssituation in den Schulen.

Glauben wir wirklich, dass wir uns das leisten können? Ich glaube das nicht, auch wenn wirklich gute Programme dabei sind. „Kultur macht stark“ zum Beispiel ist ein solches Programm. Auch Berufseinstiegsbegleiter helfen, aber sie

helfen erst dann, wenn das Kind schon fast in den Brunnen gefallen ist.

Nein, es ist erforderlich, dass sich der Bund an den gemeinsamen Bildungsaufgaben beteiligt. Dazu gehört zum Beispiel auch das Thema Inklusion. Diese Aufgabe kann man nicht hauptsächlich in den Schulen, die keine Gymnasien sind, abladen. Das ist ein Thema des gesamten Bildungssystems. Wir brauchen dafür grundsätzlich mehr Lehrerinnen und Lehrer, möglicherweise kleinere Klassen sowie andere Schulgebäude, die mehr Möglichkeiten schaffen.

Für all das haben die Länder und Kommunen derzeit aber kaum das nötige Geld. Deshalb ist es notwendig, dass wir als Bund Bildung stärker mitfinanzieren. Es geht nicht um irgendeinen internationalen Wettbewerb, auch nicht um Sport, wo Platz 16 nicht einmal eine

Nachricht wert wäre, sondern es geht um die jungen Menschen in unserem Land, deren Bildungs-, Lebens- und Berufschancen wir sonst verspielen.

Seit der ersten PISA-Studie sind zwölf Jahre vergangen. Die im vergangenen Jahr geprüften Schülerinnen und Schüler, die 15-Jährigen, sind 2003 in die Schule gekommen. Wenn wir heute noch nicht weiter sind, dann haben wir schlecht gearbeitet. Das können wir uns nicht weiter leisten.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**In Deutschland hat die Herkunft noch immer einen zu großen Einfluss auf die Bildungschancen.**

### Beschlüsse

Im Plenum des Bundestages wurden in der Zeit vom 13. bis 17. Januar 2014 folgende Vorlagen ohne Aussprache abschließend beraten:

#### Zustimmung

**Bundestagsnachrichten** Wahlvorschläge „Wahl der Schriftführer gemäß Paragraph 3 der Geschäftsordnung“ (CDU/CSU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, 18/289); Antrag „Einsetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß Artikel 45d des Grundgesetzes“ (CDU/CSU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, 18/283, 18/284); Wahlvorschläge „Wahl der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gemäß den Artikeln 1 und 2 des Gesetzes über die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates“ (CDU/CSU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, 18/290).

Dr. Ernst Dieter Rossmann, SPD:

## Das Ergebnis einer großen Gemeinschaftsleistung



Ernst Dieter Rossmann (\*1951)  
Landesliste Schleswig-Holstein

Frau Dr. Hein, man muss nicht jubeln, aber man darf sich durchaus am Fortschritt freuen.

Dies ist das Ergebnis einer großen Gemeinschaftsleistung von vielen Menschen, die sich in der Bildungspolitik, in der Förderung von Kindern und Jugendlichen engagieren. Unsere Bildungsministerin hat es insoweit auf den Punkt gebracht, als sie gesagt hat: Wir reden nicht mehr vom PISA-Schock, sondern vom PISA-Fortschritt. – Weiteren Fortschritt zu erreichen, sollte unser Leitmotiv für die Zukunft sein.

Dass wir nicht immer Konsens haben, Kollege Rupprecht, darf man zu Beginn einer solchen Debatte sicherlich ansprechen. Die Bildungspolitik lebt auch von Alternativen. Wir Sozialdemokraten hätten uns tatsächlich mehr gewünscht und wären gern mehr in die Richtung gegangen, die eine Befragung des Deutschen Kinderhilfswerks aufzeigt. In dieser

Befragung haben die Menschen in Deutschland gesagt, dass sie bereit wären, mehr Steuern zu zahlen, wenn das Geld dafür eingesetzt würde, die Armut von Kindern, materielle Armut und Bildungsarmut, noch besser zu bekämpfen. Wir müssen diesen Bereich stärker ausstatten, als wir es jetzt unter bestimmten Kautelen tun können. Wir verzichten auch nicht darauf, dies immer wieder anzusprechen und anzumahnen.

Denn wir brauchen das entsprechende Bewusstsein und auch die Bereitschaft, für Bildung mehr Mittel einzusetzen, um den Fortschritt voranzutreiben.

Wir wissen auch: Angesichts der Bedingungen, unter denen wir jetzt handeln, müssen wir uns auf die wichtigsten Punkte einigen. Ich erinnere mich an eine Debatte vor drei



Jahren, in der Kollege Weinberg vor dem Hintergrund der damaligen Fortschritte sagte: Es wird wichtig werden, früher zu fördern, zielgenauer zu fördern und bedarfsorientiert zu fördern. – Ich möchte jetzt sechs, sieben Punkte ansprechen, die zeigen, wie dies aus unserer Sicht geschehen kann.

Erster Punkt. Eine Einsicht aus PISA ist gewesen, dass die gesamte Bildungsbiografie zu betrachten ist und dass der Anfang der wichtigste Zeitpunkt ist. Deshalb muss eine Priorität – hier spielt Zielgenauigkeit eine wichtige Rolle – weiter darin bestehen, die frühkindliche Bildung in jeder Hinsicht, zum Beispiel in den Kindertagesstätten, zu verbessern.

Wir müssen ausdrücklich – ich glaube, hier haben wir Konsens – nicht nur die Leistung der Lehrerinnen und Lehrer anerkennen, sondern genauso die Leistung der Erzieherinnen und Erzieher, also all derjenigen, die sich im sozialen Umfeld engagieren.

Zur Zielgenauigkeit gehören eine Verbesserung der Erzieherausbildung und eine Verbesserung der Situation in den Kindertagesstätten. Über das Betreuungsgeld muss ich jetzt nicht reden. Manchmal wird einem weh ums Herz, wenn man daran denkt, was wir mit diesen Mitteln anfangen könnten. Zur Zielge-

nauigkeit gehören ebenso die Unterstützung der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ – diese wird die Ministerin sicherlich erwähnen – und gezielte Sprachförderung.

Zweiter Punkt. Schulsozialarbeit wurde bereits damals in den sieben Punkten der Kultusministerkonferenz erwähnt. Sie muss und kann verstärkt werden. Damit würde man soziale Gerechtigkeit fördern und dafür sorgen, dass alle Kinder angesprochen werden und ihr Zugang zu Bildung verbessert wird.

Dritter Punkt. Wenn wir vom Bund kein zweites Ganztagschulprogramm auflegen können, dann sollten wir zumindest die Qualitätsentwicklung in den Ganztagschulen begleiten. Dies müssen wir auch tun; denn dieses Handlungsfeld ist schon als Konsequenz aus der PISA-Studie im Jahr 2000 angesprochen worden.

Vierter Punkt. Ein Detail der Analyse aus PISA 2012 ist, dass wir gerade im Kompetenzfeld Mathematik noch große Unterschiede zwischen dem Leistungsvermögen der Mädchen und der Jungen erleben. Bei einer Lesestudie würden wir das Umgekehrte feststellen, nämlich dass die Jungen nicht so kompetent sind wie die Mädchen. Selbst wenn 50 Prozent der Mathematikstudenten weiblich sind, ist es trotzdem wich-

tig, diesen Punkt aufzugreifen. Es erfordert auch Forschung, und zwar nicht nur in Bezug auf die Frage, wie man Kompetenz feststellen kann, sondern auch in Bezug auf die Didaktik, die Methodik und die Motivation. Ziel muss sein, dass Mädchen wie Jungen in jeweils den Kompetenzfeldern, in denen sie bisher nicht so stark sind, besser werden. In der Bildungsfor-

schung werden wir dort Akzente zu setzen haben. Der fünfte Punkt – Sie haben ihn angesprochen – muss sich auf die Qualifizierung im Rahmen der Lehrerbildung beziehen. Hier stehen wir im Wort, den pädagogischen Forschungseinrichtungen der Länder 500 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

Ich will über diese fünf Punkte hinaus ein sechstes Thema ansprechen, das sich diese Regierung vornehmen kann und das im Koalitionsvertrag aufgegriffen wurde: Wir sollten die Ausbildungsbrücken verbreitern und verstetigen. Mancher wird sagen: Aber das hat doch nichts mit PISA zu tun; schließlich beginnt die Ausbildung in der Regel nach dem 15. Lebensjahr. – Aber noch

einmal: Das PISA-Denken nimmt die gesamte Bildungsbiografie in den Blick, auch die zweite Chance.

Eines wissen wir doch alle: Wenn junge Menschen, die keine ausreichenden Kompetenzen haben, nicht einmal die Chance bekommen, einen Ausbildungsplatz zu finden, dann kann man ihre Kompetenz auch nicht mit einer zweiten oder dritten Chance stärken. Deshalb ist ein Teil unseres PISA-Fortschrittskonzepts, auch ausbildungsbegleitende Hilfen und Einstiegsbegleitung bis hin zur assistierten Ausbildung anzubieten, damit Kompetenz auch im zweiten Schritt wachsen kann. Ganz wichtig ist, dies gemeinschaftlich zu organisieren.

Als letzten Punkt nehme ich kurz einen anderen Gedanken auf. In der Koalitionsvereinbarung wurden zwei Aspekte relativ unverbunden nebeneinandergestellt: Sprachangebote für zugewanderte und geduldete Menschen bis hin zu Asylbewerbern und die Anpassung des Anerkennungsgesetzes, um zu ermöglichen, dass es auch eine Förderung für Hochqualifizierte, die zu uns gekommen sind, gibt. Ein Ergebnis der

PISA-Studie ist im Übrigen, dass die Durchschnittswerte in Deutschland auch deshalb gestiegen sind, weil in den Analysen mittlerweile so viele kompetente Migrantenkinder enthalten sind.

Wenn es gelingt, für all die Menschen, die in das Einwanderungsland Deutschland kommen, eine Bildungserwartung zu wecken und eine Bildungschance zu schaffen, durch die auch Bildungsfreude entsteht, dann haben wir eine Brücke gebaut: von der reinen Kompetenz zu etwas, was Bildungspolitik und Bildungsförderung auch beinhalten, nämlich Freude am Lernen und an der Aneignung von Wissen.

Meine Schlussbemerkung. Ja, die PISA-Studie zeigt Fortschritte bei den Kompetenzen. Aber wir in Deutschland haben einen anderen Anspruch: Wir wollen keine Kompetenzrepublik, sondern eine Bildungsrepublik sein.

Deshalb ist es so wichtig, immer wieder zu betonen: Ohne Kompetenzen gibt es keine Bildung, aber Kompetenzen sind auch nicht alles. Der Bund hat auch die Aufgabe, für Freude und Fröhlichkeit in Kindertagesstätten, in Schulen und in der Bildungsgesellschaft insgesamt mit zu sorgen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Özcan Mutlu, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Das deutsche Schulsystem ist weiterhin in Schiefelage



Özcan Mutlu (\*1968)  
Landesliste Berlin

Schiefelage. Eine ganze Schülergeneration musste unser Schulsystem durchlaufen, damit manche, wie auch heute hier, endlich sagen können: Hurra, wir befinden uns über dem OECD-Durchschnitt!

Ich verüble es Ihnen nicht, dass sich die Vertreter der Koalition nun gegenseitig erfolgreiche Bildungspolitik attestieren und sich wieder einmal vertragen – das war ja in den letzten Wochen nicht so sehr der Fall –, auch wenn der Kollege Rossmann heute hier eher eine Oppositionsrede gehalten hat.

Wie dem auch sei: Leider muss ich Ihnen etwas Spreewasser in den Wein schütten.

Ja, wir haben im Vergleich zu 2001 einige Fortschritte gemacht. Ja, Deutschland liegt nach zwölf Jahren in allen gemessenen Bereichen über dem OECD-Durchschnitt. An dieser Stelle danke ich ausdrücklich den Lehrerinnen und Lehrern und den Erzieherinnen und Erziehern, die tagtäglich ihre Arbeit leisten. Aber ist das alles? Reicht Ihnen das? Geht es Ihnen nur um Rankings?

Ist das Ihr Verständnis von Bildungspolitik? Wir sagen: Nein.

Schauen wir uns die Ergebnisse einmal etwas genauer an: „Schuli-

sche Bildung in Deutschland besser und gerechter“, heißt es im Titel unseres gemeinsamen Tagesordnungspunktes. Besser? Vielleicht. Gerechter? Nein, keineswegs. 2001 gehörten 23 Prozent der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler zur Risikogruppe. Heute gehören immer noch 18 Prozent zur Risikogruppe. Besonders betroffen waren damals Schülerinnen und Schüler aus Arbeiterfamilien oder Kinder mit Migrationshintergrund. 2014 ist diese Schülergruppe weiterhin überproportional gefährdet. Auch heute entscheidet bei vielen Schülerinnen und Schülern der Geldbeutel der Eltern über den Bildungserfolg. Das war, das ist und das bleibt ein Skandal, den Sie hier nicht mit Floskeln wegdiskutieren können.

Ich sage: Stagnation ist kein Erfolg, und Stagnation ist auch nicht „besser und gerechter“. Es sei einiges besser geworden, sagen Sie als Vertreter der GroKo. Ich will das auch nicht vollumfänglich bestreiten. Dass deutsche Schülerinnen und Schüler in den MINT-Fächern im Durchschnitt besser abschneiden als vor zwölf Jahren, ist richtig und erfreulich.

Bei näherer Betrachtung treten aber auch andere Ergebnisse zutage: Im Fach Mathematik befinden sich 18 Prozent der Schülerinnen und Schüler unterhalb der Stufe II und können nur einfache Formeln und Schritte zur Lösung einer Aufgabe heranziehen. Mädchen erzielen im Fach Mathematik im Schnitt 14 Punkte weniger als Jungen; hier haben sich die Ergebnisse sogar verschlechtert. Kinder mit Migrationshintergrund haben in Mathematik einen Rückstand von anderthalb Schuljahren gegenüber Kindern ohne Zuwanderungsgeschichte. Trotz Verbesserungen in der Lesekompetenz befinden sich 14 Prozent der Schülerinnen und Schüler auf diesem Gebiet unterhalb der Stufe II und sind faktisch Analphabeten. Das ist ein Skandal!

Meine Damen und Herren, in unserem Schulsystem – oder soll ich sagen: in unseren Schulsystemen? – gibt es immer noch eine ausgesprochen dünne Leistungsspitze und weiterhin einen sehr hohen Anteil an Risikoschülern. Hinzu kommt eine immense soziale Abhängigkeit hinsichtlich der erzielten Kompetenzen. Das ist nicht „besser und gerechter“, das ist schlicht und ergreifend ungerecht. Das ist ein Armutszeugnis für unser Bildungssystem.

Kritik ist nicht nur hinsichtlich der Ergebnisse angebracht. Ich möchte von der Großen Koalition wissen: Wie soll es denn weitergehen mit dem Kooperationsverbot, diesem Ei, das Sie uns Bildungspolitikern ins Nest gelegt haben und mit dem Sie die Kleinstaaterei in der Bildungspolitik verfestigt haben? Wie schaut es denn aus mit Investitionen in die Bildung, in die Bildungsinfrastruktur, vor allem im Bereich der frühkindlichen Bildung? Wo bleibt die Bildungsrepublik Deutschland, die

Frau Merkel versprochen hat? Wie wollen Sie den Mangel an Lehrkräften, der aufgrund des hohen Durchschnittsalters der Kollegien lawinenartig wachsen wird, nachhaltig abfedern? Warum ist die Lehrerbildung in

Deutschland immer noch so chaotisch organisiert, und was ist mit den überfälligen Reformen in der Lehrerbildung? Wie wollen Sie die Länder bei der Bewältigung der Mammutaufgabe Inklusion unterstützen, die, wie auch die aktuelle PISA-Studie zeigt, überfällig ist? Zu viele Fragen, zu wenige Antworten. Sie liefern auch mit Ihrem Koalitionsvertrag keine Antworten dazu.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, insbesondere aber von der SPD,

**Auch heute entscheidet bei vielen Schülern der Geldbeutel der Eltern über den Schulerfolg.**



Fortsetzung von Seite 3: Özcan Mutlu (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

kommt bei uns, anders als bei Ihnen, keine Freude auf. Ich sage: Gute Bildung darf im Land der Dichter und Denker nicht zum Luxusgut werden, lieber Kollege Rupprecht.

Wer einen sozialen und demokratischen Staat will, wer Teilhabe und

Integration will, muss sich für Bildungsgerechtigkeit einsetzen.

Sicherlich wird nicht jedes Kind einen Nobelpreis gewinnen; aber jedes Kind muss gleiche und gute Startchancen bekommen.

Bildungserfolg darf in unserem Land, einem der reichsten Länder

der Welt, nicht länger eine Frage des Glücks oder des Geldbeutels der Eltern sein.

Deshalb, liebe Kollegen, sind wir alle gefordert, nachhaltige Maßnahmen und Reformen einzuleiten, die dringend notwendig sind. Es bleibt noch viel zu tun. Wir werden Sie da-

bei kritisch und konstruktiv begleiten. Vielleicht gelingt es uns zusammen, die Länder – da möchte ich das Land Baden-Württemberg nicht ausschließen – dafür zu gewinnen, gemeinsam das Thema Kooperationsverbot im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen anzugehen.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit in diesem Hohen Hause.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Johanna Wanka, CDU/CSU, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

## PISA ist ein ganz wichtiger Teil, aber nicht alles



Johanna Wanka (\*1951)  
Bundesministerin

nicht mehr wegzudenken. Deswegen glaube ich, dass diese Untersuchungen auch weiterhin sehr wichtig sind.

Die Ergebnisse im Jahr 2000 waren ein Schock. Aber wir sind nicht in Schockstarre verfallen, sondern haben daraus gelernt. Wir haben uns wecken lassen, haben uns weiterentwickelt und haben die richtigen Weichen gestellt.

Die Ergebnisse, die wir im Dezember vorstellen konnten, sind ein großer Erfolg. Wir liegen in den Naturwissenschaften, in der Mathematik und im Lesen jetzt über dem OECD-Durchschnitt. Wir sind in den Naturwissenschaften in der Spitzengruppe angekommen. Wir haben uns seit 2000 deutlich, um mehr als ein Schuljahr, verbessert. In der Mathematik sind vier OECD-Staaten vor uns: Korea, Japan, Schweiz und Niederlande. Wenn man diesen Reigen ergänzt und zum Beispiel China, Taipeh und Macao hinzuzählt, sind noch einige andere vor uns. Aber wir liegen nicht mehr auf Platz 16. Frau Hein, Sie wissen das doch, Sie können doch lesen. Es geht doch nur darum, was signifikant unterschiedlich ist, und nicht um das, was zufällig ist. Wir liegen also keinesfalls auf Platz 16. Vier OECD-Staaten sind vor uns. Ich finde, das ist nicht Mittelmaß, sondern ein richtig gutes Ergebnis.

Bei der Lesekompetenz hat es viel länger gedauert als in Mathematik, wo wir ja schon beim letzten Vergleich über dem Durchschnitt lagen, aber auch beim Lesen sind wir jetzt deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Vor uns liegen von den europäischen Ländern noch Finnland, Irland, Polen und Estland. Aber das sollte uns Ansporn sein.

Ganz wichtig dabei ist: Wenn Sie sich diese Untersuchung anschauen, werden Sie feststellen, dass der Anteil der schwachen Schüler zurückgegangen ist, also die Zahl derjenigen, die in der niedrigsten Kompetenzstufe sind, ist geringer geworden. Im Lesen sind es acht Punkte

weniger; in Mathematik etwas weniger, noch nicht ausreichend. Man muss allerdings dazusagen, dass nicht nur weniger Schüler in der niedrigsten Kompetenzstufe sind, sondern dass deren Leistungen auch besser geworden sind.

Dafür muss man sich bedanken, und zwar bei ganz vielen. Entscheidend sind natürlich die Lehrerinnen und Lehrer. Aber durch die Tatsache, dass Bildung ein politisches Thema, ein wichtiges Thema geworden ist, haben sich viele Initiativen, viele Lehrer und viele andere um dieses Thema gekümmert und haben an diesem Erfolg Anteil.

Frau Ischinger, die Bildungsdirektorin der OECD, hat Folgendes gesagt – ich lese das einmal vor –: Deutschland hat „eine ziemlich einmalige Entwicklung unter den PISA-Teilnehmern. Natürlich gibt es noch andere Länder, die heute besser dastehen als im ersten Test. Länder aber, die bei jedem Durchgang und in jedem Testfeld den Vorwärtsgang eingelegt haben, müssen Sie suchen.“

Das Entscheidende für Deutschland ist die Kontinuität. Es sind kleine Schritte, die aber beharrlich nach oben führen. Ich glaube, das ist der Tatsache geschuldet, dass wir 2000 in der KMK sofort ein Punkteprogramm aufgelegt haben. Es wurden vor allen Dingen Bildungsstandards entwickelt. Die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin haben zudem auf dem Bildungsgipfel 2008 gemeinsame Ziele und gemeinsame Maßnahmen verabredet. Das alles ist ganz entscheidend für diesen Erfolg.

2001, als die PISA-Ergebnisse vorlagen, war das Allerschlimmste nicht, dass wir in Mathematik oder Lesen nicht Weltmeister waren, sondern, dass es bei uns, anders als in vielen Ländern, die an diesem Test teilgenommen haben, eine stärkere Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft gab. Annette Schavan und ich waren damals zusammen in der KMK. Wir wissen, dass uns dieses Problem am meisten

bewegt hat. Hierzu kann man jetzt sagen: Die aktuelle PISA-Studie zeigt, dass es natürlich noch immer einen solchen Einfluss auf die Schulleistung gibt – wir haben noch viel zu tun –; dieser Einfluss hat aber abgenommen. In diesem Bereich sind wir jetzt im Mittelfeld. Das kann uns noch nicht zufriedenstellen, aber auch dort gibt es eine eindeutige Bewegung.

Wenn man sich das genauer anschaut, dann sieht man: Jugendliche, die aus Familien mit einem sozioökonomisch schwierigen Hintergrund stammen, konnten sich bemerkenswert verbessern. Das sieht man auch daran, wer auf ein Gymnasium geht. Der Kreis derer, die aus diesen Schichten auf ein Gymnasium gehen, ist sehr viel größer geworden.

Ich finde es allerdings altmodisch, immer nur auf das Gymnasium zu schauen. Wozu sorgen wir denn für Durchlässigkeit? Wozu ermöglichen wir denn das Studieren mit beruflicher Qualifikation, ohne Abitur?

Das tun wir auch deshalb, weil gerade Kinder aus solchen Elternhäusern eher gedrängt werden, einen Beruf zu erlernen und nicht auf ein Gymnasium zu gehen. Diese sollen entsprechende Chancen haben. Also muss man die Verläufe der Biografien insgesamt betrachten und nicht nur auf den Punkt Gymnasium schauen; aber selbst dort hat sich die Situation deutlich verändert.

Auch der Abstand zwischen Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund ist kleiner geworden; er ist aber noch immer viel zu groß. Bei den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund hat sich der Rückstand bei den Leistungen seit 2000 um fast anderthalb Schuljahre verbessert. Das reicht noch nicht, aber auch auf diese Verbesserung sollte man stolz sein, Herr Mutlu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur drei Ländern – Deutschland, Mexiko und der Türkei – ist es seit 2000 gelungen, einerseits ihre Leistungen zu verbessern und andererseits den Einfluss der sozialen Herkunft zurückzudrängen. Um die Leistung, die wir vollbracht haben, noch einmal deutlich zu machen: Dies ist nur drei Ländern gelungen, und dazu gehört Deutschland.

Was bedeutet das für die Zukunft? Dass wir jetzt gut dastehen und uns in den vergangenen Jahren Schritt für Schritt vorwärtsentwickelt haben, ist überhaupt keine Garantie dafür, dass das so bleibt. Schauen Sie sich einmal Länder wie Schweden, Island und Frankreich an. Diese lagen beim PISA-Test 2003 im Bereich Mathematik über dem Durchschnitt und liegen jetzt unter dem Durchschnitt. Das heißt, es gibt überhaupt keine Garantie –

jetzt freut man sich natürlich über den Erfolg; das ist auch ein Motivations-schub für alle Beteiligten –, sondern es ist wichtig, dass man weiß, dass in den kommenden Jahren weitere Anstrengungen notwendig sind.

Ich will einen wichtigen Punkt nennen: Die Gruppe der schwächeren Schüler ist zwar kleiner geworden und zeigt nun bessere Leistungen, aber in der Spitzengruppe gibt es wenig Bewegung. Deswegen müssen wir uns jetzt auch mehr um die Leistungsstarken kümmern. Damit können wir international noch mehr punkten.

Wir haben den Ländern vonseiten des Bundes im Rahmen der Kultusministerkonferenz ein Angebot gemacht und gesagt: Wir sind bereit, Geld in die Hand zu nehmen und ein gemeinsames Programm zur Förderung leistungsstarker Schüler aufzulegen. Die Kultusministerkonferenz hatte noch keine Zeit und will sich im Sommer damit beschäftigen. Ich hoffe, dass wir dann zu einer gemeinsamen Initiative in diesem Bereich kommen; denn wir müssen die Schwächeren stärken, aber eben auch die Spitzengruppe noch mehr fördern.

Ich höre immer wieder den Vorwurf, im Koalitionsvertrag sei das Thema Bildung nicht klar genug formuliert. 23 Milliarden Euro werden in dieser Legislaturperiode zusätzlich ausgegeben, hart umkämpft von den Vertretern aus den Bereichen Verkehr und Infrastruktur. Von diesen 23 Milliarden Euro fließen 9 Milliarden Euro in den Bereich Bildung und Wissenschaft. Das ist eine eindeutige Priorität. Auch haben wir deutlich gemacht: 5 Milliarden Euro werden dafür eingesetzt, die Länder zu entlasten, damit sie mehr Geld für Schulen und anderes zur Verfügung haben. – Doch, Entlastung der Länder heißt, dass sie mehr Spielräume haben.

**Wir liegen bei den Naturwissenschaften, Mathematik und Lesen jetzt über dem OECD-Durchschnitt.**

**Auch der Abstand zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund ist kleiner geworden.**



Ich kann es wirklich nicht mehr hören, wenn immer gesagt wird: Die Länder haben kein Geld; das muss der Bund machen. – Schauen Sie sich doch einmal das PwC-Ranking der Finanzen der einzelnen Bundesländer und des Bundes an. Am schlechtesten stehen wir als Bund da, und für uns gilt die Schuldenbremse viel eher als für die Länder.

Frau Hein, Ihre Partei ist doch in Brandenburg mit an der Regierung. Brandenburg tilgt jetzt seine Schulden. Warum kann nicht mehr Geld für die Schulen ausgegeben werden?

Warum wird gesagt: „Wir haben kein Geld“?

Man muss die Prioritäten eindeutig setzen.

Noch ganz kurz: Wir wollen diesen Prozess weiterhin unterstützen, und zwar im Rahmen der Kompetenzen des Bundes und der Spielräume, die er hat. Die halbe Milliarde Euro für die Qualitätsoffensive Lehrerbildung ist ganz wichtig; denn wir wussten immer, dass Lehrer ganz entscheidend für den Bildungserfolg sind. Durch die weltweite Hattie-Untersuchung wurde uns das empirisch bestätigt.

Mithilfe dieser Mittel kann man in der Lehrerbildung das Thema Inklusion und vieles andere, was sich bis jetzt noch nicht so stark wiederfindet, implementieren. Das kann man jetzt machen. Das ist also ein ganz wichtiger Punkt.

Viele Programme wurden in der Vergangenheit begonnen, aber deren Erfolge haben sich in der aktuellen PISA-Untersuchung noch nicht gezeigt, etwa die des Programms „Lesestart“ und die der Sprachförderung. Die Folgen dieser Programme werden erst in einigen

Jahren wirksam werden. Ich glaube, dass der Bund an dieser Stelle Entscheidendes leistet, auch zur Entlastung der Länder.

Ich komme zu dem Thema Ausbildungsreife und zur Leistung von Berufsanfängern. Dazu nur ein Satz: Eine McKinsey-Studie hat gezeigt, dass die Unternehmen mit den Auszubildenden unzufrieden sind. Aber im Vergleich mit den anderen untersuchten Staaten liegt Deutschland, was die Zufriedenheit mit den Auszubildenden betrifft, auf dem zweiten Platz. Auch das ist nicht ausrei-

chend. Ich finde, man muss kritisch sehen: Was ist noch nicht in Ordnung? Aber man muss auch in der Lage sein, das anzuerkennen, was man gut gemacht hat. Wenn man sich richtig darüber freut, dann ist das, glaube ich, ein Schub, um in den nächsten Jahren noch mehr in diesem Bereich zu erreichen, sodass wir bei der nächsten PISA-Untersuchung in drei Jahren noch ein Stück besser sein werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Azize Tank, DIE LINKE:

## Wir brauchen eine Bildungsrevolution



Azize Tank (\*1950)  
Landesliste Berlin

Ich finde es gut, dass ich als Migrantin, die vor 40 Jahren als sogenannte Gastarbeiterin nach Deutschland kam, heute hier stehe.

Ich weiß aus ganz persönlichem Erleben, wie wichtig Bildung und Ausbildung sind.

Ich möchte auf Befunde der aktuellen PISA-Studie eingehen und dabei einen besonderen Blick auf die Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungshintergrund werfen.

Schauen wir uns zunächst die positiven Entwicklungen an. Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungshintergrund erreichen höhere Mathematikkompetenzen als vor zehn Jahren. Das ist eine erfreuliche Entwicklung.



Unterricht in einer Grundschule

60 Prozent der Jugendlichen der zweiten Generation, also derjenigen, die bereits in Deutschland geboren wurden, sprechen zu Hause deutsch. Das Bildungsniveau der Eltern dieser Jugendlichen ist ebenfalls deutlich gestiegen. Wir sehen also, dass Migrantinnen und Migranten selbst einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung ihrer Bildungschancen leisten wollen und können.

Trotzdem: Die Autoren der PISA-Studie kommen erneut zu dem Schluss, dass Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungshintergrund im Vergleich zu ihren Mitschülerinnen und Mitschülern nach wie vor besonders benachteiligt sind. Für diejenigen, die es nicht verstehen können oder wollen: PISA zeigt auf, dass die Ursachen soziale Ungleichheiten sind und die Bildungserfolge in Deutschland davon abhängen, ob die Eltern reich oder arm, Akademiker oder Arbeiter sind. Ich finde das unerträglich.

Das ist eine Schande für ein Land, das eine Bildungsrepublik sein möchte.

Deshalb wollen wir Linken Gemeinschaftsschulen, in denen alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft gemeinsam und zugleich individuell lernen.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse der Berliner Gemeinschaftsschulen machen deutlich, dass dieser Weg erfolgreich für alle Kinder ist. Meine persönliche Erfahrung ist: Die Tragfähigkeit einer Brücke wird nicht an der Stärke des dicksten Pfeilers gemessen, sondern an der Tragfähigkeit des schwächsten.

Das gilt insbesondere in der Bildungspolitik. Um es mit den Worten des Philosophen Richard David Precht auszudrücken: „Wir brauchen keine weitere Bildungsreform, wir brauchen eine Bildungsrevolution!“

(Beifall bei der LINKEN)

Hubertus Heil, SPD:

## Der PISA-Schock war ein heilsamer Schock



Hubertus Heil (\*1972)  
Wahlkreis Gifhorn – Peine

Der PISA-Schock aus dem Jahr 2000 war – das ist heute verschiedentlich deutlich gemacht worden – offensichtlich ein heilsamer Schock. Denn es hat sich in den letzten zwölf Jahren viel bewegt, wenn auch – das muss man sagen – Menschen wie ich, die ein bisschen ungeduldiger sind, sich manchmal darüber wundern, wie lange vieles braucht. Aber ein Bildungssystem umzusteuern, das ausweislich der Befunde der PISA-Studie im Jahr 2000 offensichtlich in einer schweren Krise war, dauert. Dafür ist vielen zu danken: Erzieherinnen und Erziehern – das ist passiert – wie auch Lehrerinnen und Lehrern.

Ich möchte aber ausdrücklich auch den Kommunen und den Bundesländern danken, die sich an die Arbeit gemacht haben. Natürlich sind die Erfolge der letzten zwölf Jahre nicht vom Himmel gefallen. Auch der Bund hat sich beteiligt, zum Beispiel – weil das bisher noch keine Erwähnung fand, Frau Wanka – mit einem 4 Milliarden Euro schweren Ganztagschulprogramm. Dazu sage ich den Kollegen vom Bündnis 90/Die Grünen: Das waren wir gemeinsam. Darüber könnt ihr euch durchaus freuen.

Ich glaube aber, der wichtigste Befund ist – das ist in einigen Reden

heute deutlich geworden –, dass die PISA-Debatte in den letzten zwölf Jahren auch zu einer Entideologisierung in der bildungspolitischen Debatte geführt hat. Auch das war heute spürbar.

Ich erinnere mich an westdeutsche Debatten in den 70er- und 80er-Jahren über Bildungspolitik in Deutschland, Frau Wanka. Um es etwas zu karikieren: Konservative haben damals immer gesagt: „Leistung und Elite sind wichtig“, Sozialdemokraten haben gesagt: „Chancengleichheit ist wichtig.“ PISA hat uns gelehrt, dass Chancengleichheit und Leistungsstärke keine Gegensätze sind, sondern wechselseitige Bedingung.

Wir brauchen einen breiten Zugang zu Bildungschancen in diesem Land, damit Spitzenleistungen möglich werden, ähnlich wie im Sport: ohne Breitensport kein Spitzensport.

Oder wie bei Pyramiden: ohne Breite keine Spitze. Das ist das Wichtigste, meine Damen und Herren.

Die Konsequenzen daraus sind, dass sich in Deutschland herumgesprochen hat, dass die frühe und individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen, verbunden mit längerem gemeinsamen Lernen, der Schlüssel dazu ist, die Bildungschancen in diesem Land zu verbessern und auch die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems nach vorne zu bringen.

Deshalb, Frau Wanka, habe ich mich zunächst einmal über Ihre Rede gefreut. Wir wünschen Ihnen in diesem Amt in der gemeinsamen Zusammenarbeit alles erdenklich Gute, auch im Interesse der Bildungsrepublik Deutschland, die wir erst werden müssen. Aber ich füge hinzu, dass wir uns vor allen Dingen darüber freuen, dass wir mit Ihnen und Ihrer Kompetenz in Verbindung mit

anderen Kolleginnen im Bundeskabinett, zum Beispiel mit der Kollegin Manuela Schwesig, die im Wesentlichen auch Verantwortung für den Bereich der frühkindlichen Förderung trägt, mit der Kollegin Aydan Özoguz, die als Integrationsbeauftragte der Bundesregierung ihren Beitrag leisten wird, und mit Andrea Nahles als Bundesarbeits- und -sozialministerin, die für den Bereich Weiterbildung und Qualifizierung auch eine wichtige Verantwortung trägt, ein starkes Team von Frauen in dieser Großen Koalition haben, die wir als Regierungsfraktion unterstützen wollen.

Wir müssen die Bildungschancen im gesamten Lebensverlauf nutzen, von der frühen Förderung über den schulischen Bereich, für den die Länder Hauptverantwortung tragen – diese werden wir als Bund unterstützen –, und die berufliche Bildung bis hin zu Hochschulbildung und Weiterbildung. Wir müssen den Geist von PISA begreifen und lebensbegleitendes Lernen im Blick haben.

Um es konkret zu machen: Wir haben uns vorgenommen – wie Sie wissen, hätten wir uns mehr vorstellen können, was die Ausstattung betrifft –, mehr in Bildung zu investieren. Wir werden darüber zu diskutieren haben, wie wir den Koalitionsvertrag umzusetzen und die Verteilung vorzunehmen haben. Natürlich ist der Krippenausbau nicht nur hinsichtlich der Quantität, sondern auch hinsichtlich der Qualität nach wie vor ein wichtiges Thema. Hier wollen wir die Kommunen unterstützen, das Richtige zu tun. Es wird kein Ganztagschulprogramm im klassischen Sinne wie zu rot-grüner Zeit geben – das bedauer-

**PISA hat uns gelehrt, dass Chancengleichheit und Leistungsstärke keine Gegensätze sind.**

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5: Hubertus Heil (SPD)

re ich; das will ich ganz deutlich sagen –, weil wir es nicht geschafft haben, das Kooperationsverbot insgesamt zu revidieren. Aber wir können, werden und wollen Mittel finden, um Kommunen und Länder beim Ausbau der Ganztagsbetreuung, zum Beispiel bei der Schulsozialarbeit, besser zu unterstützen. Auch da haben wir als Bund Verantwortung.

Wir wollen für eine differenzierte Debatte in diesem Land sorgen.

Ja, wir haben Fortschritte erreicht, nicht nur bei den Leistungen, sondern auch bei der Minderung der sozialen Selektivität. Diese hat nun weniger Einfluss auf die Bildungs- und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen in diesem Land als vor zwölf Jahren. Aber ich sage ganz deutlich: Das ist kein Grund, im Bereich der Bildungspolitik in Deutschland die rosarote Brille aufzusetzen. Nach wie vor entscheiden der Bildungshintergrund und der soziale Hintergrund zu stark über die Bildungs- und Lebenschancen von

Kindern und Jugendlichen in diesem Land.

Damit werden wir uns als Sozialdemokraten nicht abfinden. Wir haben ein anderes Menschenbild.

Es geht im Kern nicht nur um Gerechtigkeit, sondern auch um Freiheit. Es geht um die Frage, ob wir es schaffen, dafür zu sorgen, dass das Leben für die Menschen offen ist, ob jeder in diesem Land eine Chance hat. Wir wollen nicht, dass Herkunft, Geschlecht oder Hautfarbe den Lebensweg bestimmen und die Menschen auf ihre Verhältnisse festnageln. Wir wollen, dass Menschen selbstbestimmt ihren eigenen Lebensweg beschreiten können, dass sie Autor ihres eigenen Lebens sind. Bei Chancengleichheit geht es aber auch um ökonomische Aspekte. Angesichts der demografischen Entwicklung können wir es uns schlicht und ergreifend wirtschaftlich nicht leisten, Kinder und Jugendliche in diesem Land zurückzulassen. Die entscheidende Frage lautet, welches

Menschenbild wir haben und wie wir in dieser Gesellschaft miteinander umgehen. Wir arbeiten daran, dass Selbstbestimmung über Bildungschancen möglich ist.

Der große liberale Arzt Rudolf Virchow hat einmal den schönen Satz gesagt – er wird ihm zumindest zugeschrieben –, dass Freiheit zwei Töchter habe, nämlich Bildung und Gesundheit. Ich finde, das ist ein schönes Motto für den Umgang mit Kindern und Jugendlichen. Lassen Sie uns daran arbeiten, Frau Ministerin Wanka, dass in diesem Land tatsächlich mehr freie Entfaltung der Persönlichkeit über bessere Bildungschancen ermöglicht wird. Das geht früh los. Wir müssen Eltern besser unterstützen. Wir müssen im Krippenbereich und bei den Kitas noch viel tun. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass die Schnittstellen zwischen den Bildungsinstitutionen, zwischen der frühkindlichen Förderung und den Grundschulen beispielsweise – hier hat sich schon

viel getan –, besser werden. Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam Lehrerinnen und Lehrern den Rücken stärken. Die Lehrerbildung hat sich bereits verändert, muss sich aber weiter verändern. Wir brauchen Ganztagsangebote einschließlich Schulsozialarbeit in diesem Land. Wir müssen uns endlich wieder bewusst werden, welchen Stellenwert die berufliche Erstausbildung im dualen System in diesem Land hat. Das ist jahrelang nicht ausreichend gewürdigt worden.

Wir haben Fortschritte bei der Durchlässigkeit zum Hochschulstudium zugunsten derjenigen erzielt, die nicht die allgemeine Hochschulreife erlangt haben; das ist keine Frage. Aber auch hier können wir noch mehr tun. Wir müssen darüber reden, wie wir ein berufsbegleitendes Studium ermöglichen können. Wir dürfen das Wort „Weiterbildung“ nicht nur im Munde führen, sondern müssen sie auch institutionalisieren und dabei die

verschiedenen Partner finanziell unterstützen.

Beim Thema Weiterbildung gilt in Deutschland gewissermaßen das NATO-Prinzip. Das hat nichts mit Sicherheitspolitik zu tun, sondern NATO steht hier für No Action, Talk Only. Wir sprechen unglaublich viel über Weiterbildung. Aber in diesem Land ist zu wenig passiert. Jeder spricht von lebensbegleitendem Lernen. Aber weder die Kultur noch die Institutionen noch die Finanzierung der Weiterbildung in diesem Land sind auskömmlich. Da kann man eine ganze Menge mehr tun.

Wir werden in diesen nächsten vier Jahren einiges nach vorne bewegen. Ich bin mir sicher, dass wir am Ende dieser Legislaturperiode feststellen können, dass wir auf dem Weg, den wir seit 2000 eingeschlagen haben, ein gutes Stück vorangekommen sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Katja Dörner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Das Kooperationsverbot ist ein Irrtum



Katja Dörner (\*1976)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Lieber Hubertus Heil, das waren jetzt viele gut klingende Ankündigungen, aber nichtsdestotrotz gibt der Koalitionsvertrag der Großen Koalition das nicht her, was Sie hier alles ausgeführt haben. Ich weiß, dass Sie immer etwas empfindlich reagieren, aber Sie müssen damit leben, dass wir Sie auch damit konfrontieren, was Sie vor der Wahl gesagt haben, was jetzt tatsächlich im Koalitionsvertrag steht und was wir in den nächsten Jahren eben gerade nicht erwarten können.

Nichtsdestotrotz konnte man in den bisherigen Debattenbeiträgen sehr wohl einen gemeinsamen Tenor erkennen. Die PISA-Ergebnisse spiegeln eine gute Tendenz wider, es geht aufwärts. Selbstverständlich geht dafür unser Dank an die vielen Hunderttausend Lehrerinnen und Lehrer, die in ganz Deutschland, oft unter gar nicht so einfachen Bedingun-

gen, einen Superjob machen. Vielen Dank an diese engagierten Menschen in unserem Land!

Aber es gab auch den gemeinsamen Tenor, dass wir vor sehr großen Herausforderungen stehen. Wenn man sich jetzt anschaut, was die unlängst abgewählte schwarz-gelbe Bundesregierung zu den Verbesserungen, die bei PISA festgestellt werden konnten, beigetragen hat, dann muss man sagen: Sie hat sehr wenig, sie hat quasi nichts beigetragen; und das nicht einmal, weil sie nicht gewollt hätte. Ob sie gewollt hätte, kann man vielleicht bezweifeln, aber nicht mit Sicherheit sagen; denn sie hat zu dieser Leistungsverbesserung gar nichts beitragen dürfen. Das ist ein absolut absurder Zustand, und der nennt sich Kooperationsverbot.

Im Wahlprogramm der SPD steht der Satz: „Mit dem Kooperationsverbot in der Bildung ist die Politik einen Irrweg gegangen.“

Das stimmt. Der Bund hat sich völlig ohne Not die Hände gefesselt, und es wäre einfach dringend an der Zeit, diesen zentralen Fehler zu korrigieren.

Es kommt nicht von ungefähr, dass Hubertus Heil eben das rot-grüne Ganztagschulprogramm hier als eine richtige Weichenstellung zur Verbesserung der schulischen Bildung in Deutschland angeführt hat. Aber ein solches Ganztagschulprogramm wäre heute aufgrund des Ko-

operationsverbotes überhaupt nicht mehr möglich. Das ist doch absurd.

Die Große Koalition hat offensichtlich nicht vor, diesen Fehler zu korrigieren. Das heißt eben auch, dass die aktuelle Bundesregierung mit diesen überall beschworenen Herausforderungen in der Bildung nichts oder jedenfalls nicht viel zu tun haben wird, weil sie es gar nicht darf. Von der Abschaffung des Kooperationsverbotes ist im Koalitionsvertrag nicht die Rede, und das trotz der riesigen gesellschaftlichen Unterstützung, die diese Forderung hat. Das geht vom BDI über die Lehrgewerkschaften und Sozialverbände bis hin zu den Gewerkschaften. Wo sonst gibt es eine so große Unterstützung für eine notwendige Reform? Hier wird einfach eine riesige Chance durch die Große Koalition vertan, die mit ihrer Mehrheit und natürlich sehr gerne mit unserer Unterstützung ihren Beitrag dafür leisten könnte, dass sich der Bund für den Ausbau der Ganztagschulen, für die Inklusion in den

Schulen, für die kulturelle Bildung und vieles mehr engagieren könnte. Das wäre nämlich dringend nötig.

Frau Ministerin Wanka hat in ihrer Pressekonferenz zur Vorstellung der PISA-Studie das Sinus-Programm, ein Programm zur Verbesse-

rung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts, ausdrücklich als Begründung für das gute Abschneiden Deutschlands in der Mathematik herangezogen. Sinus war unstrittig ein großer Erfolg. Aber was ist mit dem Sinus-Programm passiert? Das Bund-Länder-Programm musste aufgrund des Kooperationsverbotes beendet werden. Auch das zeigt doch, wie absurd dieses Kooperationsverbot ist. Deshalb, Frau Ministerin, lassen wir es auch nicht zu, dass Sie sich mit den PISA-Ergebnissen wie mit fremden Federn schmücken.

Es gibt aber durchaus Grund zur Hoffnung. Ich habe gestern an der Übergabe der Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz an die nordrhein-westfälische Schulministerin Sylvia Löhrmann teilgenommen. Es hat mich sehr gefreut, dass der scheidende Präsident Stephan Dorgerloh, Kultusminister aus Sachsen-Anhalt, auf großer Bühne gesagt hat, dass die Kultusministerkonferenz beim Thema Kooperationsverbot am Ball bleiben will. Das hat er übrigens unter dem Applaus auch der bayerischen Delegation getan. An dieser Stelle besteht also Grund zur Hoffnung.

Herr Dorgerloh hat auch süffisant darauf hingewiesen, im vorherigen Koalitionsvertrag seien die großen Reformen, beispielsweise die der Bundeswehr, gar nicht enthalten gewesen und deshalb solle man Hoffnung haben. Wir sind am Anfang der Legislaturperiode. Man soll den Tag auch nicht vor dem Abend tadeln – so muss man in diesem Fall wohl sagen –; vielleicht erleben wir die erhofften Reformen noch. Aber klar ist, Frau Wanka: Hier müssen Sie als Ministerin, hier

müssen die Kolleginnen und Kollegen von Union und SPD tatsächlich aktiv werden; sonst tut sich nichts.

Ich möchte noch einen letzten Punkt ansprechen. Bei aller vorsichtigen Freude über die PISA-Ergebnisse möchte ich auf eine Entwicklung hinweisen, die wir dringend im Auge behalten müssen, nämlich auf die Entwicklung der mathematischen Kompetenzen der Mädchen. Es ist nicht nur so, dass die Jungen 14 Punkte vor den Mädchen liegen, sondern auch so, dass sich der Abstand zwischen Jungen und Mädchen in den letzten Jahren sogar vergrößert

hat. Das ist in einem Land, das seit über acht Jahren von einer Physikerin regiert wird und eine Diplom-Mathematikerin als Bildungsministerin hat, absolut nicht hinnehmbar. Ich kann die Kultusministerinnen und Kultusminister der Länder nur dringend auffordern, hier eine gründliche Ursachenforschung zu betreiben und die Ärmel hochzukrempeln. Ein Bund-Länder-Programm wäre hier vielleicht genau das Richtige, ist aber absurderweise verboten. Es wird Zeit, dass sich das ändert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Der Bund hat sich völlig ohne Not die Hände gefesselt, und es ist notwendig, den Fehler zu beheben.**

**Die PISA-Ergebnisse spiegeln eine gute Tendenz wider, es geht aufwärts.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Michael Kretschmer (CDU/CSU), Dr. Daniela De Ridder (SPD), Uwe Schummer (CDU/CSU), Dr. Karamba Diaby (SPD), Marcus Weinberg (CDU/CSU), Martin Rabanus (SPD) sowie Dr. Stefan Kaufmann (CDU/CSU).



Debatte über den Jahresbericht 2012 des Wehrbeauftragten / 8. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 16. Januar 2014

Hellmut Königshaus, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages:

## Vereinbarkeit von Familie und Dienst ist Schlüssel zur Zukunft



Hellmut Königshaus (\*1950)  
Wehrbeauftragter

Die Wähler haben Sie – viele von Ihnen erneut – in den Deutschen Bundestag entsandt. Hierzu möchte ich Ihnen als Ihr Wehrbeauftragter zunächst einmal sehr herzlich gratulieren. Ich hoffe, dass meine Mitarbeiter im Amt und ich auch mit diesem Deutschen Bundestag auf eine ebenso enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit bauen können, wie es in der vergangenen Legislaturperiode der Fall war.

Mit der heutigen Debatte schließt der Deutsche Bundestag die Beratung des Jahresberichts für das Jahr 2012 ab. Ich bin dankbar dafür, dass der 18. Deutsche Bundestag nahtlos an die Arbeit des 17. Deutschen Bundestages anknüpft und die Beratung des Jahresberichts 2012 damit zeitnah zum Abschluss bringt.

Nach der Bundestagswahl hat inzwischen eine neue Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen. An der Spitze des Verteidigungsministeriums gab es dabei einen Wechsel. Ich möchte dies zum Anlass nehmen, zunächst einmal dem früheren Verteidigungsminister und jetzigen Innenminister – er ist jetzt nicht da; aber vielleicht kann man ihm das ausrichten –, Herrn Dr. de Maizière, für die Unterstützung meiner Arbeit und die meist auch gute Zusammenarbeit Dank zu sagen.

In diesen Dank möchte ich seine Frau ausdrücklich einschließen, die sich sehr für die Belange der Familien der Verwundeten und die Hinterbliebenen eingesetzt hat und dies, worüber ich mich sehr freue, auch weiterhin tun will. Weil ich gerade Dr. Jung sehe, möchte ich sagen: Auch Frau Jung engagiert sich weiterhin auf diesem Gebiet. Ich finde, das ist ein gutes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement.

Ihnen, Frau Dr. von der Leyen, als Nachfolgerin in diesem Amt möchte ich an dieser Stelle noch einmal

zur Übernahme dieses fordernden und auch verantwortungsvollen Amtes gratulieren. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg für die vor Ihnen liegenden Aufgaben.

Sie können auf meine Unterstützung bauen, und ich hoffe auch auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, das Jahr 2012 war, wie in dem Bericht ausgeführt ist, außer von den Einsätzen vor allem von der Neuausrichtung der Streitkräfte geprägt. Die Neuausrichtung betraf nicht nur die Streitkräfte, auch der zivile Teil der Bundeswehr war davon nachdrücklich betroffen; aber wir unterhalten uns hier jetzt über die Streitkräfte. Zu der Neuausrichtung gehörte insbesondere die Herauslösung der Inspektoren der Teilstreitkräfte und der Organisationsbereiche aus dem Ministerium und ihre truppendienstliche Unterstellung unter den Generalinspekteur. Diese Neuordnung ist inzwischen abgeschlossen. – Ich möchte, weil ich sehe, dass er da ist, diesen Punkt nutzen, um auch dem Generalinspekteur herzlich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu danken.

Daneben wurden die einschneidenden Folgen der Stationierungsentscheidungen für einige der Soldatinnen und Soldaten bereits spürbar. Für den Großteil der betroffenen Soldatinnen und Soldaten aber war das Jahr 2012 noch geprägt durch ein schier endloses Warten auf die Entscheidung über ihre ganz persönliche weitere Verwendung und Perspektive in der Bundeswehr. Dies hat die Stimmung in der Truppe erheblich getrübt, und das wurde übrigens auch im Folgejahr nicht besser; in dem Bericht für das Jahr 2013, den ich in Kürze vorlegen werde, wird darauf noch einmal ausführlich eingegangen werden. Eines sei an dieser Stelle schon gesagt: Nachhaltig sind die derzeitigen Strukturen, insbesondere die Strukturen für die internationalen Aufgaben und Verpflichtungen, aus meiner Sicht immer noch nicht.

Damit komme ich zu den Einsätzen. Vielleicht etwas Positives vorab: Bei der über viele Jahre auch von mir gerügten Ausstattung der Einsatzkontingente und der persönlichen Ausrüstung der Soldatinnen und Soldaten im Einsatz hat es in den vergangenen Jahren deutliche Ver-

besserungen gegeben; sie ist inzwischen auf einem guten Niveau. Ungeachtet dessen gilt es – gerade in der im vergangenen Jahr eingeleiteten Phase der deutlichen Reduzierung der deutschen ISAF-Kräfte –, dem Schutz und der Sicherheit höchste Aufmerksamkeit zu widmen. Die Entwicklung der Sicherheitslage gibt dazu, wie Sie wissen, auch Anlass.

Die Reduzierung des deutschen Engagements im Rahmen von ISAF wird der Truppe hoffentlich eine kleinere Atempause verschaffen. Doch sind der Bundeswehr insbesondere im vergangenen Jahr wieder neue Aufgaben zugewachsen; ich nenne nur die Einsatzorte Dakar, Koulikoro, Kahrmanmaras und Trabzon. Mögliche weitere Einsätze, insbesondere in Afrika, zeichnen sich bereits ab. Jeder dieser Einsätze stellt ganz besondere Anforderungen an die Truppe

### Der Bundeswehr sind im vergangenen Jahr wieder neue Aufgaben zugewachsen.

und verlangt den Transport von Material und Personal über weite Distanzen in unterschiedlichste Klimazonen. Eine nachhaltige Entlastung der Truppe im Bereich der Einsätze ist damit allemal nicht zu erwarten. Im Gegenteil, die Bundeswehr wird ihre Struktur nach meiner Einschätzung zumindest im Bereich von Spezialverwendungen den Anforderungen der Einsätze noch einmal anpassen müssen – oder aber es werden Art und Umfang der Einsätze begrenzt werden müssen.

Frau Ministerin, ich würde mir auch wünschen, dass bei unseren Angeboten an die internationale Gemeinschaft ein wenig mehr Aufmerksamkeit als bisher auf die Begrenztheit unserer Mittel gelenkt werden könnte. Bei dem geradezu routinemäßig gegebenen Angebot von Lufttransportkapazitäten wird nach meinem Eindruck nicht berücksichtigt, wie gering unsere Reserven in diesem Bereich bereits für den Regelbetrieb sind. Das belastet das Personal wirklich sehr.

Meine Damen und Herren, die größte Herausforderung für die Zukunft der Bundeswehr ist die Frage nach der Attraktivität des Dienstes in den Streitkräften. Ein wichtiger Faktor dabei ist immer die Bezahlung des Dienstes – das ist klar –; aber zumindest gleichrangig daneben stehen die Fürsorge des Dienstherren für unsere Soldatinnen und Soldaten und die Vereinbarkeit von Familie und Dienst. Sie sind der Schlüs-

sel zur Attraktivität des Dienstes in den Streitkräften. Ich bin fest davon überzeugt: Das ist auch die Schlüsselfrage für die Zukunftsfähigkeit unserer Streitkräfte; denn wenn man keinen Nachwuchs gewinnen kann, weil man nicht attraktiv ist, wird man irgendwann keine Streitkräfte mehr haben.

Ich freue mich sehr, dass Sie, Frau Ministerin, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Dienst und Familie so nachdrücklich zu einem Schwerpunkt Ihrer Arbeit machen wollen.

Die bisherigen Bemühungen in diesem Bereich – das weist auch der Jahresbericht 2012 aus – waren von dem Bemühen geprägt, die vorhandenen Instrumentarien auszu-schöpfen und zu optimieren. Das reicht aber für die Bewältigung zum Beispiel der Pendlerproblematik, für eine bessere Kinderbetreuung oder für die Reduzierung von Versetzungen und Kommandierungen nicht aus.

Der Deutsche Bundestag, insbesondere der Verteidigungs- und auch der Haushaltsausschuss – dafür bin ich sehr dankbar –, hat in der Vergangenheit die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes der Soldatinnen und Soldaten im Einsatz, aber auch die gebotene Fürsorge immer unterstützt und gefördert. Ich bin sicher, dass auch Sie, die Abgeordneten des 18. Deutschen Bundestages, so verfahren werden, auch und gerade auf dem Gebiet der Fürsorge und der Vereinbarkeit von Familie und Dienst.

Das wird sicher Geld kosten. Ob das auf Dauer wirklich aus dem laufenden Budget zu stemmen ist, da habe ich meine Zweifel. Vorhin ist Herr Kampeter ganz besorgt herbeigeeilt.

Ich muss sagen: Ja, es ist in der Tat so, dass wir nicht umhinkommen werden, anzuerkennen: Das ist eine soziale Aufgabe. – Ich möchte an dieser Stelle anmerken: Im Jahr 1990 betrug das Verhältnis zwischen Verteidigungsetat und Sozialetat 1 zu 1,3. Heute beträgt das Verhältnis etwa 1 zu 3. Das bedeutet, dass wir die gesellschaftliche Entwicklung im Bereich des Sozialen, die ich sehr begrüße, in der Bundeswehr nachholen müssen. Aus diesem Grunde werde ich Vorschläge machen, was konkret

in diesem Bereich getan werden kann. Das wird im Bericht für das Jahr 2013 nachzulesen sein.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir an dieser Stelle, dass ich abschließend allen unseren Soldatinnen und Soldaten, natürlich insbesondere denjenigen im Einsatz, und ihren Familien danke, dass sie im Auftrag dieses Hohen Hauses so vielfältige Belastungen für unser Land auf sich nehmen.

Dank und Anerkennung – ich glaube, das gehört rückblickend noch angemerkt – verdienen auch die vielen Tausend Soldatinnen und Soldaten, die während der Hochwasserkatastrophe des vergangenen Jahres in so vorbildlicher Weise und unter Zurückstellung auch persönlicher Belange Hilfe geleistet haben.

Natürlich danke ich auch all meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die gerade im vergangenen Jahr und derzeit eine besonders hohe Arbeitsbelastung hinnehmen mussten und müssen, und all denen, die im Ministerium an Aufgaben zum Wohle der Soldatinnen und Soldaten arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

### Nachhaltig sind die derzeitigen Strukturen für die internationalen Aufgaben immer noch nicht.



Der Amtssitz des Wehrbeauftragten des Bundestages in Berlin



Dr. Ursula von der Leyen, CDU/CSU, Bundesministerin der Verteidigung:

## Es wird keine Reform der Reform geben



Ursula von der Leyen (\*1958)  
Bundesministerin

Herr Königshaus, auch ich möchte Ihnen und vor allen Dingen auch Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zunächst einmal von Herzen danken: für das große Engagement, die Kraft und die Entschlossenheit, mit der Sie sich immer wieder für unsere Bundeswehr und ihre Soldatinnen und Soldaten einsetzen – und das jetzt schon seit vier Jahren. Vielen Dank von dieser Stelle aus.

Wir haben in der vergangenen Woche im Rahmen Ihres Antrittsbesuches miteinander gesprochen. Es war Ihr dritter Antrittsbesuch bei einem Minister – in diesem Falle bei einer Ministerin. Ich will es einmal so sagen: Ebenso viel Erfahrung wie mit unterschiedlichen Ministern haben Sie inzwischen auch mit der Bundeswehr und mit den Sorgen und Nöten der Soldatinnen und Soldaten.

In Ihrem Bericht ist mir aufgefallen, dass Sie ganz klar sind: Wenn es etwas zu kritisieren gibt, dann kritisieren Sie konsequent, aber Sie haben nicht nur Verbesserungsvorschläge, für die ich danke, sondern Sie erkennen auch Bemühungen an, wenn sich etwas verbessert hat – in diesem Falle in dem Ministerium –; denn in Ihrem Jahresbericht 2012 zeigen Sie zwar einerseits Mängel auf, verschweigen aber andererseits eben auch nicht, dass es zum Beispiel bei der Versorgung unserer Verwundeten auch Verbesserungen gegeben hat.

Diese klare Haltung, diesen konstruktiven Ansatz begrüße ich ausdrücklich. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit, Herr Königshaus, gerade zum Wohle der Bundeswehr und der Soldatinnen und Soldaten.

Meine Damen und Herren, ich möchte da ansetzen, wo wir heute stehen, und nach vorne schauen. In der Tat: Alleine im vergangenen Jahr

hat sich die Situation der Bundeswehr massiv verändert. Die Neuausrichtung ist weiter vorangeschritten. Wir sind nicht mehr am Beginn der Neuausrichtung, sondern mittendrin.

Mein Vorgänger im Amt, Thomas de Maizière, hat der Neuausrichtung Ordnung und Struktur gegeben. Er hat das mit einer enormen Bravour, mit Präzision und mit ganz viel Herz getan. Ich möchte an dieser Stelle auch dafür danken; denn ich weiß, dass ich auf dieser fantastischen Arbeit aufbauen kann. Danke an Thomas de Maizière für das, was er in Bezug auf die Neuausrichtung geleistet hat.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass ich an den grundlegenden Entscheidungen festhalte. Es wird keine Reform der Reform geben. Die Reform ist gut. Die Angehörigen der Bundeswehr und ihre Familien müssen Planbarkeit und Verlässlichkeit haben, sodass sie wissen, in welchen Strukturen sie arbeiten.

Selbstverständlich wollen wir eine lernende Organisation bleiben. Das muss ein selbstverständlicher Anspruch sein, auch weil sich die Lage

um uns herum immer wieder verändert. Es verändert sich die Lage der Bundeswehr innerhalb der NATO und der EU. Nach der Finanzkrise und inmitten der Euro-Krise, die ein wenig abklingt, aber noch

lange nicht durchschritten ist, erleben wir jetzt eine europäische Haushaltskonsolidierung, und wir müssen uns ehrlich machen – Sie haben es angesprochen, Herr Königshaus –, wenn es darum geht, wie wir unsere Fähigkeiten bei sinkenden Verteidigungsbudgets erhalten können.

Deutschland hat zum Beispiel als Vorschlag das Konzept der „Rahmennationen“ in die Diskussion eingebracht, um den Anspruch von Pooling, Sharing und Smart Defence, also verschiedener Konzepte, die diese Thematik aufgreifen, auf die tatsächlich vorhandenen Fähigkeiten – es geht auch darum, wie wir das dann in der Praxis und in der Realität machen – abstimmen zu können. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz und bei den NATO- und den EU-Treffen im Laufe des Jahres werden wir sicherlich darüber diskutieren und dem auch stärker Form geben.

Die internationale Lage hat sich im letzten Jahr verändert. Wie unter dem Brennglas kann man sich hier vor allem Afghanistan ansehen. Wir werden die Frage beantworten müs-

sen: Wie geht es nach dem Abzug der ISAF-Truppen aus Afghanistan weiter? Der Kampfeinsatz endet 2014. Das ist ganz klar; das weiß auch die afghanische Bevölkerung. Aber wird es danach zu einer Ausbildungs- und Trainingsmission kommen können? Ich persönlich bin davon überzeugt, dass der ISAF-Einsatz in Afghanistan im Rückblick auch daran gemessen und bewertet wird, wie wir aus dem Land herausgehen und ob es gelingt, das Erreichte nachhaltig zu stabilisieren und die Verantwortung tatsächlich so in die Hände der Afghanen zu übergeben, dass sie das dann auch weiterführen können.

Unser Kernauftrag ist die Verteidigung, aber dass wir diesen Auftrag inzwischen global interpretieren, bedarf gerade vor dem Hintergrund unserer Geschichte immer wieder der Begründung. Die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen – das wollen wir –, bedarf der Begründung. Auch diesen Fragen möchte ich mich stellen. Die Antwort auf diese Sinnfragen ist für einen Soldaten oder eine Soldatin mindestens ebenso wichtig wie optimale Ausrüstung oder wie eine gute Vereinbarkeit von Dienst und Familie. Dazwischen besteht kein Widerspruch, sondern alles drei ist meines Erachtens wichtig.

Es verändert sich auch die Lage im Inland. Das Stichwort „demografischer Wandel“ fiel bereits: Das ist der Treiber der Veränderung. Mir ist völlig klar: Soldat oder Soldatin zu sein, ist kein Beruf wie jeder andere. Aber im Grundbetrieb oder bei der Nachwuchsfrage stellen sich diesem Beruf genau dieselben Fragen und Probleme wie allen anderen Berufen in Deutschland auch. Gerade weil wir viel verlangen, weil wir einen besonderen Auftrag haben, müssen die Rahmenbedingungen besser sein.

Mein Ziel ist es, dass die Bundeswehr zu einem der attraktivsten Arbeitgeber in Deutschland wird. Wir müssen besser werden. Dazu müssen wir eine bessere Vereinbarkeit von Dienst und Familie haben. Da gibt es Unterpunkte, wie zum Beispiel eine passgenaue Kinderbetreuung. Wir haben den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz – Gott sei Dank. Aber Fragen der Randzeiten und der Passgenauigkeit vor Ort müssen angesprochen werden. Wir brauchen eine moderne Arbeitszeitregelung. Das muss nicht unbedingt mit mehr Kosten verbunden sein. Präsenz zu erwarten, wenn Arbeit gerade nicht anfällt, ist nicht sinnvoll. Arbeitszeit flexibel einzuteilen, wenn Arbeit anfällt, aber dann auch die notwendigen Regenerationsphasen einzuplanen, ist einfach intelligenter und sinnvoller.

Wir müssen die häufigen Versetzungen, insbesondere wenn keine steile Karriere dahintersteht, ebenfalls noch einmal auf ihre Sinnhaftigkeit überprüfen. Ich bin über die sehr verlässliche Karriereplanung bei den Laufbahnen in der Bundeswehr beeindruckt. Ich stelle mir nur die Fragen: Was ist mit der Laufbahntwicklung, wenn man nicht immer Vollzeit arbeitet und nicht immer präsent ist? Wie ist dann die Förderung der Karriere? Diese Fragen stellen sich uns. Das sind Fragen ganz moderner Unternehmensführung.

Ja, die Bundeswehr hat einen besonderen Auftrag. Aber sie ist auch ein global agierender Konzern. Sie hat im Zielbetrieb round about 250 000 Beschäftigte an 400 Standorten im In- und Ausland. Sie hat ein Luftfahrtunternehmen. Sie hat eine Reederei. Sie hat einen Krankenhausverbund par excellence; das kann ich als Ärztin beurteilen, das ist vom Feinsten. Sie hat ein Logistikunternehmen, das seinesgleichen sucht. Sie hat eine Qualifizierungssparte mit Schulen, mit Ausbildungsbetrieben, mit Akademien und Hochschulen. All das erfordert eine hervorragende Verwaltung. Wir verlangen viel. Deshalb brauchen wir den fähigsten Nachwuchs, und wir brauchen die besten Bedingungen für die, die schon heute bei uns sind.

Die Probleme sind bekannt; das zeigen die Berichte des Wehrbeauftragten und des Bundeswehrverbandes. Der Koalitionsvertrag – dafür danke ich, weil ich diesen Teil nicht mitverhandelt habe, aber Sie,

die Sie dort sitzen, haben ihn mitverhandelt – gibt uns einen klaren Auftrag. Das zeigt auch schon, dass es deutliche Vorarbeiten gibt, sowohl in der Bundeswehr als auch im Parlament, im Ministerium und in den Standorten, auf denen wir aufbauen können. In dieser Woche beginnt eine systematische Bestandsanalyse: Was gibt es schon? Wo ist der Bedarf am größten? Aber wir werden sicherlich gemeinsam Neuland betreten müssen, zum Beispiel in der Frage nach Lebensarbeitszeitkonten.

Die Finanzierung dafür werden wir innerhalb des Einzelplans 14 sicherstellen müssen. Ich hatte vorhin schon darüber gesprochen, dass nicht alles Geld kostet. Man wird Geld in die Hand nehmen müssen, zum Beispiel bei der Kinderbetreuung. Aber die Praxis der fast schon automatischen Versetzungen bringt vor allem Kosten mit sich. Wenn man sie auf ihre Sinnhaftigkeit reduziert, dann ist das nicht eine Frage von mehr Geld. Ich will nicht sagen: von weniger Geld, aber eine Frage von mehr Geld ist es nicht von vornherein.

Es geht um eine zukunftsfähige Bundeswehr im umfassenden Sinne. Heute ging es vorwiegend um die Fragen und die Probleme aus dem Bericht des Wehrbeauftragten. Auch von mir ein Dank an unsere Soldatinnen und Soldaten und ihre Familien für den Dienst, den sie leisten. Es ist gut, lieber Herr Königshaus, Sie auf diesem Weg an unserer Seite zu wissen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Christine Buchholz, DIE LINKE:

## Wir brauchen keine Armee im Einsatz



Christine Buchholz (\*1971)  
Landesliste Hessen

Ehrlich gesagt: Ich bin enttäuscht, Frau von der Leyen. Denn Sie haben nicht über die Probleme der Soldatinnen und Soldaten und über den Bericht des Wehrbeauftragten geredet, sondern Sie haben wieder Überschriften produziert.

2012 war der Frust unter den einfachen Soldaten groß. 2013 war er noch größer, wenn man den Vorabmeldungen zu dem neuen Bericht des Wehrbeauftragten glauben darf, der Ende dieses Monats erscheinen wird. Das ist auch kein Wunder. Herr de Maizière hat es zum Abschied noch einmal deutlich gemacht, als er sagte: „Ziel der Neuausrichtung war es nicht und konnte es nicht sein, die Zufriedenheit der Soldaten und Mitarbeiter zu erhöhen.“ Ziel sei es, den Auftrag der Bundeswehr zu erfüllen. Dieser Auftrag heißt, einsatzbereit zu sein – jederzeit, weltweit. Sie haben das auch noch einmal gesagt, Frau von der Leyen: Kernaufgabe ist es, global handlungsfähig zu sein.

Frau von der Leyen will die Bundeswehr jetzt zum attraktivsten Arbeitgeber machen und stellt die Familienfreundlichkeit ins Zentrum. Dabei macht sie einen Widerspruch auf, der unlösbar ist. Die Bundes-



wehr war noch nie besonders familienfreundlich. Ihre Wandlung zu einer Armee im Einsatz hat das Problem jedoch massiv verschärft. Eine Armee im Einsatz und Familienfreundlichkeit sind unvereinbar.

Ich bitte Sie, genau hinzugucken, statt nur Überschriften zu produzieren und Losungen zu verbreiten. Denn wenn Sie den Bericht lesen, merken Sie, dass Ihre Voraussetzungen falsch sind. Im Bild-Interview haben Sie am Wochenende gesagt, dass bei einem Einsatz wie in Afghanistan der Dienst unbestritten immer Vorrang hat. Ich zitiere Frau von der Leyen: „Doch in der Regel folgen auf vier Monate im Auslandseinsatz 20 Monate daheim.“

Frau Ministerin, im Bericht des Wehrbeauftragten steht das Gegenteil. Sechs Monate oder mehr sind auch beim Heer „eher die Regel als die Ausnahme“, heißt es da. Herr Königshaus hat gestern im Ausschuss ergänzt: 20 Monate Zwischenzeit zwischen den Einsätzen werden durchgängig nicht eingehalten. In manchen Fällen, so der Bericht, werden nicht einmal neun Monate eingehalten. In dem Bericht ist infolgedessen von zerbrochenen Beziehungen und Familien und entwurzelten Soldaten die Rede.

In einzelnen Einheiten liegt die Scheidungsrate laut des vorherigen Jahresberichtes bei bis zu 80 Prozent. Die Armee im Einsatz zerstört Familien in Einsatzgebieten wie in Afghanistan, aber auch hier in Deutschland. Das ist die Realität, Frau von der Leyen.

Verschiedentlich war in den letzten Tagen zu hören, die familiären Belastungen hätten mit den Auslandseinsätzen wenig zu tun. Schließlich befänden sich nur 2,5 Prozent der Soldaten im Einsatz. Herr Königshaus

sagte dazu gestern im Ausschuss: Wenn behauptet wird, dass nur eine Minderheit von der Ausrichtung auf Einsätze betroffen ist, dann ist das falsch. – Ich gebe ihm darin recht. Schließlich werden Soldaten im Rotationsverfahren entsandt. Insgesamt waren bereits 300 000 Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz.

Eine andere unmittelbare Quelle der Unzufriedenheit sind die zahlreichen Standortversetzungen und die dadurch entstehende Pendelei. Tun Sie doch nicht so, als habe das nichts mit dem Umbau der Bundeswehr zur Einsatzarmee zu tun! Die Versetzungswelle war das Ergebnis der Reform, die unter dem offiziellen Motto stand: „Vom Einsatz her denken.“ Alle Entscheidungen wurden dem untergeordnet.

Frau von der Leyen macht immer wieder deutlich, dass sie diese Prämisse teilt. Das hat sie auch heute in ihrer Rede getan. Aber auch sonst sagt sie bei jeder Gelegenheit deutlich: Es wird keine Reform der Reform geben. Das sei eine gute Nachricht für die Bundeswehr; das sei der Erfolg von Herrn de Maizière.

Ministerin von der Leyen hat nun viele Erwartungen geweckt, sie würde an diesem Zustand etwas grundlegend ändern. Aber leider ist das reine Propaganda.

Das Bild, dass die Soldaten sich nach ihrem Einsatz 20 Monate in Deutschland regenerieren könnten, ist aus einem weiteren Grund völlig verfehlt. Es ist doch nicht so, dass die Soldatinnen und Soldaten die Einsatzerfahrung einfach abschütteln.

Je mehr Einsätze die Bundeswehr durchführt, desto mehr junge Menschen kommen seelisch versehrt zurück. Und auch darüber müssen wir sprechen, Frau von der Leyen.

Der Bericht des Wehrbeauftragten greift das auf und spricht von Posttraumatischen Belastungsstörungen, kurz PTBS. Er verlangt, dass die Bundeswehr als Dienstherr auch dann zur Fürsorge verpflichtet ist, wenn die Erkrankung – wie so häufig – erst nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst erkannt wird. Das unterstützen wir. Doch zugleich wird im Bericht der Umgang der Bundeswehr mit dem Problem zu positiv betrachtet. Die Bundeswehr führt Maßnahmen in einem – ich zitiere jetzt den Titel – „Rahmenkonzept zum Erhalt und zur Steigerung der psychischen Fitness von Soldatinnen und Soldaten“ durch. Es geht hier nicht um den Menschen, sondern um seine psychische Fitness für den Einsatz, und das ist zynisch.

Es funktioniert auch nicht; denn das Risiko, zu erkranken, steigt mit jedem Einsatz um das Vierfache. Die Soldatinnen und Soldaten werden verheizt für Interessen, die nicht ihre sind.

Der Afghanistan-Veteran aus Leipzig Enrico H. hat mir erzählt, dass er 2009 gerade einmal drei Tage Nachbereitung nach der bis dato intensivsten Kampfperiode in Deutschland erhielt. Er sagte mir: Erst hat man uns den Krieg schmackhaft gemacht, und jetzt vergisst man uns. – Auch das ist Realität.

Der Afghanistan-Veteran Daniel Lücking sagte – ich zitiere aus seinem Blog –:

Derzeit drückt sich die Bundeswehr um die Verantwortung und profitiert massiv davon, dass sich Traumata und Probleme erst im Zivilleben herausstellen. Die Kosten

dafür tragen die Sozialkassen, nicht aber der Verteidigungsetat.

Dem kann ich nur beipflichten. Um die Diskussion von eben aufzugreifen: Ich hielte es für völlig verfehlt, jetzt den Verteidigungsetat weiter aufzublähen. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, dass die vielen sinnlosen Großprojekte und Einsätze, die unglaublich viel Geld kosten, zurückgefahren werden, damit die wirklichen, wichtigen Sozialkosten gedeckt werden können.

### Die Armee im Einsatz zerstört Familien in Einsatzgebieten, aber auch hier in Deutschland.

Ich möchte noch eine Sache betonen. Im Bericht wird hervorgehoben, dass die Zahl der verwundenen Soldatinnen und Soldaten zurückgegangen ist und dass seit August 2011 kein deutscher Soldat gefallen ist. Darüber

sind auch wir erleichtert. Aber das Bild, Herr Königshaus, das Sie zeichnen, ist falsch. Im Bericht wird von der verbesserten Sicherheitslage in Afghanistan gesprochen. Gerade gestern kam heraus, dass dieser Eindruck lediglich dem Zurückhalten der wahren Zahlen durch das Einsatzführungskommando geschuldet ist. Der Einsatz in Afghanistan fordert immer mehr Tote, unter Zivilisten, unter den afghanischen Sicherheitskräften und unter den Aufständischen. Wenn NATO-Drohnen Frauen, Kinder und Greise zerfetzen, wenn US-Soldaten – wie erst vor einer Woche – einen Fünfjährigen erschießen, dann wird diese NATO als eine verbrecherische Fremdmacht angesehen, und dazu gehört auch die Bundeswehr.

Herr Königshaus streut in seinem Bericht Illusionen, wenn er sagt, dass

die Anschaffung von noch mehr Großgerät eine Lösung für mehr Sicherheit bedeutet. Aber gerade Afghanistan hat in der Vergangenheit gezeigt, dass durch Aufrüstung eine Aufrüstungsspirale auf allen Seiten angeheizt wird. Das lehnen wir ab und können deswegen in letzter Konsequenz dem Bericht nicht zustimmen.

Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Herr Wüstner, hat das Stichwort bereits aufgegriffen und gleich die Einführung von Kampfdrohnen gefordert, die angeblich die Soldaten schützen. Frau von der Leyen und die Bundesregierung drücken sich da um eine klare Aussage herum. Ich will in diesem Zusammenhang klar sagen: Der Einsatz von Spionagedrohnen ist vom Einsatz von Kampfdrohnen im Krieg gegen den Terror nicht zu trennen. Ich sage: Stoppen Sie jegliche Beteiligung am Drohnenkrieg in Afghanistan, Pakistan, Afrika und anderswo!

Wenn Sie etwas für die Familienfreundlichkeit der Bundeswehr und der Gesellschaft tun wollen, dann setzen Sie sich in der Regierung endlich dafür ein, dass die Kommunen mehr Geld bekommen. Eine Unterstützung des Ausbaus einer umfassenden Kinderbetreuung nutzt nicht nur den Soldatinnen und Soldaten, sondern auch allen anderen Berufstätigen, die auf eine zuverlässige und flexible Betreuung ihrer Kinder angewiesen sind. Letztendlich ist die einzige Antwort für mehr Familienfreundlichkeit und Sicherheit der Soldatinnen und Soldaten: Holen Sie die Frauen und Männer endlich zurück! Wir brauchen keine Armee im Einsatz.

(Beifall bei der LINKEN)

Rainer Arnold, SPD:

## 82 Vorschläge zur Steigerung der Attraktivität der Bundeswehr



Rainer Arnold (\*1950)  
Landesliste Baden-Württemberg

Der Jahresbericht des Wehrbeauftragten ist mehr als eine Auflistung der Probleme bei den Streitkräften. Der Bericht

zeigt auch, dass Herrn Königshaus und alle seine Mitarbeiter die Alltagsorgen der Soldaten wirklich bewegen. Wie hartnäckig er Lösungen anmahnt, erleben wir gelegentlich; das haben wir auch heute in seiner Rede wieder gehört. Dafür gebührt Ihnen, Herr Königshaus, und Ihrem ganzen Team unser recht herzlicher Dank.

Allerdings müssen wir auch aufpassen. Wer den Bericht liest oder gar die Berichte in den Medien über den Bericht liest, könnte leicht den Eindruck gewinnen: Bei der Bundeswehr geht alles drunter und drüber, es läuft alles schief, und es ist die Regel, dass achtlos mit der Ressource Mensch umgegangen wird. – Das ist nicht so. Viele Vorgesetzte, die meisten Vorgesetzten, nehmen die persönliche Situation ihrer Untergebe-

nen ernst, suchen Lösungen, wenn Alltagsorgen da sind. Auch dies muss immer wieder in Erinnerung gerufen werden. Die meisten arbeiten gut. Ich denke, allen Soldaten, aber ganz besonders den engagierten, die die Prinzipien der Inneren Führung vorleben, gilt unser herzlicher Dank für das Engagement.

Der Wehrbeauftragte ist der Sensor des Parlaments, und natürlich nehmen wir das ernst, was er uns schreibt; in Klammern möchte ich anfügen: Es ist seine Aufgabe, Sensor zu sein, nicht so sehr, Hinweise zu geben, welche Waffensysteme der Bundestag beschaffen sollte. Aber die Hinweise zum sozialen Gefüge nehmen wir sehr ernst.

Wir sind sehr froh, dass etwas Neues geschehen ist, nämlich dass eine neue Ministerin nicht anfängt,

das, was er aufschreibt, zu relativieren, sondern tatsächlich die Themen aufnimmt. Sie, Frau Ministerin, haben unsere Unterstützung dabei. Sie haben schon gesagt: Es gab Vorarbeiten. – Sie haben in der Tat sofort in die richtige Schublade gegriffen. Dort liegen nämlich 82 Vorschläge zur Steigerung der Attraktivität der Bundeswehr.

Dort lag eine Untersuchung über die Arbeitszeitsituation, die Ihr Vorgänger uns noch nicht zur Verfügung gestellt hat. Dort liegt der Koalitionsvertrag, den Sie ja erwähnt haben. Und es gibt bereits seit dem Jahr 2010 ein Handbuch zur Vereinbarkeit von Familie und Dienst. Dort heißt es sinngemäß: Die Auftragsbefreiung muss natürlich Vorrang haben, aber nicht immer sind dies konkurrierende Ziele. Am Ende würden beide Ziele, Auftragsbefreiung und die Vereinbarkeit von Familie und Dienst, profitieren, wenn es gelingt, für die dienstlichen Erfordernisse und die privaten Interessen Lösungen zu finden, die dann tatsächlich den Belangen der Soldaten Rechnung tragen. Das ist alles schon aufgeschrieben und

wird eigentlich von den Soldaten erwartet.

Damit wird klar: Die Vereinbarkeit von Familie und Dienst ist kein Selbstzweck. Es geht auch nicht nur um Nachwuchswerbung. Es geht um das innere Gefüge bei den Streitkräften. Nur wenn Soldaten in ihrem sozialen Umfeld, in der Familie, aber auch beim bürgerschaftlichen Engagement in ihrer Heimat – im Elternbeirat, in den Vereinen und bei vielen anderen Gelegenheiten mehr – die Zeit finden und Ressourcen haben, die planbar sind, können sie am Ende auch unsere Erwartung erfüllen, Staatsbürger in Uniform zu sein. Deshalb ist dieses Thema ein ganz zentrales für das Gefüge und für das Leben innerhalb und außerhalb der Streitkräfte.

Sie, Frau Ministerin, haben schon darauf hingewiesen: Es ist in der Tat nicht die einzige Herausforderung. Sie haben einige Themen benannt. Wir sind froh, dass wir in der nächsten Sitzungswoche dies alles auch einmal in der Breite diskutieren kön-



Fortsetzung von Seite 9: Rainer Arnold (SPD)

nen. Aber ein Thema führt unmittelbar zur Frage der Vereinbarkeit von Familie und Dienst, nämlich das Thema Reform.

Sie als neue Ministerin sind unbefangen – so habe ich das empfunden – an die Themen herangegangen. Wir wünschen uns sehr, dass Sie das ebenso mit dem Koalitionsauftrag machen, nämlich diese Reform jetzt auch zügig zu evaluieren. Dass Soldaten viel zu häufig sechs Monate im Einsatz sind – und nicht vier Monate –, hat natürlich etwas mit Mängeln dieser Reform zu tun; dass gerade für Schlüsselverwendungen – auch der Wehrbeauftragte hat das angemahnt – zu wenig Personal vorhanden ist, dass viele Soldaten versetzt werden und die Bundeswehr eine wirkliche Pendlerarmee geworden ist, wurde durch die Reform eher verstärkt. Wir haben an der einen oder anderen Stelle auch Standort-schließungen in der Planung, von

denen wir inzwischen merken, dass sie kein Geld sparen werden. Dadurch werden Menschen durch die Republik geschickt, und am Ende wird das Ganze noch mehr kosten. Auch das ist ein Ausfluss dieser Reform. Deshalb sage ich, Frau Ministerin: Wenn es neue Erkenntnisse gibt, sollten wir alle miteinander die Kraft haben, bei der Reform nachzusteuern.

Beantwortet werden muss die Frage, wie die Mittel zur Deckung der Mehrkosten, die die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verursacht, erwirtschaftet werden können. Deshalb muss man bei der Bundeswehrreform noch stärker auf Effizienz achten.

Auch sollten regionale Personalplanungsmodelle endlich zum Tragen gebracht werden. Man muss bereits bei der Einplanung der Soldaten, möglichst schon bei den Einstellungsgesprächen, viel mehr

Gehirnschmalz – das kostet nichts, nur Anstrengung – einsetzen, um den beruflichen Weg, zumindest den von Mannschaftsangehörigen und Unteroffizieren, präziser und verlässlicher zu planen. Dazu gehört auch, dass man eher die interne Werbung um Personal stärkt. Dort ist nämlich viel Kompetenz vorhanden; man kennt diejenigen, die als freiwillig Wehrdienstleistende ins Haus gekommen sind. Ich glaube, das ist ein Ansatz, der uns weiterbringt und durch den Geld gespart wird.

Es wird immer wieder gesagt: Soldat ist ein besonderer Beruf. Das stimmt sehr wohl. Die Ministerin hat aber zu Recht darauf hingewiesen: Das gilt nicht im Alltagsbetrieb. Am Schreibtisch, in der Instandset-

zung, auf dem Flughafen, beim Betrieb des Truppenübungsplatzes, auch wenn Schichtbetrieb notwendig ist, läuft es ähnlich ab wie bei den Berufsfeldern Polizei und Feuerwehr. Dort ist die Auftragserfüllung das Wichtigste. Das entscheidende

### Auch sollten regionale Personalplanungen endlich zum Tragen gebracht werden.

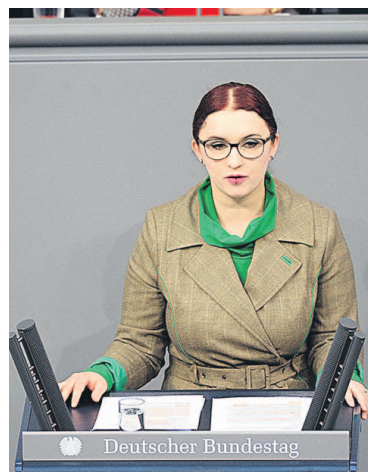
Merkmale dafür, dass Soldat kein Beruf wie jeder andere ist, ist doch, dass man in deutschem Interesse zum Einsatz ins Ausland abkommandiert werden kann und dass man dort mit seinem eigenen Leben für unser Land eintritt; das ist das eigentlich Besondere. Insofern kann man den beruflichen Alltag im Inland durchaus an Regularien in anderen Berufsgruppen orientieren. Da aber die Besonderheit, lange von zu Hause weg zu sein, nicht gefragt zu wer-

den, wenn man versetzt wird, wozu man ins Ausland, und sein Leben einsetzen muss, eine hohe persönliche Verantwortung voraussetzt, ist es gut und richtig, wenn immer wieder deutlich gesagt wird: Die Qualität der Streitkräfte hängt in erster Linie nicht von neuen und teuren Waffensystemen, von Strukturen, von Finanzen ab, sondern davon, ob wir die klugen, die guten jungen Menschen für diesen Beruf interessieren können und sie am Ende zu uns kommen. In allen Berufen hat man die Erfahrung gemacht: Die guten jungen Menschen suchen sich gute Arbeitgeber. Nur wenn es uns gelingt, auch in Zukunft gute junge Menschen für die Bundeswehr zu finden und sie zu halten – auch an dieser Stelle gibt es Probleme –, wird die Bundeswehr so sein, wie wir sie uns vorstellen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Agnieszka Brugger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Die Unzufriedenheit bei den Soldaten ist groß



Agnieszka Brugger (\*1985)  
Landesliste Baden-Württemberg

Auch im Namen meiner Fraktion möchte ich mich bei Ihnen, Herr Wehrbeauftragter Königshaus, und ebenso bei Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Bericht aus dem Jahr 2012 bedanken. Unser Dank gilt auch den vielen Soldaten und Soldatinnen, die sich mit ihren Eingaben an den Wehrbeauftragten gewandt haben. Diese liefern vor allem ein ehrliches und sehr detailliertes Feedback zur Umsetzung der Bundeswehrreform. Das Feedback ist aber nicht wirklich gut. Die Unzufriedenheit bei den Soldatinnen und Soldaten ist groß, und es hapert gewaltig.

Meine Damen und Herren, der Jahresbericht 2012 zeigt: Die Vereinbarkeit von Familie und Dienst ist nach wie vor eine sehr große Baustelle bei der Bundeswehr. Die Hauptkritikpunkte sind die unzureichenden Möglichkeiten für eine Elternzeit, das häufige und belastende Pendeln zwischen Standort und Hei-

mat, aber ebenso das fehlende Betreuungsangebot für Kinder. Zu lange wurde dieses Thema belächelt. Es ist jenseits von Lippenbekenntnissen viel zu wenig passiert, und das ist ein Versäumnis.

Immer wieder haben wir Grüne in den letzten Jahren schnelle und echte Verbesserungen angemahnt und Maßnahmen für eine familienfreundlichere Bundeswehr gefordert. Angesichts des demografischen Wandels und der Herausforderungen bei der Nachwuchsgewinnung müssen wir genau darauf achten, wer sich mit welcher Qualifikation und vor allem mit welcher Motivation für eine Tätigkeit bei der Bundeswehr entscheidet.

Die Umfragen und auch meine zahlreichen Gespräche mit den jungen Männern und Frauen, vor allem mit den freiwillig Wehrdienstleistenden, zeigen mir: Bei der Entscheidung für oder gegen eine Karriere in der Bundeswehr ist die Frage, ob sie mit einer Familie vereinbar ist, ein sehr wichtiges Kriterium. Deshalb begrüßen wir es ausdrücklich, Frau Ministerin von der Leyen, dass Sie die Bedeutung dieses Themas erkannt und es prominent auf die Tagesordnung gesetzt haben. Vonseiten der Opposition sagen wir Ihnen gern zu, Sie tatkräftig dabei zu unterstützen, hier Verbesserungen in Angriff zu nehmen.

Mit dem Anstoß einer Debatte ist es aber natürlich noch lange nicht

getan. Jetzt kommt es darauf an, dass Ihren Ankündigungen auch Taten folgen; denn die Vereinbarkeit von Familie und Dienst ist eben nicht umsonst zu haben.

Zu der Frage, wie Sie Ihre Vorschläge konkret finanzieren wollen, haben wir bisher allerdings nur nebulöse Versprechen gehört, auch heute an dieser Stelle.

Frau Ministerin, Sie müssen nicht nur schnell einen Zeitplan für Ihre Ideen vorlegen, sondern auch konkret aufzeigen, an welchen anderen Stellen dafür im Verteidigungsetat gespart werden soll.

Wir sind sehr gespannt auf Ihre Initiativen hierzu und wollen diese, wie ich schon gesagt habe, unterstützen und konstruktiv begleiten; aber wir werden

auch sehr kritisch hinschauen. Wir werden sehr genau beobachten, welche Realität den schönen Interviewüberschriften folgen wird; denn in der letzten Koalition haben Sie als Arbeitsministerin mit vielversprechenden Ankündigungen immer wieder Erwartungen geweckt, die dann schneller, als man schauen konnte, wieder einkassiert wurden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an die Frauenquote oder an die Lebensleistungsrente erinnern, die am Ende mehr Schein als Sein waren.

So wichtig das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, war ich doch sehr überrascht, dass das bisher der einzige Punkt ist, den Sie

als Verteidigungsministerin offensiv angesprochen haben. In der Sicherheitspolitik gibt es darüber hinaus viele andere unbeantwortete, aber umso drängendere Fragen. Auch da müssen Sie liefern. Was Sie im Interview vom Wochenende dazu gesagt haben, war enttäuschend. Ich finde, auch in Ihrer heutigen Rede, Frau Ministerin, haben Sie mehr Fragen gestellt als Antworten präsentiert.

Wie stellen Sie sich die zukünftigen Aufgaben und Einsätze der Bundeswehr vor? Wie geht es weiter in Afghanistan? Was ist die Reaktion auf die Gewalteskalation in der Zentralafrikanischen Republik oder im

Südsudan? Was sind Ihre Vorschläge für die Reform der desaströsen Beschaffungspolitik? Das Euro-Hawk-Fiasko haben wir alle noch lebhaft in Erinnerung, und die Liste der problembehafteten Beschaffungen ist noch lang.

Frau Ministerin, all das sind Baustellen, die Sie jetzt schnell anpacken müssen, genauso wie die Umsetzung Ihrer Ankündigung zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Dienst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

### Die Vereinbarkeit von Familie und Dienst ist nach wie vor eine große Baustelle bei der Bundeswehr.



Soldat der Bundeswehr auf Patrouille in Afghanistan



Anita Schäfer, CDU/CSU:

## Veränderungen kommen mit Belastungen für die Soldaten



Anita Schäfer (\*1951)  
Wahlkreis Pirmasens

Sehr geehrter Herr Wehrbeauftragter, namens meiner Fraktion möchte ich Ihnen und Ihren Mitarbeitern noch einmal ganz herzlich für die Arbeit an dem Jahresbericht 2012, den wir heute behandeln, danken. Wir schließen die Befassung noch ab, bevor der aktuelle Bericht in der übernächsten Woche vorgestellt wird. Angesichts der Bedeutung hoffe ich, dass wir es in dieser Wahlperiode schaffen, die künftigen Jahresberichte zügig zu behandeln.

Die vorherige Bundesregierung hat die größten Veränderungen seit Bestehen der Bundeswehr vorgenommen. Das war auch eine Reaktion darauf, dass die Truppe noch nie so großen Herausforderungen wie in den Einsätzen des letzten Jahrzehnts – nicht nur in Afghanistan, sondern auch in vielen weiteren, die wir hier im Deutschen Bundestag als deutschen Beitrag zur Konfliktregulierung im Rahmen der internationalen Gemeinschaft beschlossen haben – gegenüberstanden hat.

Mit der Strukturreform haben wir endlich eine grundlegende, tragfähige Antwort auf den Wandel der sicherheitspolitischen Aufgaben gefunden. Die Veränderungen haben allerdings auch Belastungen für die Soldatinnen und Soldaten mit sich gebracht. Deren Unsicherheit über die eigene Zukunft, die bei großen Reformvorhaben leider häufig auftritt, hat sich nicht zuletzt in den letzten Jahresberichten des Wehrbeauftragten niedergeschlagen und wird sich wohl auch im kommenden Jahresbericht wiederfinden. Keine Bundesregierung zuvor hat allerdings auch so schnell so viele Verbesserungen für die Truppe vorgenommen, von der Ausrüstung über die Versorgung einsatzgeschädigter Soldaten bis hin zur Vereinbarkeit von Familie und Dienst. Dafür möchte ich bei dieser Gelegenheit dem bisherigen Verteidigungsminister Thomas de Maizière und dem ausgeschiedenen Staatssekretär im Bun-

desministerium der Verteidigung ganz herzlich danken.

Die neue Bundesregierung wird hier mit Kraft und Engagement weitermachen müssen, und ich bin sicher, dass sie das auch tun wird. Der Koalitionsvertrag steht da für Kontinuität, was gerade hinsichtlich der Planbarkeit für die Soldatinnen und Soldaten wichtig ist. Ich begrüße ganz besonders das Bekenntnis der Koalitionspartner zur Verankerung der Bundeswehr und den Rückhalt in der Gesellschaft, wie sich das beispielsweise in der Unterstützung der Arbeit der Jugendoffiziere ausdrückt, für die ich mich selbst schon lange einsetze. Ich halte es für selbstverständlich, dass die Jugendoffiziere auch weiterhin einen Beitrag zur sicherheitspolitischen Bildung an Schulen und Universitäten leisten.

Die Bundeswehr ist kein Fremdkörper, vor dem man junge Menschen schützen muss, sondern eine Organisation mit Verfassungsrang in unserem demokratischen System. Sie ist gerade kein Staat im Staate, sondern besteht aus Staatsbürgern in Uniform.

Zur Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft gehört aber auch die Festlegung auf eine fortgesetzte Präsenz in der Fläche, verbunden mit der Beibehaltung der Truppenstärke von 185 000 Mann. Das ist wichtig für die Attraktivität des Dienstes, zu der nicht zuletzt die Sicherheit von Standorten gehört, damit Soldaten heimatnah eingesetzt werden und ihre Familien ihr Leben planbar organisieren können. Zu Recht hat das Thema Attraktivität einen eigenen Unterabschnitt im Koalitionsvertrag erhalten.

Liebe Frau Ministerin von der Leyen, in Ihrem neuen Amt werden Sie sich sehr rasch mit dieser wie auch mit anderen Dauerbaustellen befassen müssen. Dabei baue ich auf die Fachkompetenz, die Sie aus Ihren vorherigen Ämtern mitbringen, gerade im Hinblick auf die zahlreichen sozialen Aspekte der Attraktivität des Dienstes. Es geht darum, die Sicherstellung der Einsatzbereitschaft mit der Vereinbarkeit von Familie und Dienst unter einen Hut zu bringen.

Die vorherige Bundesregierung hat mit dem Attraktivitätsprogramm einen guten Anfang gemacht; das muss nun konsequent weitergeführt werden. Zu den bereits eingeleiteten Maßnahmen gehören die Möglichkeit von Teilzeitbeschäftigung und Telearbeit, die Ausweitung der Familienbetreuung auf den Inlandsdienst

der Streitkräfte und die Schaffung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten an den Standorten, entweder in Kooperation mit den Kommunen oder, wenn nötig, auch in eigener Verantwortung.

Frau Ministerin, Sie haben am Wochenende bereits einen begrüßenswerten Schwerpunkt auf diesen Bereich gelegt und dabei viele Punkte erwähnt, die an dieser Stelle immer wieder angesprochen worden sind. Ich habe es bereits in meiner ersten Rede zum aktuellen Jahresbericht gesagt: Wir werden den Widerspruch zwischen einem normalen Familienleben und den besonderen Anforderungen des Soldatenbetriebs niemals vollständig lösen können. Die militärische Auftragsbefüllung steht auch in Zukunft an erster Stelle.

### Attraktivität und Vereinbarkeit von Familie und Dienst sind wichtig für die Zukunft der Bundeswehr.

Wenn wir die Bundeswehr in der Fläche und in der Gesellschaft präsent halten wollen, dürfen wir sie nicht auf wenige Großstandorte konzentrieren, was zumindest die Zahl der Versetzungen reduzieren würde. Ich bin aber außerordentlich dankbar, Frau Ministerin, dass sie mit unbefangenen Blick das System der automatischen Versetzung in seiner bisherigen Form infrage gestellt haben. Da haben Sie uns von der Arbeitsgruppe Verteidigung der Unionsfraktion voll auf Ihrer Seite. Dieses Problem haben wir schon vor drei Jahren in unserer Unterarbeitsgruppe zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr erörtert. In einem Antragsentwurf haben wir den Vorschlag gemacht, dass Soldaten im Regelfall ihre gesamte Dienstzeit, mit Ausnahme von Aus- und Fortbildungskommandierungen sowie Einsätzen, an einem Standort verbringen können, sofern sie auf eine Beförderungsmöglichkeit verzichten, die eine Versetzung erforderlich machen würde.

Ich würde mich freuen, wenn noch weitere Ideen aufgegriffen würden, die während der damaligen intensiven Befassung entstanden sind. Zu nennen ist etwa das Pilotprojekt „Zu Hause in der Bundeswehr“, welches neben attraktiven Wohnmöglichkeiten für die ganze Familie ein umfassendes Familienbetreuungsprogramm nebst Kindertageseinrichtungen bieten würde.

Meine Damen und Herren, ein besonders wesentlicher Punkt, der sich regelmäßig in den Berichten des Wehrbeauftragten wiederfindet, ist die Planbarkeit von Auslandseinsätzen. Unsere Soldaten wissen um die

Risiken und Belastungen, die damit verbunden sind, und sie stellen sich darauf ein, wenn bei einem Einsatz alles vorher klar ist, auch wenn der vorgesehene Zyklus von Stand- und Ruhezeiten nicht immer eingehalten wird, weil der Bedarf an besonderen Fähigkeiten es erfordert. Viel belastender ist es, erst kurzfristig von einem Einsatz zu erfahren, weil sich irgendwo eine Lücke aufgetan hat. Über die Feiertage habe ich wieder von dem einen oder anderen Fall erfahren müssen. Wenn wir es schaffen würden, die Eventualitäten lang dauernder Einsätze weitgehend mit vorausschauender Personalplanung abzudecken, wäre nach meiner Ansicht schon viel gewonnen. Dazu zählt übrigens auch die Besetzung von Leerstellen im Inlandsdienst, die durch Auslandseinsatz, aber auch familienbedingte Abwesenheit entstehen, um Mehrbelastungen des übrigen Personals zu vermeiden, gerade in Truppengattungen mit regelmäßigen Aufgaben im Inland wie im Sanitätsdienst und bei den Feldjägern. Auch dazu liegen Vorschläge auf dem Tisch, einschließlich des Vorschlags einer effektiveren Heranziehung der Reservisten.

Darüber hinaus gibt es weitere Punkte, die im weitesten Sinne zur Attraktivität des Dienstes gehören. So wollen wir die Nachversicherung für ausgeschiedene Zeitsoldaten neu regeln und endlich die Hinzuverdienstgrenze bei Anschlussstätigkeiten von Versorgungsempfängern aufheben.

Meine Damen und Herren, Attraktivität und Vereinbarkeit von Familie und Dienst sind wichtig für die Zukunft der Bundeswehr, aber kein Selbstzweck. Auftrag der Bundeswehr

ist die Gewährleistung der Sicherheit unseres Landes im Bündnis. Die Sicherheit der Kinderbetreuung für Soldatenfamilien ist nur ein Beitrag, um die Auftragsbefüllung durch motivierte Soldaten zu gewährleisten.

Auch bei anderen Aspekten muss in dieser Wahlperiode dringend ein tragfähiges Ergebnis erreicht werden. Wir haben im Koalitionsvertrag unter anderem vereinbart, die politischen, ethischen und juristischen Fragen um die Beschaffung und den Einsatz bewaffneter Drohnen zu klären. Diese Debatte muss dann aber auch zu einer klaren Entscheidung führen. Eine der ethischen Fragen ist zum Beispiel: Dürfen wir unseren Soldaten das Mehr an Sicherheit vorenthalten, das diese Systeme bedeuten können? Das wird eine notwendigerweise kontroverse, sicherlich auch emotionale Debatte werden. Aber wir dürfen uns nicht davor drücken, erst recht nicht vor den Antworten, die am Ende stehen können. Egal ob Attraktivität oder Ausrüstung: Ein Mehr wird auch mehr Geld kosten.

Wie wir alle wissen, werden die entscheidenden Schlachten letztlich bei den Haushaltsverhandlungen geschlagen. Frau Ministerin, ich wünsche Ihnen für die Bewältigung der mit Ihrem neuen Amt verbundenen Aufgabe viel Kraft. Wir im Verteidigungsausschuss – das kann ich sagen – werden Sie dabei bestmöglich unterstützen. Unser gemeinsames Interesse muss das Wohl unserer Soldatinnen und Soldaten sein, und dafür – da bin ich sicher – werden wir uns in den nächsten vier Jahren auch gemeinsam engagieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Doris Wagner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Die Zeit drängt



Doris Wagner (\*1963)  
Landesliste Bayern

Ich freue mich, dass auch ich heute das erste Mal das Wort an Sie richten darf.

Liebe Kollegen, stellen Sie sich einmal Folgendes vor: Sie und Ihre Partnerin erwarten ein Kind. Sie freu-

en sich. Das Kinderzimmer ist eingerichtet, und dann steht die Geburt unmittelbar bevor. Ausgerechnet an dem Tag sollen Sie die Abschlussprüfung für einen zuvor absolvierten Lehrgang ablegen. „Gut“, denken Sie, „ich fahre mit dem Auto zur Prüfung, gleich anschließend ins Krankenhaus, und dann kann ich hoffentlich rechtzeitig bei der Geburt dabei sein.“ Sie bitten Ihren Vorgesetzten, ausnahmsweise nicht gemeinsam mit den anderen Prüfungsteilnehmern mit dem Bus zu fahren, und die Antwort lautet: Seien Sie froh, wenn das Kind von Ihnen ist. Sie fahren mit dem Bus. – Die Beschwerde des betroffenen Soldaten ist nur eine von zahlreichen aus dem Jahr 2012, doch sie zeigt exemplarisch, wie viel in Sachen Familien-

Fortsetzung auf Seite 12



Fortsetzung von Seite 11: Doris Wagner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

freundlichkeit bei der Bundeswehr noch im Argen liegt.

Wenn wir den Vorabberichten der Presse glauben dürfen, wird uns Herr Königshaus Ende Januar berichten, dass die Zahl der Beschwerden, insbesondere beim Thema Familie, in 2013 noch erheblich gestiegen ist.

Inzwischen entscheiden sich immer mehr Soldatenfamilien dafür, nicht mit jedem Standortwechsel auch den Familienwohntort zu ändern. Das heißt, dass etwa 70 Prozent der Soldatinnen und Soldaten zwischen Dienst- und Wohnort pendeln, oft über mehrere Hundert Kilometer. Das hat gesundheitliche Folgen und führt häufig zur Entfremdung gegenüber den Kindern oder auch der Partnerin oder dem Partner. Nicht umsonst liegt – das haben wir gerade schon gehört – die Scheidungsrate bei Bundeswehrangehörigen bei bis zu 75 Prozent.

Noch immer fehlt es an vielen Standorten an Kinderbetreuungs-

einrichtungen. Soldatinnen und Soldaten, die Elternzeit beantragen oder in Teilzeit arbeiten möchten, werden mit dem Hinweis auf die allzu dünne Personaldecke abgewiesen. Schließlich – ein wirkliches Unding in meinen Augen – sehen sich Bundeswehrfamilien manchmal gezwungen, Darlehen aufzunehmen, weil ihre Anträge auf Beihilfe zur Begleichung von Arztrechnungen über Monate nicht bearbeitet werden können. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wer möchte in einer solchen Armee dienen?

Herr Königshaus verweist in seinem Bericht mehrfach auf konkrete Verbesserungsvorschläge, die er dem Bundesverteidigungsministerium unterbreitet hat. Das unter Rot-Grün schon 2004 verabschiedete Gesetz zur Gleichstellung von Soldatinnen und Soldaten verpflichtet die Bundeswehr dazu, familiengerechte Arbeitszeiten und sonstige Rahmenbedingungen anzubieten, um die Ver-

einbarkeit von Familie und Dienst zu erleichtern. Leider belegt der Bericht des Wehrbeauftragten einmal mehr, dass die Umsetzung des Gesetzes im Alltag sehr zu wünschen übrig lässt.

Was ist eigentlich so schwierig daran, die Vorgaben und Vorschläge für eine familienfreundlichere Bundeswehr in die Tat umzusetzen? Ich frage mich: Hat Herr de Maizière in den vergangenen Jahren wirklich die nötige Initiative gezeigt, um an den bekannten Missständen etwas zu ändern? Was ist so schwierig daran, einer Soldatin oder einem Soldaten verbindlich zu erklären, welche Verwendungen und Versetzungen sie oder ihn in den kommenden Jahren erwarten, damit die Familie auch in Bezug auf die Karriere der Ehepartner und die Schul-

laufbahn der Kinder vernünftige Entscheidungen treffen kann? In Ihren ersten Medienauftritten, Frau Ministerin, haben Sie erklärt, alle diese Versäumnisse schnell aufholen zu wollen. Meine Kollegin sagte es schon:

Dieses Vorhaben begrüßen wir ausdrücklich.

Sie selbst haben zuletzt immer wieder den quantitativen Aspekt des mangelnden Nachwuchses thematisiert. Als Freiwilligenarmee muss die Bundeswehr um die besten Arbeitnehmer konkurrieren, wobei aufgrund der demografischen Entwicklung der Anteil von Soldatinnen deutlich erhöht werden muss. Angesichts der dokumentierten Familienunfreundlichkeit verwundert es allerdings nicht, dass die Zahl der Frauen insbesondere in Führungs-

funktionen bisher noch weit unter der selbstgesetzten Marke von 15 Prozent liegt.

Herr Königshaus hat wiederholt den qualitativen Aspekt des sozialen Rückhalts für die Soldatinnen und Soldaten betont, ganz besonders, wenn belastende Erfahrungen aus Auslandseinsätzen verarbeitet werden müssen. Eine Armee, die die privaten Strukturen von Familie und Freunden zerstört, riskiert, irgendwann als Gruppe von seelisch verletzten Menschen ohne Bindung zu enden. Die Zeit drängt; denn die Frage, ob es der Bundeswehr auf absehbare Zeit gelingen wird, familienfreundlichere Strukturen zu schaffen, wird mit über die zentrale Frage entscheiden, ob Deutschland in Zukunft überhaupt noch eine funktionsfähige Armee hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Karl-Heinz Brunner, SPD:

## Den Soldaten den Rücken frei halten



Karl-Heinz Brunner (\*1953)  
Landesliste Bayern

Lassen Sie mich in meiner ersten Rede vor dem Hohen Hause zunächst meinen Dank und Respekt ausdrücken gegenüber den Frauen und Männern, den Soldatinnen und Soldaten, die sich für uns, für Deutschland und für dieses Parlament, für Frieden und Freiheit einsetzen.

Sie halten das Unternehmen Bundeswehr am Laufen. Sie halten ihren Kopf für uns hin. Sie werden deshalb mein Antrieb für die nächsten vier Jahre sein.

Sehr verehrter Herr Wehrbeauftragter Königshaus, vielen Dank für Ihren Bericht, der mir als neuem Mitglied dieses Hauses gezeigt hat, dass nicht leichte Kost in sehr leicht lesbarer Form gestaltet werden kann. Texte müssen nicht unbedingt schwer verständlich sein. Dies sollte unser aller Antrieb sein.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Frauen und Männer der Bundeswehr sind der Grund, warum wir heute hier sind. Über 5 000 Beschwerden sind in den noch nicht veröffentlichten, aber bereits bekannt gewordenen Bericht eingegangen. Das sind 700 mehr als im Vorjahr. Stellt man dies einmal in Relation zur Personalstärke der Bundeswehr, dann wird klar, dass uns das aufhorchen lassen muss. Über entsprechende Konsequenzen für unsere Sicherheitspolitik haben wir heute viel Gutes und Richtiges gehört.

Mit Verlaub, Frau Ministerin von der Leyen: Dass die Presseabteilung des Verteidigungsministeriums hervorragend funktioniert, ist schon einmal ein Anfang. Wir wissen aber beide: Die Diagnose ist nur der Anfang. Die anschließende Behandlung des Themas wird noch mehr umfassen. Sonst stehen wir alle nur mit hehren Zielen und letztendlich mit Enttäuschungen da.

Ich sage ganz unumwunden: Die Aufgabe dieses Hauses wird es sein, genau hinzuschauen, ob sich etwas ändert. Frau Bundesministerin, wir werden Sie in Ihrem Plan, der nicht nur Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hat, sondern aus vollster Überzeugung angegangen wird, nämlich die Bundeswehr zeitgerecht effektiv umzugestalten, unterstützen. Unsere Aufgabe wird es aber

auch sein, ein bisschen da und dort nachzubessern. Dass es notwendig ist, das Arbeitsumfeld der Soldatinnen und Soldaten zu verbessern, steht, glaube ich, außer Frage.

Der Jahresbericht macht eines klar: Wir brauchen keine Reform der Reformen; wir brauchen vielmehr Ergebnisse. Die Umsetzung der laufenden Reform schlägt unvermeidbar Wunden; das wissen wir. Da müssen die Soldatinnen und Soldaten durch; da müssen auch wir

durch. Wissen wir aber schon, dass auch wir da durch müssen? Solange unsere Spezialkräfte nicht einmal ihren eigenen Hubschrauber haben, solange Soldaten nach nur wenigen Monaten Heimataufenthalt

wieder direkt in den Auslandseinsatz gehen, ohne dass man sich ernsthaft um sie gekümmert hat, solange psychische Belastungsstörungen nicht rechtzeitig erkannt werden und solange Arztrechnungen nicht bezahlt werden, ist noch viel zu tun. Wir beschäftigen uns viel zu viel mit dem Klein-Klein. Solange wir nur reden, bleiben nur Ziele. Wir wollen aber nicht nur Ziele und Belehrungen, wir wollen handeln. Die Soldatinnen und Soldaten wollen Verantwortung übernehmen. Wir wollen Verantwortung übernehmen.

Der Jahresbericht des Wehrbeauftragten wird bei all den Mängeln

**Über 5.000  
Beschwerden sind  
in den noch nicht  
veröffentlichten  
Bericht eingegangen.**



Das Bundeswehrkrankenhaus in Hamburg behandelt auch Soldaten mit posttraumatischen Störungen aufgrund der Auslandseinsätze.

und Defiziten, die er aufzeigt, sicherlich keine Wunder bewirken. Das gilt ebenfalls für den noch nicht vorgelegten Jahresbericht 2013. Aber der Bericht geht in die richtige Richtung.

Für meine Person gebe ich zu: Ich habe meine Heimat nicht bei der Bundeswehr; ich habe nicht gedient. Meine Heimat war über viele Jahre als Führungskraft das Rote Kreuz. Vielleicht ist mir deshalb der Konflikt bekannt, Familie, Beruf und Pflichterfüllung unter einen Hut zu bringen. Dafür, hier die Balance zu

finden, tragen wir die Verantwortung; denn wir sind es, die die Soldatinnen und Soldaten entsenden. Wir sind es, die das Mandat erteilen, und wir müssen es sein, die ihnen den Rücken freihalten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU) und Heidtrud Henn (SPD).